



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

523 (9.11.1908) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-336779](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-336779)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich,
Vierteljahr 2 1/2 Mark, monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
ausgaben 24. 248 pro 1/2 Jahr.
Einz.-Nummer 5 Pf.

Inserate:

Die Colonatzeile . . . 25 Pf.
Kurzfristige Inserate . . . 30 „
Die Kellernzeile . . . 1 Wort

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestete und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegraphen-Adresse:

„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau An-
nahmen-Druckarbeiten 341
Redaktion 377
Expedition und Verlags-
buchhandlung 313

Nr. 523

Montag, 9. November 1908.

(Mittagsblatt.)

Gesinnungsgenossen!

Vor wenig mehr als Jahresfrist ist Großherzog Friedrich I. seinem dankbaren und treuen Volke entrissen worden. Aber die Grundzüge seiner gesegneten Regierung leben fort in seinem Sohne und Nachfolger, zu dem wir voll Hoffnung und Vertrauen aufblicken, freudig entschlossen, wie bisher, so auch in Zukunft dem wahren Besten unserer engeren und weiteren Heimat alle anderen Interessen unterzuordnen.

Das deutsche Reich war seit seinem Bestehen ein fester Stützpunkt des Weltfriedens. Es als solchen zu erhalten, darf als der einseitige Wille des deutschen Volkes gelten. Dem um uns zusammengesetzten Jüdtstoff vor Entladung zu bewahren, ist eine der vornehmsten Aufgaben einer

Kraftvollen Reichspolitik.

Dieselbe darf aber nicht nach persönlichen Impulsen, sondern nur nach sachlichen Gesichtspunkten geleitet werden. Unter dieser Voraussetzung wird dann auch die ganze Nation, wenn je ihre Lebensinteressen oder ihre Ehre bedroht werden sollten, einmütig hinter ihren Führern stehen und zu jedem Opfer bereit sein, um die Errungenschaften großer Zeiten zu sichern.

Die Herrlichkeit der deutschen Parteiverhältnisse muß der Sammlung der Parteien nach großen vaterländischen Gesichtspunkten weichen. Die finanzielle Not des Reiches kann nur gehoben werden, wenn mehrere Gruppen das sonst so zerrennde zersplitterte und unerschlossen und uneigennützig zusammenarbeiten! Keilich, wer mittels der Reichspolitik auch andere als vaterländische Zwecke verfolgt, oder wer die Grundlagen unserer staatlichen Ordnung verwirft, der muß bei Seite stehen.

Von diesen Gedanken ausgehend treten wir ein für die Aufrechterhaltung der seit dem 18. Dezember 1906 bestehenden Gruppierung der Parteien im Reich. Sie hat schon gute Arbeit geleistet und steht nun vor einer überaus bedeutungsvollen Aufgabe: Der beschleunigten

Regelung der Reichsfinanzen.

Nur wenn diese unter Mitwirkung der heute maßgebenden Parteien gelingt, kann die Wiederkehr der unglücklichen Zustände vor der Reichstagsauflösung verhindert werden. Das Zentrum rechnet auf ein Zerwürfniß innerhalb der Blockparteien oder zwischen diesen und der Reichsleitung und wäre wahrscheinlich bereit, diejenige Finanzpolitik zu machen, die zu machen der Block sich weigern würde. Aber es würde seine Bedingungen stellen und dem Reich aufs neue seinen Willen aufzwingen. Drum gilt es, daß der Block die vorwiegend auch aus Schuld des Zentrums resultierenden Reichsfinanzen wieder auf einen geordneten Boden stellt. Die Bedeutung der Aufgabe muß die vereinigten Parteien zum gegenseitigen Verstehen und Nachgeben zusammenführen. Wenn dabei die Einführung einer direkten Reichs-Besteuerung nicht umzusetzen werden kann, so muß jedenfalls den Interessen der Einzelstaaten aufrechterhaltung Rechnung getragen werden.

Schon bisher waren bei der Unsicherheit der Anforderungen des Reiches die einzelstaatlichen Finanzen allzusehr in Mitleidenschaft gezogen. Auch da tut Mitleid not, denn auch unser engerer Heimatland bedarf der Ruhe und Stetigkeit in der Entwicklung seiner Haushaltsmittel. Parteien doch auch bei uns brinnliche Knocheneinheiten ihrer Gliedmaßen! Die Wille und nachhaltige Förderung der wirtschaftlichen Interessen in Handel, Industrie und Gewerbe, sowie die kulturellen Bedürfnisse erfordern beständige Mittel; namentlich sollen künftig mehr als bisher den erblichen Kreisen und Gemeinden staatliche Unterstützung zur Schaffung von Schulhäusern, Wasserleitungen, zu Wegbauten und dergleichen mehr bewilligt werden.

Das neue Vermögenssteuergesetz

und dessen Fortwirkung auf die Gemeindefiskalisierung hat lebhaft und allgemeine Klagen über unerwartete Härten, besonders über zu starke Belastung der Grund- und Hausbesitzer hervorgerufen. Diesen muß nachgegangen, u. namentlich muß eingehend gedrückt werden, ob nicht der Grund- und Hausbesitz in einzelnen Gemeinden zu hoch eingeschätzt, und ob nicht diese Steuerwerte allzusehr im Vergleich zu den Einkommensteuersätzen und zum Kapitalvermögen zu stark herangezogen

sind, sowie inwieweit ein Abzug der Schulden gewährt werden kann, nachdem die Versagung dieses Abzuges über Erwarten ungünstig gewirkt hat.

Um auch die durch die Zeitverhältnisse gebotene Verbesserung in den Bezügen der Pfarrer zu ermöglichen, wurde den Kirchen die Erhöhung der Höhe der

Allgemeinen Kirchensteuer

eingekümt. Der betr. Gesetzentwurf wurde in der zweiten Kammer einstimmig angenommen. Einmütig hat also die Volksvertretung die Notwendigkeit dieser Verbesserung anerkannt und den gesetzgeberischen Weg dazu eröffnet. Das Zentrum und einige Konfessionsparteien schieben eine durch die Erhöhung der Kirchensteuer entstehende Mißstimmung und haben schon im Voraus die Verantwortung dafür der Regierung und den anderen Parteien zugeschoben. Vergeblich! Denn wenn die Kirchen zur Aufbesserung der Pfarrgehälter Geld brauchen, muß dieses von den Steuerzahlern aufgebracht werden. Diesen kann es keinen Unterschied machen, ob das im Wege der Erhöhung der staatlichen oder der kirchlichen Besteuerung geschieht. Dabei entspricht es der im Gesetz vom 9. Oktober 1880 den Kirchen garantierten Selbständigkeit mehr, wenn sie die fehlenden Mittel nach eigener Entscheidung von ihren Angehörigen erheben können, als wenn sie diese Mittel im Wege der erdbezogenen staatlichen Dotation jeweils auf mehrere Jahre oder nur von Budgetperiode zu Budgetperiode bewilligt erhalten. Die Klagen über mangelnde Parität in der staatlichen Dotation der Kirchen sind ferner nur zum Stillstehen zu bringen, wenn die Kirchen in die Lage versetzt sind, daß Maß der erforderlichen Mittel selbst zu bestimmen und diese Mittel unmittelbar zu erheben. Endlich ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, daß die Angehörigen einer jeden Konfession nur diejenigen Mittel aufbringen müssen, welche für ihre Kirche erforderlich sind.

Durch die neue

Beamtengehehung

sind das Beamtenrecht und die materielle Stellung der Beamten in mehrfacher Beziehung neu geordnet worden. Es ist den Landesländern gelungen, die Vorschläge der Regierung in einer Form zur Annahme zu bringen, daß die berechtigten Beschwerden der etatsmäßigen Beamten beseitigt und ihre Bezüge mit den veränderten Preisen der Lebensmittel wieder in richtiges Verhältnis gebracht sind. Die Ruhe- und die Versorgungsgehälter der Hinterbliebenen der etatsmäßigen Beamten sind nicht unerheblich verbessert, und die Vergütungen und Löhne der nichtetatsmäßigen Beamten und Lehrer sowie der staatlichen Arbeiter sind erhöht worden. Die Partei wird sich eifrig bemühen, im kommenden Landtag eine abermalige Verbesserung auch der Hauptlehrer herbeizuführen und den berechtigten Wunsch nach Einreichung derselben in den Gehaltsstarif zur Erfüllung zu bringen.

Der nächste Landtag soll nach der Erklärung der Regierung sich mit Vorlagen wegen der

Änderung der Gemeinde- und Städteordnung

zu beschäftigen haben. Die Partei wird dabei im Sinne eines weiteren freiheitlichen Ausbaues der Selbstverwaltung mitarbeiten. Wir lehnen es ab, die direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte in allen Gemeinden einzuführen, halten aber für unbedenklich, wenn dieses Wahlsystem in allen Gemeinden mit unter 4000 Einwohnern eingeführt wird. Für die Wahl der Bürgerausschussmitglieder und der Stadtverordneten sollen die Klassen in der Weise eingeteilt werden, daß ein Sechstel die erste, zwei Sechstel die zweite und drei Sechstel die dritte Klasse bilden. Gemeinderäte, Bürgerausschussmitglieder, Stadträte und Stadtverordnete sollen nach dem Proportionalwahlverfahren gewählt werden. Die Befugnisse der Bürgerausschüsse und der Stadtverordneten sollen namentlich in der Richtung eines verstärkten Initiativrechtes erweitert werden.

Auf dem Gebiete der

Schulwesen

muß für eine möglichst beschleunigte Durchführung der auf dem vorletzten Landtage beschlossenen Änderungen des Elementar-Unterrichtsgesetzes und des darauf fußenden neuen Unterrichtsplanes gesorgt werden. Wir sind überzeugte Freunde einer erweiterten Volksschule ohne jeden Vorbehalt und weisen deshalb alle verdeckten oder offenen Versuche, den geplanten Fortschritten in den Weg zu treten, mit Entschiedenheit zurück.

Baden stand vor Jahrzehnten an der Spitze, muß sich aber heute bemühen, andern deutschen Bundesstaaten in der Entwicklung des Volksschulwesens nachzukommen. Dabei kann und soll ohne Ueberbürdung und in Anpassung an die örtlichen Verhältnisse vorgegangen werden. Wo die durch die Volksschule den Gemeinden auferlegte finanzielle Last im Hinblick auf die Lage des Gemeinbehaltens zu schwer erscheint, soll durch eine auf diesem Gebiete besonders weitgehende Staatsunterstützung geholfen werden.

Mit diesen Sätzen wollten wir nur einige Richtungs- und Punkte hervorheben, wie sie aus der Haltung unserer Fraktion im vergangenen Landtage entnommen werden können und unsere volle Zustimmung finden. Die Aufstellung eines Programms wird zeitig vor den Wahlen erfolgen.

Zunächst tut Anderes not!

Ueber eine Reihe von Fragen geben die Meinungen innerhalb der Partei auseinander. Die öffentliche Erörterung der widersprechenden Anschauungen in der Presse und in Versammlungen ist für liberal gestimmte Männer selbstverständlich. Das darf keine Bedenken erregen. Wir verlangen von unseren Gesinnungsgenossen nicht Unterwerfung der eigenen unter ein fremde Anschauung, und hoffen, daß eine offene Aussprache wie schon früher, so auch künftig wieder die erwünschte Klärung bringe und schließlich zu einheitlichem Vorgehen führe. Dafür bürgt uns die allen unseren Gesinnungsgenossen gemeinschaftliche Ueberzeugung, daß eine Mittelpartei wie die unsere so notwendig ist, wie nur je, und daß diese Partei ihre bedeutungsvolle Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie getreu den allbewährten Grundsätzen und den ruhmvollen Taten der badin-gegangenen Generation:

das Vaterland über die Partei stellt.

die Entscheidung nur aus rein sachlichen Gründen trifft, in politischen Fragen einem besonnenen Fortschritt halbtigt jede religiöse Ueberzeugung achtet, in wirtschaftlichen Dingen den zum Wohle des Staats-ganges unumgänglichen Ausgleich der widerstreitenden Interessen sucht, den neu herantretenden sozialen Aufgaben mit offenem Blick und weitherzig entgegenkommt, neben Fragen dieser Art aber auch allen christlichen und ideoellen Fragen ihre volle Aufmerksamkeit zuwendet, jede Einseitigkeit meidet, sich nicht leiten läßt von den Empfindungen nur einzelner Gruppen oder Klassen, sondern von dem Bewußtsein, daß allen Staatsbürgern gleiches Recht, gleicher Lohn, gleiche Förderung und gleiche Achtung zukommt, hochtönende Schlagworte und leere Demonstrationen meidet, nicht nach Popularität hascht, sondern in praktischer Arbeit dem Volkwohl dient, und endlich in allem ihrem Tun und Lassen der Wahrhaftigkeit treu bleibt und in dem Gegner den Mitbürger achtet.

In diesen Zielen sind wir alle einig. Aber es ist Zeit, daß wir uns dieser Einmütigkeit wieder mehr erinnern. Das wird uns enger zusammenschließen, die Freude an der gemeinsamen Arbeit heben und uns wieder Mit-arbeiter aus allen Kreisen sammeln.

Und diese Arbeit ist es, die jetzt unverweilt und überall im Lande in Angriff genommen werden muß. Man soll uns nicht länger die andern Parteien als Muster vorhalten können. Wir haben die Kräfte dazu; es gilt nur, sie in richtiger Weise und am rechten Orte zu gebrauchen.

Was im Jahre 1905 unsere Partei mit der demokratischen, der freisinnigen und der national-sozialen Partei zum Bunde zusammengeführt hat, soll auch jetzt wieder maßgebend sein, wenn es sich darum handelt, den Kampf der liberalen Parteien unter einander zu verhindern. Die Erfahrungen der letzten drei Jahre haben die Richtigkeit jener Bündnispolitik nicht widerlegt. Wir sind bereit, uneigennützig und treu wie bisher, den Bund zu erneuern. So geht und gerüht würde der Liberalismus desto kraftvoller die gemeinsamen Gegner zur Rechten wie zur Linken zu bekämpfen in der Lage sein.

Gesinnungsgenossen!

Wir haben einen Wahlkampf vor uns, der von den Gegnern mit Aufbietung aller Kräfte geführt werden wird.

Eine Niederlage würde unser Heimatland in die Gefahr einer Zentrums-herrschaft bringen. Was das deutsche Volk in vaterländischer Begeisterung im Januar 1907 vom Reich abgegeschnitten, darf der badischen Heimat nicht außer Acht werden.

Drum reicht uns die Hand zum entschlossenen Handeln!

Mosbach, den 7. November 1908.

Der engere Anschluß der Nationalliberalen Partei Badens.

Landesversammlung der National-liberalen Partei Badens.

(Eigener Bericht.)

Am 7. November.

Engerer Ausschuss.

Der heutigen Landesversammlung ging im Gasthaus „zur Krone“ eine Sitzung des Engeren Ausschusses voraus, welche der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Oßkircher, mit einer herzlichen Begrüßung eröffnete. Nach geschäftlichen Mitteilungen wurden Wahlvorschläge an die Landesversammlung beraten. Aus dem Zentralvorstand der Gesamtpartei sind infolge Krankheit Abg. Mayer-Ramheim und infolge Todes 1. Staatsanwalt Jungmanns-Ramheim ausgeschieden. In ihre Stelle wurden Abg. Dr. Oßkircher und Stadtrat Köllig-Karlsruhe vorgeschlagen. Aus dem Engeren Ausschuss der Landespartei sind infolge Todes ausgeschieden 1. Staatsanwalt Jungmanns und Stadtrat Girshorn-Ramheim, für welche Schumacher-Mehrloch und Adjunkt Junker-Bonnard vorgeschlagen wurden. Der Engere Ausschuss erklärte sich mit diesen Vorschlägen einverstanden. Nach Mitteilungen über die Bestellung des neuen Parteifreies in der Person Dr. Jacoby-Salangen wurde die Ansprache des Engeren Ausschusses an die Parteimitglieder des Landes beraten. Es folgte noch eine Vorbesprechung über die Tagesordnung der Landesversammlung, worauf kurz vor 6 Uhr die Beratungen des Engeren Ausschusses geschlossen wurden.

Die erste geschlossene Versammlung.

Die Landesversammlung der national-liberalen Partei wurde am 7. Uhr in der „hädtischen Turnhalle“ eröffnet. Den Verhandlungen wohnten Vertreter der Partei aus allen Teilen des Landes bei; besonders zahlreich sind die Delegierten aus dem Hinter- und Unterland erschienen. Die Mitglieder der Landtagsfraktion sind fast vollständig erschienen, von den Mitgliedern der 1. Kammer sind anwesend Bürgermeister Weich-Überbach, Stadtrat Boehl-Karlsruhe und Hofschmiedemeister Bea-Freiburg.

Die Versammlung eröffnet der Vorsitzende des Engeren Ausschusses, Dr. Oßkircher, der in seiner Begrüßungsansprache u. a. ausführte:

Wir sind hierher gekommen, um eine Ansprache über politische Dinge zu pflegen. Durch die Ereignisse der letzten Wochen ist ja Anlaß genug gegeben zur Ansprache auf diesem Parteitage. Reichlich hat sich der Stoff angehäuft. Das Bedürfnis nach der Ansprache ist in allen Kreisen des Landes ein großes, damit wir uns einigen und wieder schlagkräftig werden für die Arbeit der nun folgenden Monate. Ich will aber sofort zu den geschäftlichen Mitteilungen

übergehen. In geschäftlichen Mitteilungen habe ich zunächst zur Kenntnis zu bringen, daß es uns gelungen ist, einen Parteisekretär anzustellen. Dr. Oßkircher stellt den neuen Parteisekretär vor, mit dem Wunsch, daß es ihm in kurzer Zeit gelingen wird, sich in die hädtischen Verhältnisse einzuleben und sich dadurch in den Stand zu setzen, eine fruchtbringende Tätigkeit zu entfalten, und so Vieles nachzuholen, was leider in den letzten Monaten vernachlässigt worden ist. Oßkircher fährt fort: Ich trete zum ersten Male in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des engeren Ausschusses vor Sie. Dr. Bing ist von seinen Beamten zurückgetreten. Er will die weitere ihm noch bleibende Zeit sich seinem Beruf und seiner Familie widmen, indem er glaubt, daß er in den langen Jahren geduldig seine Kräfte in die Dienste der Partei gestellt hat und daß er nun auch berechtigt sei, sich in den politischen Ruhestand zurückzuziehen. Einem solchen Entschluß muß sich die Partei fügen, aber indem wir dieses tun, tun wir dies mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß es geschehen ist, und mit dem Wunsch zugleich, daß es unserem bisherigen Führer Bing vergönnt sein möge, seinem Beruf, seiner Arbeit und seiner Familie noch lange Jahre erhalten zu bleiben, daß er aber auch bereit sein wird, in der kommenden Zeit seine immer noch bedeutende und meiner Ansicht durchaus nicht geminderte Arbeitskraft dann, wenn es darauf ankommt, wieder uns zur Verfügung zu stellen, im Not und zu helfen und in der Tat nicht beiseite zu treten. Ich glaube der Ueberzeugung Ausdruck geben zu können, daß dem auch so sein wird. Wir haben allen Grund, unserem bisherigen Führer den herzlichsten Dank auszusprechen für das, was er für die Partei getan hat. (Bravo.) Unvergessenlich, abermächtig und unter Hinzunahme eigener Interessen hat er für die Partei sehr Wichtiges geleistet. Diesen Dank wollen wir in diesem Augenblick zum Ausdruck bringen. (Bravo.)

Oßkircher teilt dann noch einige Vorschläge des Engeren Ausschusses mit: Aus dem Zentralvorstand des Reiches ist ausgeschieden: Abg. Emil Mayer, der durch sein körperliches Befinden gehindert ist für die Partei wie bisher tätig zu sein. Weiter ist Staatsanwalt Jungmanns, der in frühen Jahren einem heimtückischen Leiden erlegen ist, ausgeschieden. Die Partei hat in diesem Manne viel verloren. An Opfermütigkeit, an Treue und an Entschiedenheit der Gesinnung und an Freimuth in der Vertretung dieser Gesinnung ist er von niemand übertroffen worden. Er hat uns viel gelehrt durch die Art und durch die Fruchtbildigkeit seiner politischen Betätigung. Wir wollen ihm ein treues und dankbares Andenken bewahren. Als Ersatzmänner schlägt der Engere Ausschuss vor: Stadtrat Köllig und Dr. Oßkircher. (Beifall.) Die Versammlung erklärt sich mit diesen Vorschlägen einverstanden. (Beifall.) Adjunkt Junker-Bonnard schlägt die Landesversammlung Dr. Wilkens, zum 1. Vorsitzenden Abg. Wittum vor, womit sich die Versammlung ebenfalls einverstanden erklärt.

Begrüßungsansprache des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende der Landesversammlung, Dr. Wilkens, dankt für die Wahl und für die lebenswürdige Weise wie Dr. Oßkircher seinen diesbezüglichen Antrag motiviert hat, und übernimmt dann den Vorsitz mit etwa folgender Ansprache: Ich erlaube mir zunächst Sie alle, die Sie heute in dem schönen Mosbach sich eingefunden haben, aufs freundlichste zu begrüßen. Als feinerzeit der Vorschlag gemacht wurde, Mosbach

zum Ort der Landesversammlung zu wählen, sind Bedenken geltend gemacht worden wegen der Befindlichkeit der Versammlung. Aber die Erfahrung zeigt, daß die Parteifreunde aus allen Teilen des Landes hierher gekommen sind. Ich glaube, wir dürfen hierüber unsere Befriedigung aussprechen. Nebner dankt den Mosbachern für ihre überaus entgegenkommende Aufnahme der Delegierten und fährt dann fort: Man hat in verschiedenen Zeitungen von Meinungsverschiedenheiten im Echo der Parteiteilung sprechen hören. Nun die Meinungen gehen wohl hin und her, und es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn alles so einmütig gegeben würde. Aber wenn geltend gemacht worden ist, in der Parteileitung sei nicht alles so, wie es sein sollte, so muß ich dem entziehen widersprechen. Das Ausschneiden unseres Fremdes Bing hängt mit ganz anderen Dingen zusammen. Ich habe mich wiederholt mit Bing darüber ausgesprochen. Es sind rein persönliche Erwägungen gewesen, die Bing zu seinem Rücktritt führten. Er ist aber auch der Erste gewesen, welcher die Erklärung abgab, daß er voll und ganz damit einverstanden sei, daß Oßkircher nunmehr die Führung übernehme. (Beifall.) Es hat bezüglich dieser Frage überhaupt keine Differenz bestanden; ein jeder ist der Meinung gewesen, daß Oßkircher in dieser kritischen Zeit der Vorsitz übertragen wird. (Beifall.) Wir können ihm wirklich die Steuerung unserer Partei in dieser ersten Zeit ruhig in die Hand geben. Wir haben die Ueberzeugung, daß es ihm gelingen wird, die Partei nicht so zu leiten, wie es der Ehre und dem Ansehen des Landes entspricht. (Beifall.) Wir wollen heute unserem neuen Führer die Erklärung abgeben, daß er unser vollstes Vertrauen besitzt und daß wir wünschen, daß unter seiner Führung die Partei weiter blühe, wachse und gedeihe. (Stürmischer Beifall.)

Die Reichsfinanzreform.

Reichstagsabgeordneter Geh. Reg.-Rat Vert-Heidelberg erhielt hierauf als erster Referent das Wort zu seinem Vortrag: Unsere Partei und die kommende Reichstagsreform. Er führte hierbei nach einem kurzen Rückblick auf die verlassene Reichstagsfähigkeit u. a. aus:

Im Vordergrund des Interesses der letzten Woche stand jener Zwischenfall des Kaiser-Interview.

Jenes Ereignisses, das unser ganzes Volk erzittern machte und in eine Aufregung versetzte, von der man eigentlich nicht sagen kann, ob sie mehr der Entrüstung über die Lässigkeit entsprang, die in unseren Reichsämtern zutage getreten war, oder dem Entsetzen über die schwere Blamage und den empfindlichen Schlag, den unser Ansehen im Auslande erlitten hat, oder ob es gar mitentschieden wurde in das Gefühl des Unwillens. Ich will den Verhandlungen des Reichstages nicht vorgreifen. Wie die Erledigung der Angelegenheit sich abspielen wird, das kann ich heute noch nicht sagen, aber mit Wasserwerk kann ich die Versicherung abgeben dürfen, daß gefogt werden wird, was gefogt werden muß. (Beif. Beifall.)

Die Hauptaufgabe des Reichstages

wird bestehen in der endlichen Sanierung unserer Reichsfinanzen. Gerade über diese Angelegenheit zu sprechen ist wiederum eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Auch hier schwierig in der Sache, aber auch schwierig in der Zeit. Als wir im Frühjahr auseinandergingen, war wohl die Tendenz gegeben, nach der Heilung des Uebels, das seit Jahren unseren Staatshaushalt zu einem gewissen Sachtum verurteilt hat, erfolgen sollte. Aber die Mittel und Wege waren noch in ein gewisses Dunkel gehüllt. Man sah die Mittel und Wege dort, wo die Quellen aufzudecken, aus denen die Mittel geschöpft werden könnten. Lange Zeit hat ja die Regierung dazu gedrängt, um schlüssig zu werden zu ihren Vorschlägen, und lange hat sie ihr Geheimnis bewahrt. Erst jetzt sind die Vorlagen dem Reichstage zugegangen, und ich gelte offen, auch heute wird es schwer sein, sich in die Bestimmungen der einzelnen Gesetze einzulassen und ihnen die einzelnen Vorschriften und die Neuerungen, die sie bringen, darzulegen. Auf der anderen Seite ist es aber auch begrifflich, daß, wenn die Regierung solange Zeit gebraucht hat, es nun auch den Abgeordneten vergönnt sein möge, überlebens nun ein recht gründliche Prüfung einzutreten zu lassen, die Frage einem eingehenden Studium zu unterziehen und dann erst ihre angiltige Stellung zu nehmen und zu belanden. Eines wird wohl schon heute verlangt werden können, eines wird schon heute unsere Partei von der Fraktion fordern dürfen, daß sie

Die Richtlinien

ausstellt, nach welchen sie die einzelnen Steuerfragen beurteilen will. Es ist im September d. J. gewesen, daß die Reichsregierung wenigstens nach einer Seite hin den Schleier etwas gelüftet hat, den sie über ihre Vorlagen ausbreitete, und man hat damit wenigstens schliefen und vermuten können, nach welcher Richtung sich die Vorschläge bewegen würden. Da war es vor allem der eine Gedanke, der als der hauptsächlichste und maßgebendste für die ganze Reform in den Vordergrund gestellt worden ist, der Gedanke, daß wir, um unseren Reichshaushalt in das nötige Gleichgewicht zu bringen, die Einnahmen und Ausgaben in ein entsprechendes Verhältnis setzen müssen. Die Reichsregierung hat selbst bekannt, daß in den Ausgaben künftig eine weisse Sparmaßregel geübt werden muß. Und wenn wir der Regierung in irgendeinem Punkte zustimmen können, so ist es gerade dieser. Es wird Pflicht des Reichstages sein, gerade den kommenden Reichshaushalt auf diesen Gesichtspunkt hin näher zu prüfen. Denn es muß gefogt werden, daß Zwecken Gelder zugewendet werden, die wir nicht unbedingt anerkennen können: Es können auf dem Gebiete der Militärverwaltung Erparnisse gemacht werden. (Beifall.) Wir müssen hier an das Wort des Reichskanzlers erinnern, daß gerade noch auf diesem Gebiete manche Ausgaben vorhanden sind, die vermieden werden könnten. Aber es sind noch andere Gebiete. Wenn es jedoch heißt, daß die Reichspostverwaltung zu den Zugaberverwaltungen gehört, so mag das in manchen Dingen richtig sein; man kann namentlich sparen, wenn man vielleicht in der Umwandlung von Poststationen in Postämter etwas vorsichtiger vorgeht, wenn man die Reisen zur Inspektion etwas mehr einschränkt, wenn man die Inspektionen selbst etwas mehr dezentralisiert, so mag wohl noch einiges erspart werden können. So viel wird dies aber kaum ausmachen. Die Quartiersparnisse werden zu machen sein auf dem Gebiete der Militärverwaltung und wohl auch auf dem Gebiete unserer Kolonien. Wir müssen aber auch darauf dringen, daß diese Sparmaßregel nicht hemmend und lähmend einwirkt auf unsere wirtschaftliche Entwicklung. Das ist ein Gedanke, der namentlich für unsere Kolonien in Betracht kommt.

Es ist aber noch ein zweiter Gedanke, welcher von der Regierung geltend gemacht worden ist, das ist die Einschränkung unserer Schuldenlast und die planmäßige Tilgung unserer Schulden. Die Post der Finanzen für unsere Schulden ist heute eine so große, daß wenn wir rechtzeitig dazu übergegangen wären, im Reiche neue Einnahmen zu schaffen, wir in den verkommenen Jahren nicht mehr an Einnahmen bedürftig hätten, als heute für Finanzen nötig ist. Die Quelle alles Uebels

ist die Frankenstein'sche Klausel gewesen, die man feinerzeit dem Fürsten Bismarck aufgedrungen hat. Die Absicht und das Ziel des Reichskanzlers, das Reich nicht mehr als Kostgänger der Einzelstaaten figurieren zu lassen, ist durch die Politik des Zentrums verhindert worden. Man wollte das Reich nicht zu Vermögen kommen lassen, man wollte es ständig in der Hand haben und zwingen zur Rücksicht auf die Einzelstaaten, um es von diesen in seiner Finanzgebarung abhängig sein zu lassen, weil man glaubte, auf diese Weise den Bestand der Einzelstaaten gegenüber dem Gewicht und der Bedeutung des Reiches sichern zu sollen. Wohl hat man im Laufe der folgenden Jahre den Fehler eingesehen. Man hat wohl auch die Ueberweisungen gefogt, man hat einen Teil dieser Ueberweisung für die Schuldenentlastung reserviert. Aber was haben alle diese Maßnahmen genützt, wenn schließlich keine Ueberweisungen mehr übrig geblieben sind? Welche Folgen das auf die Finanzgebarung der Einzelstaaten hatte, davon können ja die Abgeordneten der Einzelstaaten ein Vieles sagen. Aus Schonung für die Einzelstaaten hat man immer mehr Dinge auf Anleihen genommen, die man bei vernünftiger und hauswirtschaftlicher Behandlung niemals aus Anleihen gedeckt hätte. Nun stehen wir vor der beschämenden Tatsache, daß nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande die Leistungsfähigkeit des deutschen Reiches bezweifelt werden kann. Es muß mit der Schuldenwirtschaft ein Ende gemacht werden, es muß aber auch vor allen Dingen dafür gesorgt werden, daß wir die bestehenden Schulden tilgen. Daß das alles bedeutende Mittel erfordert, darüber besteht ja kein Zweifel. Die Regierung hat denn auch den festen Willen, diesen Uebelstand ein Ende zu machen und sie sucht das auf dem alten Wege, daß sie eben dem Reiche

die indirekte Besteuerung

weiter überlassen will, daß sie aber den Einzelstaaten mit einer Ausnahme das Gebiet der direkten Steuer überläßt. Wenn man als Beweis, daß das Reich schon jetzt die direkte Steuer ergreift, auf die Lottostensteuer verweist, so kann in jeder Art der Besteuerung wohl eine direkte Steuer erblendet werden, aber die Art, wie diese Steuer erhoben wird, läßt schließlich zugeben, daß man diese Steuer noch immer als eine Stempelabgabe bezeichnen kann. Die Regierung fährt also, daß das Reich die Macht ist, die in unserem ganzen Staatswesen die wirtschaftliche Betätigung gewährleistet und daß sie aus dieser Grundleistung heraus, an der alle Teile des Volkes schließlich daselbe Interesse und Recht haben, Steuern festsetzen darf, die nun in weitestem Umfange alle Kreise des Volkes ergreifen, und sie macht geltend, daß dies nur geschehen kann durch die Besteuerung von Konsumartikeln. So ist die Regierung wieder zur Besteuerung von Bier, Tabak und Branntwein gekommen. Sie hat dabei nur einen neuen Gedanken aufgenommen, daß nämlich diese Besteuerung so gestaltet wird, daß der Konsum des Wundersmittelst eine Bevorzugung erfährt vor dem Konsum des Bestenmittelst. Nebner geht nun auf die einzelnen indirekten Steuerarten näher ein und fährt dann fort: Es ist eine strittige Frage, ob wir der Regierung in ihren Vorschlägen folgen können, aber eines ist unbedingt nötig, der Regierung die Mittel zu verschaffen, die nötig sind zur Deckung der notwendigen Ausgaben. Nebner wendet sich dann den von der Regierung neu in das Steuerprogramm aufgenommenen

Aufwandssteuern

und erklärt, daß schwerwiegende Bedenken gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer beständen, die für viele unserer ländlichen Städte und für ganze Landesteile außerordentlich gefährlich sei. Wir müssen bedenken, daß wir die neue elektrische Industrie geradezu an die Grenzen treiben würden, ja vielleicht gar in das Ausland. (Rufe: Sehr richtig!) Ohne Inanspruchnahme von indirekten Steuern wird es aber nicht abgehen. Wir können den ganzen Bedarf des Reiches nicht aus direkten Steuern holen. Wir können uns des Ausbaues indirekter Steuern nicht widersetzen, aber man wird sich dem nicht verschließen dürfen, daß wir gerade der indirekten Steuern gegenüber mit einem Tropfen sozialen Oeles gesalbt zeigen müssen und uns den Einfluß solcher Steuern genau beisehen und ihre soziale Wirkung, die diese Steuern auf die untern Schichten des Volkes ausüben. Denn das die Tatsache, daß der ärmere Mann an den indirekten Steuern mehr trägt als der reichere, wenn auch dieser mehr an indirekten Steuern zahlt, als noch dem Kopfteil auf ihn kommt. Die indirekte Steuer wirkt progressiv nach unten; das ist eine höchst unerwünschte Wirkung und diese auszugleichen hat der Staat die Verpflichtung. Deshalb sind wir in der national-liberalen Fraktion schon seit Jahren auf den Standpunkt getreten, daß neben den indirekten Steuern

die direkten Steuern

herangezogen werden müssen, damit auch der Besitz für den Bedarf des Reiches ergriffen wird. Es ist geradezu eine Pflicht, ein nobilit officium des Besitzes, daß er da, wo es gilt, den Bestand des Reiches zu sichern, nicht schilt. Da darf der Besitz nicht zurückgehen. (Beifall.) Das sollte eine Gewissenspflicht für jeden in deutschen Volke sein. (Bravo.) Man macht nun wohl verfassungswidrliche Bedenken geltend. Aber wir teilen diese Bedenken nicht und zwar aus der Geschichte der Verfassung heraus. Viel erheblicher sind die praktischen Bedenken, die der Heranziehung von direkten Steuern für das Reich entgegenstehen. Da ist es vor allem die Rücksichtnahme auf die Einzelstaaten, in deren Hauswirtschaft die direkten Steuern in ganz unantwortlicher Weise eingreifen würden, und deren Finanzgebarung damit erschüttert würde, daß wir zu einem solchen Schritt wohl überlegen müssen. In Baden bildet ja die Einkommensteuer die Grundlage unseres Steuerrechts. Wollten wir im Reiche eine Einkommensteuer einführen, dann wären 2/3 Prozent des jährlichen Gesamtinkommens des Volkes nötig, um den Bedarf des Reiches zu decken, es wäre das nötige Mittel für das Reich auszubringen. Wir waren in der national-liberalen Fraktion der Meinung, daß es heute noch möglich sein sollte, die Vermögenssteuer für das Reich heranzuziehen, und wir sind dazu auf die Grundlage einer Berechnung gekommen, die allerdings, wie ich gleich bemerken muß, zunächst nur für Bremen gilt. Bremen hat die Vermögenssteuer als Ergänzungssteuer zur Einkommensteuer ausgebildet. Wenn wir im Reiche 1 Mark pro Wille erheben würden, so würde z. B. ein Millionär nur 1000 M. Steuern zahlen müssen, eine Summe, die ganz gewiß für diesen Mann nicht unerträglich wäre. (Sehr richtig.) Wenn wir eine solche Vermögenssteuer für das Reich durchzuführen würden, so würde uns diese Steuer einen Ertrag von 150 Millionen bringen. Allein die Vermögenssteuer ist in anderen Staaten, sie ist besonders in Baden ganz anders konstruiert als in Bremen. In Baden beträgt die Vermögenssteuer noch zum Teil auf der alten Grundlage der Ertragssteuer. Daß die Vermögenssteuer für das Reich ebenfalls schwer durchzuführen ist, wird Ihnen darnach auch klar sein. Wir sind aber bereit, auch auf die Reichssteuer einzugehen, obwohl mancherlei Bedenken gegen sie bestehen. Die Nachfolgerei wird auf ein gewisses Vermögen zu beschränken sein und wenn wir den jetzigen Satz nehmen, daß

z. B. ein liegendes Grundstück von 50 000 Mark 350 Mark nachschütten zu beabsichtigen, so wird man nicht zögern können, daß diese Steuer erhaltend wirkt auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Besteuerten. Aber man wird Rücksicht haben müssen, man wird gewisse Kautelen und Sicherungen schaffen müssen. Wenn man aber auf der einen Seite gegen so manche indirekten Steuern kämpft und eine heftige Agitation einleitet, und dann dieselben Leute sieht, die gegen die Nachschütten wüten, so liegt darin eine gewaltige Verkennung der Pflicht, die heute der Deutsche seinem Vaterlande gegenüber empfinden muß. (Lebhafter Beifall). Wer den Bestand des Reiches in finanzieller Hinsicht sichern will, der muß heute dafür sorgen, daß dem Reiche geholfen wird, und der darf auf der einen Seite nicht verlegen, was er auf der anderen Seite nicht gewahren will. Wir sind in der nationalliberalen Fraktion bereit, an dieser Hauptaufgabe mitzuwirken und wir tun das, weil wir die Wirkung der Notlage sehen: sie schädigt unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung, und unsere Geldknappheit ist wesentlich verursacht worden durch unsere Finanzlage, und sie schädigt vor allem auch unser Ansehen im Auslande. Ist die Notlage, in der wir uns befinden nicht jederzeit auch eine Bedrohung im Falle einer Kriegsgefahr? Wir müssen der Not ein endgültiges Ende bereiten, wir müssen eine Finanzreform schaffen, die endlich auch einmal Ruhe gibt den davon betroffenen Industriern. Die Regelung unserer Finanzen ist

eine nationale Notwendigkeit

geworden, sie ist geboten im Interesse unserer nationalen Wohlfahrt und ich glaube als Ehrenamt für unsere Partei beanspruchen zu müssen, daß wir in solchen Fällen unsere Pflicht getan haben getreu unseren Grundgesetzen. (Beifall). Es ist gewiß kein populäres Geschäft, Steuern zu bewilligen und sich an einem solchen Geschäft zu beteiligen, aber über allen solchen Erwägungen steht der eine Grundgedanke: Das Vaterland über die Partei. (Lebhafter langandauernder Beifall).

Hierauf wurde die Versammlung gegen 8 Uhr geschlossen. Später fand in dem oberen Saale des Bahnhofshotels ein äußerst anregend verlaufenes Bankett statt, bei welchem eine Reihe der glänzendsten und inhaltvollsten Ansprachen unter lebhaftem Beifall der außerordentlich zahlreichen Teilnehmer gehalten wurden.

Die zweite geschlossene Versammlung.

zu Mosbach, 8. November.

Heute vormittag 1/10 Uhr wurde unter noch weitaus härterer Beteiligung als gestern abend, wiederum in der städtischen Turnhalle von dem Vorsitzenden Dr. Wildens die zweite geschlossene Versammlung des nationalliberalen Parteitagess eröffnet. Dr. Wildens leitete zunächst mit, daß von dem früheren Führer der nationalliberalen Partei, Dr. Binz, ein Telegramm eingelaufen ist, in welchem dieser der Landesversammlung die herzlichsten Wünsche zu einem guten Verlauf und fruchtvollem Ergebnis der „bedeutungsvollen Tagung“ überbringt. Die Versammlung beschloß hierauf ein Antworttelegramm zu senden, in welchem diese den Rücktritt ihres seitherigen hochverdienten Führers von der Parteileitung der nationalliberalen Partei badens auf das lebhafteste bedauert und dem für die vielfährige unermüdete und erfolgreiche politische Arbeit wärmsten Dank ausdrückt. Weiter machte noch Dr. Wildens Mitteilung von einem Schreiben des Zentralkomitees der nationalliberalen Partei im Reiche und von einem Schreiben des Mitgliedes der ersten bairischen Kammer, Abg. Ritzner.

Die Tätigkeit des letzten Landtages.

Das erste Referat in der heutigen Versammlung wurde vom Abg. Rebmann über die Tätigkeit des letzten Landtages erstattet. Dieser führte u. a. aus:

Wenn man als Abgeordneter im August d. J. sich in Karlsruhe irgendwo zeigte, so konnte es einem wohl begegnen, daß man gefragt wurde, was tun Sie eigentlich noch hier? und wenn man sich im Lande sehen ließ, so war die Stimmung die gleiche. Man hat uns ziemlich unverhohlen den Wunsch ausgedrückt, daß man uns überall lieber sehen wollte, als im Landtage. Das Land war offenbar landtagemüde, genau so wie wir auch. Und trotzdem haben sich gerade in diesen Tagen große Kämpfe zwischen den einzelnen Parteien und auch große Kämpfe zwischen der Volksvertretung und der Regierung abgepielt. Schließlich ist aber doch der Landtag zu Ende gegangen. Der Landtag hat recht lange gedauert. Jedenfalls länger als sein unmittelbarer Vorgänger, und wenn man eines sagen kann von ihm, so: daß recht viel auf ihm gearbeitet worden ist. Es kann sich hier nicht darum handeln, Ihnen die Arbeit zu erzählen, die dort geleistet worden ist, denn das, was dort in 8 Monaten erledigt worden ist, kann hier in den wenigen Augenblicken nicht wieder erzählt werden. Ich muß mich auf einige wenige Dinge beschränken.

Ein großer Teil der Arbeit hat sich in den Kommissionen abgevielt. So hat die Beamtenkommission über 40 Sitzungen abgehalten, während der ganze Stoff von der Kammer in 3 Sitzungen erledigt worden ist. Man hat nun vielerlei von

schweren Streitigkeiten in unserer Fraktion geredet. Das haben diese Leute besser gewußt als wir. Freilich wenn wir unsere Leute in der Fraktion ansehen, so werden Sie sehen, daß nirgends so große Gegenstände vorhanden sind, als wie bei uns. Stellen Sie z. B. den Abgeordneten Oblicher neben den Abgeordneten Pfefferle, so werden Sie sehen, daß nirgends so große Gegenstände sind. (Große Heiterkeit.) Freilich ist dies nur äußerlich. Genau so ist es mit der Spaltung in unserer Fraktion. Wir sind liberale Männer, die sich nie einem Parteiprogamismus fügen werden, wie er bei anderen Parteien herrscht. Wir sind aber bei allen Meinungsverschiedenheiten zu einer Einigung gekommen, wir sind stets herzlich friedlich miteinander verkehrt und wir sind mit derselben Ehrlichkeit aus dem Landtag hervorgegangen, wie wir in den Landtag einbezogen sind. Bei anderen Parteien ist es ja auch nicht viel anders gewesen. Das Zentrum ist allerdings wesentlich geschlossener: Aber trotzdem haben wir allerlei erlebt, so z. B. wie wir über die Gas- und Elektrizitätssteuer verhandelt haben, hat die eine Hälfte dafür und die andere Hälfte dagegen gestimmt. Bei den Schulpetitionen aber hat es ein dem Zentrum angehörender Lehrer nicht über sich gebracht, den Antrag seiner Partei zu unterschreiben. Bei der Sozialdemokratie war es um kein Haar anders: Als über das Budget abgestimmt wurde, wet der Abgeordnete Eichhorn wieder zufällig abwesend und drei andere Abg., u. a. Gied und Lehmann, hatten den Saal verlassen. Wohl hat es so als recht tolle Sache hingestellt. Allein wegen einer tölpeligen Frage kommt eine Partei nicht an den Rand ihrer Existenz. Es handelt sich vielmehr hier um eine durchaus prinzipielle Frage. Es handelt sich darum: Wie stellt sich die Sozialdemokratie dem Staate gegenüber. Auch bei den Demokraten war es nicht viel anders. Die Differenz, die

zwischen Heimbürger auf dem einen Flügel und dem Abgeordneten Benedek auf dem anderen Flügel besteht, ist viel größer, als in anderen Parteien. Wir haben ja auch auf dem linken Parteitag gehört, wie tiefgehend diese Differenzen gewesen sind. Aber diese Partei hat diese Schwierigkeiten überwunden. Nur eine Partei ist im Landtage immer geschlossen und einer Meinung gewesen, die dreizehnjährigen (Heiterkeit).

Beherrscht wird die Situation durch das Zusammengehen der Liberalen im Block und durch ihr Zusammengehen mit der Sozialdemokratie im Großblock. Wir haben mit der Einigung der Liberalen im Block die besten Erfahrungen gemacht. Es ist eine Gemeinsamkeit der Wege und Ziele und des Denkens und Handelns zutage getreten, die uns das Zusammenarbeiten erleichtert hat. Aber auch hier hat sich manche Wandlung vollzogen, an denen wir nicht ganz vorbeigehen können. Wir haben immer und immer wieder von dem

Rück nach links

hören müssen, aus dem das allgemeine Heil erwartet wurde. Es ist außerordentlich merkwürdig, daß gerade zu der Zeit, zu welcher dieser Ruf am lautesten erscholl, die Linksparteien im Reiche ihre große Rechtswendung vollzogen haben. Sie sind nach rechts geschwenkt, indem sie äußerlich in den Block eingetreten sind, sie haben aber auch ihre prinzipielle Stellung gegenüber den Fragen des Militarismus, der Marine und den Kolonien vollkommen geändert. Sie haben sich auf den Boden gestellt, auf welchem wir seit Bestand der nationalliberalen Partei gestanden haben. Sie haben damit eine große Tat getan und die Schritte, die nötig sind, um unser politisches Leben einer Gestaltung entgegenzuführen. Den Ruf über den Rück nach links, wollen wir ruhig über uns ergehen lassen und uns vor Augen halten, daß die Wege, in welche jene Parteien eingeschwenkt sind, schon seit Remjüngedenken unsere Wege gewesen sind. Und nun

unser Verhältnis zur Sozialdemokratie.

Sie wissen ja alle, was geschehen ist. Sie wissen, wie das beurteilt worden ist. Sie wissen, daß die Zentrums- und jetzt auch die konservative Presse unser Wahlbündnis berührt hat, um uns vorzumerken, daß wir uns der Sozialdemokratie mit Haut und Haaren verschrieben hätten und um uns als Radikale und Mittelwässer der Sozialdemokratie nach oben und unten zu denunzieren. Ich kann nicht versichern, daß ein Redakteur, der doch schließlich auch ein geistig denkender Mensch ist (Große Heiterkeit), tagtäglich dasselbe schreibt, und man muß schon die Leute der eigenen Partei sehr niedrig einschätzen, wenn man ihnen Tag für Tag dieselbe Kost vorsetzt. Demgegenüber sind wir bis zu einem gewissen Grade wehrlos; unser Publikum läßt es sich nicht gefallen, daß man ihnen denselben Kot vorsetzt. Unsere Politik im Landtage ist von Einflüssen der Sozialdemokratie absolut frei gewesen. Wir sind niemals der Sozialdemokratie zuliebe einen Schritt von dem abgewichen, was uns unser Programm und unsere Bestimmung gewiesen hatte. Wir sind äußerlich mit der Sozialdemokratie zusammengewandert, innerlich hat sie keine Einwirkung auf uns gehabt. Wir haben dabei gleich zu Anfang der letzten Landtagssession gezeigt bei der Präsidentschaftswahl. Es war das damals ein großes und schweres Opfer für uns. Auf der anderen Seite haben wir uns ja wieder an ihre Seite gestellt, als nämlich der Fall Schäferle verhandelt wurde. Das gebot die Gerechtigkeit. Also nicht der Sozialdemokratie wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen haben wir das Verhalten der Regierung heftig getadelt.

In der Gruppierung der Parteien sind während des Verlaufes des Landtages einige merkliche Verschiebungen eingetreten. Es betrifft das einmal das Verhältnis zwischen

Zentrum und Konservativen.

Früher ist das so nur eine stille Liebe gewesen, die nunmehr in das Stadium der Jugend-, der lauten Liebe eingetreten ist. (Große Heiterkeit.) Die Wahl in Mosbach war ja das Signal hierzu. Jetzt ist es ja noch klarer geworden, als das Zentrum zum Schluß des Landtages mit den Konservativen öffentlich Arm in Arm bei der Abschiedsfeier gegangen ist. Da sind die Dinge an den Tag gekommen, die vom Zentrum schon seit Jahr und Tag vorbereitet worden sind. Wir werden diese Dinge aufmerksam verfolgen müssen, um so mehr, als die Wege der konservativen Partei nicht offen vor uns liegen. Das ist die eine Verschiebung der Parteien, mit der wir zu rechnen haben; die zweite betrifft die Sozialdemokratie. Wenn man etwas zurückdenkt, dann hat man in diesem Landtage die Beobachtung machen können, daß der ganze Ton, den die Sozialdemokratie angeklungen hat, sich doch ganz besonders abgemildert hat, daß der Ton besonders dann milder geworden ist, wenn diejenigen Herren, die dem Reichstage angehören, dem Reichstag ihre Kraft gewidmet haben, wenn die Herren Eichhorn und Gied nicht da waren. Das ist äußerlich; aber auch innerlich hat die badische Sozialdemokratie eine ganz erhebliche Wandlung durchgemacht.

Die ganze Art und Weise, wie sie sich bei dem Rolle Schäferle dem Minister des Innern in denkbar schärfster Kampfstellung gegenüber gestellt hat und die ganze Art, wie sich diese Haltung gewandelt hat, ist von großer Bedeutung. Es zeigt das, daß die Sozialdemokratie in Baden eine bedeutende Wandlung zum Revisionismus vollzogen hat. Man muß sagen, was auch der Herr Finanzminister selbst anerkennt, daß die Sozialdemokratie eifrig und fleißig und sohlig an der Arbeit des Landtages mitgetan hat. Das hat seine tiefe Bedeutung. Wäre diese Sozialdemokratie noch die alte, die unseren Staat negiert die die Absicht hat, den Staat zu zertrümmern, um den ihren an die Stelle zu setzen, so wäre ein solches Tun nicht möglich. Wir verstehen dann den erörterten Widerspruch, den die alten Führer dieser Richtung entgegenstellen, denn an dieser Richtung wird die alte Sozialdemokratie zertrümmert, diese Richtung wird die Sozialdemokratie umgeklaut in eine radikale Arbeiterpartei. Es ist ein schweres Unglück für uns, daß so große Massen unserer Bevölkerung, die von so großer Opferfreudigkeit für ihre Sache getragen sind, unserem Staat entfremdet worden sind. Wenn es einen Weg gibt, diese Massen wieder dem Staate zurückzugewinnen, so ist es der, sie zur Mitarbeit heranzuziehen. Darum sind diese Vorgänge, die sich auch in unserem Landtage abgepielt haben, für die Entwicklung unseres Landes von allerhöchster Bedeutung.

Redner geht sodann auf einen Vorwurf Wackers ein, den ihm dieser gemacht hat wegen eines Vergleiches des Verhältnisses zwischen Zentrum und Liberalismus mit dem Verhältnis von

Hund und Katz.

Das hat dem Geistlichen Rat Wacker in Röhlingen sehr mißfallen. (Heiterkeit.) Derselbe hat mir vorgehalten, daß dies ein Bild sei, welches ein gebildeter Mann, insbesondere ein Lehrer, nicht in den Mund nehmen sollte. Ich bin ihm für diese Belehrung dankbar. (Heiterkeit.) Es wäre nicht solche Rückschlüsse ganz in den Wind zu schlagen. Ich muß aber sagen, in der Sache habe ich doch nicht unrecht gehabt. Ich muß heute daselbst sagen, vielleicht infolge der Belehrung in anderer Form: Was

uns vom Zentrum trennt, ist so fundamentaler Natur, daß eine Einigung mit dieser Partei nicht stattfinden kann. Das liegt im Wesen der beiden Parteien. Wir sind eine liberale Partei, welche die Freiheit als unverlierbares und höchstes Gut des Menschen betrachtet, die auch ihr ganzes politisches Tun und Lassen auf dieser Freiheit aufgebaut hat. Auf der anderen Seite steht über dem ganzen Tun und Lassen das Wort: Autorität. Autorität in kirchlichen Dingen und auch Autorität in politischen Dingen, denn die politischen und kirchlichen Fragen entscheidet nicht der Politiker, die entscheidet die Kirche. Daß diese immer mehr Dinge an ihren kirchlichen Wurzeln schließt, (Heiterkeit) das sehen wir Tag für Tag. Wo gibt es in aller Welt einen größeren Gegensatz als hier zwischen Zentrum und Liberalismus und deshalb besteht ich auf meinem Vergleich. Selbstverständlich können wir auch in politischen Tagesfragen eine Straße Weges zusammengehen. Wenn aber Wacker seine politische Rechnung darauf stellt, daß er einen Teil von uns abtrennen möchte, so ist das etwas, wovon ich hoffe, daß diese Rechnung falsch ist. Und so werden wir auch in Zukunft in den Landtagen dasselbe Bild erhalten, daß nämlich auf der einen Seite der Liberalismus und auf der anderen Seite das Zentrum mit seinen Anhängern steht. Und nun noch einen Blick auf die

Stellung der einzelnen Parteien zur Regierung.

Wir haben unsere Stellung der Regierung gegenüber genau festgelegt. Sie ist bei verschiedenen Landesversammlungen zum Ausdruck gekommen. Wir werden uns auch weiterhin der Regierung in voller Freiheit gegenüberstellen. Wir werden unsere Entschlüsse stets von dem Wohl des ganzen Landes abhängig machen. Und so haben wir auch auf diesem Landtage gehandelt und gleich die erste größere Verhandlung, die Stellung zum Fall Schäferle hat gezeigt, daß wir die Freiheit, auch die die Forderung der Regierung abfällig zu beurteilen, und durchaus bewahrt haben. Sehr charakteristisch war anzuhören, wie sich das Zentrum zur Regierung stellte. Das Zentrum ist zunächst ganz schorf mit dem Staatsminister von Tusch zusammengestoßen und hat durch den Mund seines Sprechers, Dr. Jehner, ganz unverhohlen sein scharfes Mißtrauen ausgesprochen. Weitere Folgen hat man dabei nicht gesehen. Ebenso interessant war, daß diese Partei sich zu den anderen Ministern wesentlich anders gestellt hat, daß es vor allem dem Minister der Finanzen die Wege gebührt und ihn mit Lob überschüttet hat. Was die Sozialdemokratie angeht, so hat sich diese erst gegen den Minister des Innern scharf geäußert, aber der Minister hat eben so scharf geantwortet. Diese Dinge haben sich später gewandelt. Es hat sich zwar kein intimes Verhältnis, aber doch ein wesentlich ruhigeres und sachlicheres Verhältnis zwischen dem Minister des Innern und der Sozialdemokratie heraus gebildet.

Redner geht dann näher auf die Arbeiten des Landtages ein und wendet sich besonders den Bildungsfragen zu, übergeht dabei aber gänzlich die Frage der Simultanisierung der Lehrerbildungsanstalten. Zur

Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstarif bemerkte der Redner u. a.: Die Regierung hat durch den Mund des Staatsministers zweimal in der Kommission und einmal im Plenum erklären lassen, daß sie die Beamtenvorlage zurückziehen werden, wenn etwa die Aufnahme der Lehrer in den Gehaltsstarif beschlossen würde. Das haben wir als eine so zwingende Lage aufgefaßt, daß wir uns dem nicht entziehen konnten. Man hat nun uns allerdings von verschiedenen Seiten gesagt, daß wir nun hätten festbleiben sollen. Wer das sagt, der hätte den persönlichen Eindruck in sich aufnehmen müssen von der Bestimmtheit, mit welcher der Staatsminister seine Erklärung abgegeben hat, der hätte sich dann davon überzeugen müssen, daß wir wirklich in dieser Zwangslage waren, und wer heute noch sagt, daß es nur von uns abgehängt hätte, ob die Lehrer in den Gehaltsstarif kamen, der redet nur Dinge nach, die er nicht versteht, oder er redet direkt frivol. Die Partei hat schon in Vahr ihre Stellung auf das Bestimmteste festgelegt, und in der Ansprache des engeren Ausschusses ist daselbst auch wieder gesagt. Bezüglich der Frage der

Trennung von Staat und Kirche

Bemerkte der Redner, daß dies eine rein akademische Frage sei. Die Kirche wird noch auf viele Jahrzehnte hinaus mit seltenen Ausnahmen an den Staat geknüpft sein. Wir wollen in diese historische Entwicklung nicht eingreifen. Unser Verhalten bei der Staatsdotations und bei den Stipendien usw., was so gebieterisch es zum Wesen der Kirche angeschlossen, da wir wollen, daß die Kirche selbst ihre Angelegenheiten zu ordnen im Stande sei. Redner geht noch weiter auf die im Landtage verhandelten sozialen Fragen, auf die Finanzpolitik unseres Staates und auf die Eisenbahnen näher ein, wobei er bezüglich der vierten Klasse dieselben Ausführungen macht, wie in Freiburg.

Nachdem der Redner 1 1/2 Stunden gesprochen hatte, schloß er seinen Vortrag, indem er die Meinung aussprach, daß die Arbeit der Abgeordneten im Landtage durchaus die Anerkennung der Parteigenossen verdiene. Dem Vortrage wurde außerordentlich lebhafter Beifall gezollt.

Stabschirurg Dr. Sickingen-Mannheim (zur Tagesordnung) wünscht, daß bei den weiteren Referaten auch genügende Rücksicht auf die Debatte genommen werde. Es tritt eine Pause von fünf Minuten ein.

Abg. Obkircher über die kommenden Landtagswahlen.

Abg. Obkircher, der sich als Führer der nationalliberalen Partei vorstellt, spricht über die natl. Partei und die kommenden Wahlen in längeren Ausführungen die gleichfalls 1 1/2 Stunden in Anspruch nehmen. Er führt u. a. folgendes aus: Die Landesversammlung hat die Aufgabe, eine Rechtsfrage zu geben für die Haltung der Parteien der Vergangenheit, sie hat Stellung zu nehmen zu den Aufgaben der Gegenwart und Plan zu stellen für die Zukunft, besonders dann, wenn wir den Wahlen stehen, u. wir haben uns dabei anzuspoken, sowohl über die Reichs- als auch über die Landesangelegenheiten. Wenn wir in diesem Zusammenhange von der Nationalliberalen Partei reden, so verstehen wir darunter nicht etwa ein Ledermessen, vollständig abgetrennt für sich außer Zusammenhang mit dem, was um uns herum ist, sondern wir verstehen darunter die Partei lebhaft als einen allerdings bedeutungslosen Teil des Ganzen, als einen Teil, der nicht selbsttätige Zwecke verfolgt, sondern der dem Ganzen dienen will, der aber auch glaubt, daß sein Vorkommen erforderlich ist für den Bestand des großen Ganzen. Die nationalliberale Partei darf mit Stolz von sich sagen: Sie pflegt uneigennützig den Staatsgedanken und ist erfüllt von einem lebhaften Staatsgefühl. Sie weiß, daß der Einzelne und die einzelne Partei nichts ist, wenn nicht das Ganze besteht, kräftig ist und gedeiht, und deshalb sagen wir uns: In allererst müssen wir das Gelingen, was dem Ganzen dient. So hat unsere Partei ihre Aufgabe von jeher erfüllt und das möchte ich als Programm in einem einzigen Worte hier sagen, so soll es auch in aller Zukunft bleiben:

liegt darin eine gewisse Stärke der Partei: Sie ist geeignet alle Volksgenossen in sich aufzunehmen, jeder Angehörige des Volkes findet Platz in unseren Reihen und findet für seine politischen Gedanken und Ansprüche. Aber neben der Stärke ist diese Devisen auch, wenn sie ehrlich und redlich befolgt wird, auch Grund einer gewissen Schwäche der Partei und vielleicht liegt gerade darin einer der wichtigsten Gründe dafür, daß unsere Partei in einer Zeit der Verschärfung des gemeinsamen Bewußtseins an Zahl ihrer Anhänger zurückgegangen ist. Diese Wahrnehmung könnte uns vielleicht zu der Frage hinführen: Sollen wir nun nicht diese Devisen verlassen, sollen wir es nicht machen wie andere Parteien, die auf unsere Kosten an Anhängern gewachsen sind. Ratschläge sind uns so genugsam erteilt worden. Man ist an uns mit Ansprüchen herangetreten, wir sollen uns mit voller Kraft auf die Vertretung der Interessen unserer ländlichen Bevölkerung werfen. Auf der anderen Seite hat man uns gelagt, die Landwirtschaft gebeilt, so weit sie in unserem modernen Wirtschaftsleben überhaupt noch Berechtigung hat und deshalb wendet Euch der Zukunft zu, nämlich der industriellen Entwicklung: fördert diese. Dann ist man an uns herangetreten mit dem Anspruch, daß wir uns vornehmlich der Interessen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes annehmen sollen und dann: eine wichtige Aufgabe der nationalliberalen Partei sei der Wahrnehmung der Interessen der gefährdeten Grund- und Hausbesitzer in unseren Städten. Wir haben hier Muster von Parteien, die es so machen, die sich einseitig auf einen Standpunkt stellen, aber auch das geschieht auf Kosten der Interessen der Anderen. Aber auch das Muster einer anderen Partei, die es versteht je nach Ort, Zeit und Gelegenheit zu sagen: Wir vertreten Euer Interesse vorwiegend und dort zu sagen: wir vertreten Eure Interessen vorwiegend. Es gibt eine Partei, die jedem das verspricht, was gerade er in dem betreffenden Augenblick verlangt. Solche Parteien, sie haben einen nicht abzuschätzenden Erfolg. Es laufen ihnen viele aus der Wälderhaft zu, weil sie nicht übersehen können, daß hier ein unlösbarer Widerspruch vorliegt und

Einseitigkeit der Feind aller klugen Politik.
 Wenn unsere Partei diesen Ratschlägen folgen würde, so würde sie sich mit ihrer ganzen Vergangenheit in Widerspruch setzen. Sie würde ihren Daseinszweck aufgeben, wollte sie so heruntersteigen von ihrer idealen Höhe, wollte sie von Stimmensgang und von der Agitation ihr Dasein freieren, wollte sie darauf ausgeben, in Volksversammlungen und namentlich im Parlament mit Antrag auf Antrag heranzukommen, um damit zu prunken. Wenn ich in dieser Weise von der Einseitigkeit gesprochen habe und erwähnt habe, welche Interessen dabei in Frage kommen könnten, so dürfen Sie nicht glauben, daß ich dabei der Meinung wäre, die Interessen, Wünsche und Ansprüche der einzelnen Gruppen unserer Bevölkerung wären nicht wichtig genug, man möchte sie nicht ernstlich prüfen. Im Gegenteil! Ich weiß sehr wohl, daß das alles einen guten Kern und seine Berechtigung hat, und daß es Pflicht einer Partei und Volkvertretung ist, sich all dieser Dinge anzunehmen. Aber je mehr und eingehender man diese Dinge behandelt, umso deutlicher kommt einem zum Bewusstsein der Widersprüche, der in allen diesen Interessen gelegen ist. Eine Lösung dieser Schwierigkeiten kann nur gefunden werden, wenn man an die Spitze seiner Entschlüsse die Frage stellt: Was kommt dem Ganzen und wie kann

ein Ausgleich in all diesem Widerspruch herbeigeführt werden, wenn es nicht möglich ist, allen diesen Ansprüchen im vollen Maße zu entsprechen? Wo ist die richtige Linie, auf der man ihnen entgegenkommt, ohne die berechtigten Interessen des anderen zu schädigen? Wir haben vorangeht, den Interessen der Landwirtschaft entgegenzukommen, wo immer es geht. Das haben wir immer getan und werden dies auch in Zukunft tun. Der Bund der Landwirte in seiner heutigen Organisation verfolgt politische Zwecke, die uns feindlich sind, auch da, wo er es nicht einseht. Der Bund der Landwirte in Baden hat einen neuen Vorsitzenden vor wenigen Tagen gewählt. Wir wissen nicht, was Herr von Stöpingen zu dem politischen Tun des Bundes der Landwirte sagt. Soweit der Bund wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind wir ihm Freund, soweit er aber die politischen Spuren seines Vorwärters wandelt, wird er freilich mit unserer Gegnerrolle zu rechnen haben. Aber er darf nicht sagen, daß wir damit den Interessen der Landwirtschaft entgegenarbeiten. Neben den landwirtschaftlichen Interessen kommen gleich die wichtigsten und weitverbreitetsten Interessen der Städte in Betracht.

Die städtischen Gemeinwesen haben sich zu hoher Höhe entwickelt; sie sind heute anzusehen als ganz besonders ausgezeichnete Förderer aller Kulturinteressen besonders der Volkshuldbildung. Schon aus diesem Grunde stehen wir ihnen sympathisch und hilfsbereit gegenüber. Wir stehen ihnen auch sympathisch und hilfsbereit gegenüber ebenso gut wie den ländlichen Interessen, weil wir niemals zugeben können, daß tiefer aufgeföhrt und im Grund genommen ein Widerspruch besteht zwischen Stadt und Land und den Interessen beider Teile. Sie sind aufeinander angewiesen. Der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand hat sich manchmal beklagt, daß wir seine Interessen nicht genügend berücksichtigen. Aber ich kann als meine feste Überzeugung aussprechen, daß dieser Mittelstand in Stadt und Land bei keiner Partei mehr Förderung erhält als in unserer Partei. Wir haben nichts veräußert auf diesem Gebiete. Wenn es diesem Stand zeitweise nicht gut gegangen ist, und wenn er noch heute Grund zu mannigfachen Klagen hat, so liegt das nicht daran, daß irgendeine politische Partei etwas veräußert hätte, sondern das liegt in der Entwicklung unserer Verhältnisse, die mächtiger sind als die Parteien. Kartierend sind ja diese Fragen im Reichstage zu behandeln; aber auch für unsere Reichstagsfraktion müssen wir in Anspruch nehmen, daß sie hier ihre Schuldigkeit getan hat. Auch der Stand der Privatbeamten, der mehr und mehr an Bedeutung gewinnt, bedarf der Förderung in den Volksvertretungen. Aber wer will es wagen zu sagen, daß unsere Partei auf diesem Gebiete irgend etwas veräußert hätte. Wir stehen ja eben vor der Frage, in welcher Weise durch Eingliederung der Privatbeamten in die große Versicherungsgesetzgebung des Reiches oder durch eine besondere Gesetzgebung ihren durchaus berechtigten Wünschen man gerecht werden kann. Dann die große Schor von industriellen Arbeitern. Diese große Gruppe unseres Volkes ist mit verhältnismäßig geringer Ausnahme der Meinung, daß nur die Sozialdemokratie die wahre Vertreterin ihrer Interessen ist. Das Zentrum bestrebt sich, seit einer Reihe von Jahren diesen Irrtum aufzuklären, aber nicht etwa nach der Seite der Wahrheit, sondern nur aus Konkurrenzrücksichten. Man darf diese Frage nicht von dem Gesichtspunkte aus behandeln, daß alle Wünsche der industriellen Arbeiterschaft erfüllt werden müßten oder erfüllt werden könnten, auch da, wo die Unternehmer erklären, daß diese Ansprüche unerfüllbar seien, wenn das Unternehmertum überhaupt noch konjunkturfähig bleiben soll. Es braucht ja in unseren Kreisen nicht noch besonders ausgesprochen zu werden, daß die Industrie- und Arbeiter am Gedeihen der Unternehmungen genau so interessiert sind aber vielleicht noch mehr als der Unternehmer selbst. Man

muß eben bei allen Wünschen den berechtigten Kern herauszufinden suchen. Wir glauben dadurch der Arbeiterschaft viel mehr zu nützen als diejenigen, die sich ganz einseitig auf den Standpunkt der Arbeiterschaft gestellt haben ohne Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer. In diesem Sinne treiben wir Sozialpolitik.

Den nationalen Interessen müssen alle anderen Interessen untergeordnet werden.

Die nationalen Interessen sind so wichtig, daß andere Parteien genötigt gewesen sind, den nationalen Interessen Zugeständnisse zu machen, mehr oder minder widerwillig. Und wir hätten doch nicht verpassen, daß selbst die Sozialdemokratie ab und zu einmal auch auf diesem Gebiet ähnliche Töne anzuschlagen gezwungen war. Mit den nationalen Interessen sind auch innig verbunden

die kulturellen Interessen.

Nur ein kulturell hochstehendes Volk kann kräftig sein und Ansehen besitzen. Damit hängen zusammen alle die Fragen der Volksbildung. Denn Bildung macht nicht nur frei, sondern auch stark und die Frage der Freiheit der Person, die politischen Interessen des Einzelnen gegenüber der Staatsautorität und auch die soziale Frage sind im Grunde genommen kulturelle Fragen. Nur ein wahrhaft gebildetes Volk kann wirkliche Sozialpolitik treiben. Nach der Stellungnahme der einzelnen Parteien zu diesen Fragen gruppieren sich auch die einzelnen Fragen. Da sind auf der einen Seite die Konservativen, die an die Spitze stellen: "Autorität", und die nur zögernd Zugeständnisse machen an die Anderen und auf der anderen Seite die Radikalen, die das Recht des Einzelnen über die Autorität zu stellen gewohnt sind, und die die Bedeutung der bestehenden und gebildeten Stände für das Wohl des Ganzen gar oft zu gering schätzen und oft gar nicht einzuschätzen verstehen. (Zustimmung.) Zwischen diesen beiden entgegengesetzten Polen muß sein

eine Mittelpartei.

Aber bei unseren sonstigen Verhältnissen ist das nur ein Ziel unseres Strebens. Wir begrüßen selbstverständlich alle Versuche, eine solche Einigung in einer Mittelpartei herbeizuführen. Die Versuche aber, die bisher gemacht worden sind, haben keinen vollen Erfolg, so noch nicht einmal einen erheblichen Erfolg gehabt. Einmalen muß ein Conglomerat von Parteien, nämlich der Block, sowohl im Reich als in unserem Lande diese Stelle ausfüllen. Die Versuche, die gemacht worden sind, zu vereinfachen, sind bis zu einem Erfolg bisher noch nicht gediehen. Wenn wir uns zu den alten Grundfragen der Partei auch fernerhin bekennen, und zugleich auf Erörterung der Partei hoffen, dann haben wir ein nahe Zukunftsbild vor uns, daß wir uns in uns selbst wieder mehr zusammenschließen, als das leider heute der Fall ist. Dann werden uns wieder neue Kräfte zugeführt werden und diese Kräfte werden uns den Mut geben, den kommentar schwierigen Aufgaben mit guter Hoffnung entgegenzugehen. M. H.! Wir werden uns zusammenschließen. Nun bestehen wohl Meinungsverschiedenheiten untereinander. Aber wenn ich das genauer betrachte, so sind diese Meinungsverschiedenheiten nicht zu finden auf einem Gebiet, die das Leben der Partei ausmachen, vielsach sind es vielmehr formale Dinge, viellosch sind es auch Unterschiede im Tempo. Grundfragen sind es nicht, die uns trennen. Machen wir einmal das Grenzpaß! Wenn wir den Verlauf des letzten Landtages und des letzten Reichstages nochmals überblicken, so müssen wir sagen, daß unsere Arbeit überall, in den öffentlichen Versammlungen und in der Presse Anerkennung gefunden hat, und daraus können wir den Schluß ziehen, daß das auch in Zukunft so sein wird. Was am meisten den Gegenstand von Erörterungen gebildet hat, so könnte es den Anschein haben, als ob

der Großblock das A und O der ganzen Politik ausmacht. Der Wert und die Bedeutung, die man dem Wort "Großblock" beigemessen hat, sind eine Erklärung des geistl. Rat Wader in Jahrzehnen. Ich weiß nicht, ob er schon ein Patent darauf genommen hat. (Heiterkeit.) Wertvoll aber wäre dieses Patent für die Partei des Zentrums. (Heiterkeit.) Wader hat jüngst in Freiburg gesagt, was ihn eigentlich bewegt in dieser ganzen Frage. Was Wader seit 1905 als schweres Verbrechen am Vaterland ausgelegt und gescholten hat, das habe er nicht absprechen wollen und hätte gar noch 6 Dankate drangegeben. Und wiederum: der Mann ist klug und voranschauend und weiß, was man aus solchen Dingen machen kann. Und was hat er aus der Sache gemacht? Er hat als Parteiführer die Seiten angeklagen und ist zusammen mit Herrn Seyler, der die Note des Sängers übernahm (Große Heiterkeit), hincinbezogen in das Land und soll hat sich ein Chor dazu gefunden, die Nationalliberalen haben ein Bündnis mit der Sozialdemokratie abgeschlossen und damit das Vaterland betreten. Aufschrei und Unruhe über die in unsere Wölfe haben, als sie es immer wieder hören, aufgebort. Den Konservativen ist es zu Gemüt gegangen (Große Heiterkeit), auch Liberale Männer sind bald bedenklich geworden. Erste und treue Freunde unserer Partei haben ihnen nachgesehen, und dann ist auch die Regierung betäubt worden von diesen Gefängen. Man muß sich diesen Erscheinungen gegenüber fragen: Was hat denn die nationalliberale Fraktion eigentlich getan im Jahre 1905? Was ist denn eigentlich geschehen? Es waren praktische Entwürfe des Zentrums und besonders ihrer Führer, die dahin gingen, ein Bittreiben aus dem zu machen, was man gar nicht absprechen wollte, was man selbst viele Jahre lang bei allen Gelegenheiten selbst getan hat. Ein Bündnis ist das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie niemals gewesen und sollte es auch nicht sein. Niemand kann uns nachsagen, daß wir irgend etwas von unseren Grundfragen weggehen hätten, auch nicht in der Form, oder daß wir der Sozialdemokratie nachzugeben seien, der suggestive Einfluß der Wader'schen Politik hält noch immer an; man muß nur hoffen, daß die Zukunft wieder einigend wirkt. Man hat in der Parteipresse gelagt, daß sich die Parteileitung späterens in Rossbach über diese Dinge ausgesprochen wird, wie sich die Partei in Zukunft gegenüber der Sozialdemokratie verhält. M. H. Es die nationalliberale Partei 1909 mit der Sozialdemokratie wieder taufieren wird. Wir werden jedenfalls die Sozialdemokratie mit allen zulässigen Mitteln ebenso bekämpfen wie das Zentrum. (Weifall.) Und zwar werden wir das tun unteren Parteigrundfragen folgend. Wir würden es begrüßen, daß diejenigen, die heute noch beiseite stehen, sich uns anschließen würden in diesem Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Auch diejenigen, denen es lange war mit einem Schwarz nach links, die können die Vereinigung hinnehmen, daß in dieser Beziehung nichts zu besorgen ist. Ich glaube, wir sollten uns überaus dankbar fühlen, immerfort nur von den anderen Parteien und von unserem Verhalten zu den anderen Parteien zu sprechen, wir sollten von uns selbst sprechen (Wiederholung). Wir sollten mehr auch von unseren eigenen Arbeiten reden, was die kommenden Monate für uns bringen werden. Als ich in Karlsruhe vor wenigen Wochen sagte, man sollte

nicht immer von der Taktik sprechen.

da hat nun die Zentrumspresse und ihr folgend die konservative Presse das sofort aufgegriffen und von einer Taktik des Wadler'schen gesprochen und hat man die eigene Presse gegen uns aufzubringen versucht. Unsere Presse hat sich hier aber geradezu

mußerhaft erhalten. (Bravo!) Wir wollen uns zu allererst vornehmen, parallel mit den Parteien von der Linken die anderen Parteien, die dann noch übrig sind, bekämpfen, soweit das in unserer Macht liegt, aber vor allem auch daran denken, was selbst zu organisieren, wo es noch fehlt, und alle unsere Kräfte zu sammeln und opfermütig an die Arbeit zu gehen, aufklären über die Vergangenheit und über die Zukunft, und unsere Presse unterstützen, unsere mutige, treue und arbeitstüchtige Presse. (Weifall.) Hierin, in der Agitation, in der Organisation und in der Organisation und in der Unterstützung der Presse wird bei den anderen Parteien, namentlich beim Zentrum und bei der Sozialdemokratie mehr geleistet als bei uns. Das wollen wir uns ruhig einestehen.

M. H.! Das Ziel ist bei den Wahlen, möglichst viele Abgeordnete für unsere Partei, möglichst viel für den Block heranzuziehen und zwar, um auf ein Wort des früheren Parteiführers Dr. Bing zurückzugreifen:

Uns eigener Kraft!

Die Aufgabe, die wir damit leisten, ist die Aufrichtung einer Zentrumshegemonie zu verhindern und verteidigend dem Angriff entgegenzugehen, der nicht geringeres beabsichtigt als die nationalliberale Partei zu allererst und dann auch die links von uns stehenden Parteien, den Freisinn und die Demokraten, zu vernichten, um die Zentrumshegemonie damit umso sicherer zu erreichen. Das Zentrum hat ja immer zwei Eifen im Feuer; eines für die Agitation und für die Gewinnung der Massen, und das andere, um bei der Regierung die nötigen Kompimente zu machen (Auf: Sehr richtig!), um sich als regierung- und staatsfreundlich zu empfehlen. (Weifall.) Nach dem Grundgesetz: die et impera hat Wader von jeder seine Politik gemacht; er hat aus anderen Parteien einzelne Stücke herausgeholt, sie dann beherrschet und in dieser Weise fortgeführt, um dann möglichst viele kleine Gruppen beherrschten zu können. Er hat zunächst bei den Demokraten und Freisinnigen angefangen, die an der Seite des Zentrums gegen uns standen und uns dann außerordentlich gehärdet haben. Der Zentrumsführer hat dann versucht, die konservativen Elemente aus der großen Gruppe heranzuziehen, die er vorher sehr schlecht behandelt hatte. Die Sozialdemokratie ist früher und auch später bereit gewesen, die Zentrumsparität zu unterstützen, um damit die Unterstützung der Zentrumsparität selbst zu erhalten. Bis 1905 ist es so gewesen und es ist auch 1907 bei den Reichstagswahlen so gewesen. Mit den Konservativen waren oder nicht soziale Geschäfte zu machen, darum ist Wader auch an den Bund der Landwirte herangetreten, an die Antisemiten, an die Mittelstandspartei, an die Gewerbetreibenden und an die Parteileute! (Heiterkeit.) Wie diese hat er mit seinen Armen umschloß und sie mißbraucht. (Stürmische Heiterkeit.) In seiner Leidenschaft ist aber Wader in der letzten Zeit aus seiner Defang herausgetreten. Jetzt sind die rechtsstehenden Nationalliberalen seine neueste Liebe. Man will einen

Block der Rechten

in dem vereinigt werden die Konservativen, das Zentrum, die rechtsstehenden Nationalliberalen und wenn es gut geht, auch noch die Sozialdemokraten. In solcher Offenheit hat Wader dieses Ziel noch nie so ausgesprochen wie jetzt, obwohl schon früher von ähnlichem Rede war, schon 1905 in der bekannten Rede Waders in Stuttgart. Das Bestreben einzelne Teile der nationalliberalen Partei abzusprenken, ist ein Versuch, unseren Hausfrieden zu stören, und ich glaube, da werden alle Hausbewohner zusammenhalten, um den Eingringling wieder dahin zu befördern, wohin er gehört. (Weifall.) 1905 wurde unsere Partei von den Konservativen völlig ignoriert, da diese Gruppe mit dem Zentrum bessere Geschäfte machen zu können glaubte. Die Versuche

eine Verbindung mit den Konservativen herzustellen, um den gemeinsamen Gegner, das Zentrum zu bekämpfen, sind völlig ignoriert worden. So ist es geblieben. Während der beiden Landtage haben wir die konservative Partei mit dem Zentrum in wichtigen Fragen, wenn auch nicht in allen Fragen, so aber doch in dem wichtigen Zusammengehen sehen, und jüngst haben sie bei Schluß des Landtages bei der Abschiedsfeier des Zentrums die Absicht an den Tag gelegt, es in Zukunft so zu lassen. Darum muß für die nahe Zukunft die konservative Partei aufscheiden, leider sage ich, und zwar zum größten Nachteil für die konservative Partei selbst. Denn glaubt wirklich die konservative Partei bei einem Zusammengehen mit dem Zentrum ihre Interessen wahren oder die Interessen der evangelischen Kirche wahren zu können. Das ist ein schwerer Irrtum, in dem sich die Konservativen befinden. Das Zentrum ist in politischen Dingen fortschrittlich bis zum äußersten Radikalismus, soweit es nötig ist, die Massen zu gewinnen, in wirtschaftlichen Dingen ist das Zentrum agrarisch auf dem Lande, mittelständlerisch in den Städten (Heiterkeit), hausagrarisch in den Versammlungen der Grund- und der Hausbesitzer. Und das alles nur aus dem Gedanken; die Massen müssen wir für uns haben, wenn wir unsere eigenen Ziele erreichen wollen. Das ist

die Geraden-Politik des Zentrums. (Stürmische Heiterkeit.) In religiösen und kirchlichen Dingen ist das Zentrum das Gegenteil; da will es von den persönlichen Rechten des Einzelnen nichts wissen. Nirgend besser als bei uns ist die Parität der Konfession gewahrt worden. Wir achten jede Überzeugung in kirchlichen und religiösen Dingen, wir wollen aber, daß die Religion nicht mißbraucht wird zu politischen Dingen. Wo das geschieht, da treten wir fest auf, und wir treten auch fest auf gelegentlich gegenüber den Dienern der Kirche, wenn sie auf der Kanzel oder in Wahlkreisversammlungen aufzutreten und unwahre Dinge behaupten. (Weifall.) Und dann:

die Sozialdemokratie.

Eine ganze Welt trennt uns von dieser Partei. Und wenn das Zentrum nur behauptet, ich hätte einmal im badischen Landtage von der gemeinsamen Weltanschauung des Liberalismus und der Sozialdemokratie gesprochen, so ist das eine jener lägen und frivolen Entfindungen, die nicht mehr zuzuschlagen sind. Auch da, wo die Sozialdemokratie in der Form weniger radikal auftritt als anderwärts auch da, wo sie nicht nur ihre Grundfrage in den Vordergrund stellt, auch da, wo der Marxismus als überleht und bekräftigt bezeichnet wird, auch da ist die Sozialdemokratie durch weite Klüfte von uns getrennt. Denn immer hat sich die Sozialdemokratie in ihren beiden Richtungen das Ziel vorgesetzt, die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen und eine Massenhegemonie an deren Stelle zu setzen. Wir betrachten die Sozialdemokratie als unseren Gegner, der mit allen zulässigen Mitteln bekämpft werden muß. Aber wir müssen gewiß auch anerkennen, daß die babische Sozialdemokratie in Nürnberg sich den Vorwürfen der Radikalen entgegen, mutig und achtungsvoll verhalten hat. Sie hat ihre abweichende Meinung tapfer vertreten. Aber dieser Kampf war nicht nur ein Kampf über formale Dinge, sondern es war ein Kampf zweier Richtungen in der Sozialdemokratie, der sich vielleicht noch mehr entwidelt in auseinanderstrebenden Richtungen,

Das Patrion über die Partei.

Wenn wir dieser Weise gefolgt sind und folgen wollen, so sind wir gewiß die vollen stichige Richtung in der Sozialdemokratie sympathischer als die andere. Wir wollen diese Richtung nicht fördern, wir nehmen die Mitarbeit dieser Richtung an der 2. Kammer gerne an. Nach dem Seiten der Großh. Regierung ist gegenüber der Sozialdemokratie Verhältnißlichkeit an den Tag gelegt worden, wenn auch keine Gelegenheit verfaßt worden ist zu betonen, wie groß die Klust ist, die zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie obwalte. Es ist kein Zweifel, daß die ideotheischen Sozialdemokraten eine andere Stellung auf am Freitag in Nürnberg eingenommen haben als ihre Genossen im Norden. Das erklärt sich aus dem Gegensatz zwischen Nord und Süd, und ich glaube, daß der Süden namentlich zu einer Verjüngung beitragen wird. Wir im Süden haben keinen Kostengeist, im Norden herrscht allzusehr die Meinung vor, daß der andere minder wert sei als man selbst. Wenn man es als eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft betrachtet, muß man diejenigen, welche der Sozialdemokratie anhängen, ohne Mißtrau überhand die lehrmäßigen Ziele der Sozialdemokratie zu kennen, belehrt werden und daß ihnen ihre Belehrung leichtert wird, indem wir ihnen in der Form persönlich gegenüber treten, so wird das als erstrebenswertes Ziel der Zukunft angesehen werden können. Einiges über die

Absehen der nationalliberalen Partei in der Zukunft

finden Sie in dem Aufsatz des Engeren Ausschusses an die Parteigenossen im Lande. (Dieser ist auf der 1. Seite unserer heutigen Mittagsausgabe abgedruckt. D. Red.). Das Allerwichtigste ist die Bildungsfrage. Dieser Frage wird sich die nationalliberale Partei und werden sich auch die Parteien von links mit besonderer Wärme und mit besonderem Eifer annehmen müssen. Damit zeigt sich auch, daß unsere Rolle in der Gegenwart noch lange nicht ausgespielt ist, sie wird vielmehr in der Zukunft nur noch wichtiger werden. Es muß die alte Schlagfertigkeit, die alte Begeisterung wieder in unsere Gehirnsgehirnen zurückkehren. Mutig und entschlossen wollen wir unserem Gegner entgegen gehen! (Stürmischer langandauernder Beifall.)

Hierauf wurde die zweite geschlossene Versammlung um 1 Uhr auf nachmittags 1/2 Uhr verlegt.

Die Diskussion.

Um 1/2 Uhr wurde im Saale des Bahnhofhotels mit der Diskussion über die behandelten Fragen begonnen. Gleichzeitig fand in der Turnhalle eine gubefugte öffentliche Versammlung statt, in welcher Reichstagsabg. Beck über Liberalismus im Reichstag, Amtsrichter Kerner-Kastl über den Liberalismus und seine Zukunft und Landtagsabgeordneter Sanger-Dierheim über Liberalismus und Landwirtschaft unter großem Beifall sprachen. In der geschlossenen Vertreterversammlung, die ebenfalls wieder sehr gut besucht war, wurde die Diskussion, die drei Stunden dauerte, mit der Besprechung über die Reichsfinanzreform eröffnet. Ehe man mit dem Debattieren, das sich im allgemeinen in ruhigen Bahnen bewegte, begann, wurde noch mit überwiegender Mehrheit ein Antrag des Stadtrats Kölsch-Karlstraße angenommen, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken.

Fabrikant Feder-Großschaffen

knüpft seine Ausführungen an Beck's Rede an. Die finanzielle Not unseres Staates ist umso beschämender, als sie mit einer ganz ungeahnten Welle des deutschen Volkes zusammenfällt. Es ist durchaus verfehlt, wenn man nur von einer Welle der Industrie und des Handels sprechen will. Unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung befindet sich in aufsteigender Linie. An der schlechten Finanzwirtschaft sind auch die Parteien schuld. Es ist die unglückliche Folge der Parteizersplitterung, daß sich keine Partei fand, die für die Schuldenentlastung tatkräftig eintrat. Man hat zu viel Mandatspolitik getrieben. Unserer Finanzpolitik mangelte eine gewisse Kleinlichkeit inne. Nebner verweist in dieser Beziehung auf die Automobil- und Landmaschinensteuer, welche letztere eine durchaus ungerade Besteuerung darstellt. Das neue Steuerbouquet leide an demselben Mangel. Wenig Steuerobjekte, dann aber gründlich, das sei sein Standpunkt. Er möchte stark unterstreichen, daß Branntwein, Fett und Tabak im Ausland einen wesentlich höheren Ertrag liefere, als in Deutschland. (Sehr richtig.) Die Konsumenten freieren ebenso, wenn aus einem Artikel 100 statt 30 Millionen Mark herausgezogen werden. Als Spiritusbrenner möchte er konstatieren, daß bei dem Spiritus ebenso gut 12 Millionen herausgeholt werden könnten. Es werde deswegen nicht weniger Branntwein getrunken.

Chefredakteur Dr. Münzinger-Karlstraße

bemerkte, das neue Steuerbouquet greife so tief in alle Verhältnisse ein, daß man seine Wirkung nicht sofort völlig überschauen könne. Wenn er die Stimmung richtig beurteile, so sind Bier-, Branntwein- und Tabaksteuer am populärsten. Am wenigsten annehmbar erscheine die Elektrizitäts- und Zinssteuer. Aber auch diesen beiden Steuerarten gegenüber müsse man guten Willen zeigen und etwas brauchbares daraus machen. Die Elektrizitätssteuer mache ihm ganz den Eindruck wie das 1879 abgeleitete Tabakmonopol. Er fürchte, daß es mit der Elektrizitätssteuer ähnlich gehen werde. Die Elektrizitätssteuer sei außerordentlich entwicklungsfähig. Nebner glaubt, daß man aus dieser Steuer in der nächsten Zukunft 250 Millionen ziehen kann. Deshalb sollte man ihr entgegenkommender Interesse entgegen. Im übrigen dürfe man der Reichstagsfraktion vertrauen, daß sie das Richtige treffe. Nebner meint, daß man zum Ausdruck bringen solle, daß man das Einnahmewilligkeitsrecht des Reichstages nicht beschränken wolle. Vielleicht könne man das Einnahmewilligkeitsrecht anders gestalten. Nebner schlägt schließlich folgende Resolution namens seiner Freunde vor:

Die Landesversammlung der Nationalliberalen Partei Badens ist überzeugt, daß die nationalliberale Fraktion des Reichstages unter sorgfältiger Abwägung aller in Betracht kommenden Interessen ihr äußerstes tun wird, um ein Zustandekommen der Reichsfinanzreform zu sichern. Die Landesversammlung erwartet, daß die Gefahr der Minderung des Einnahmewilligkeitsrechtes des Reichstages durch Bindung eines Teils der Matritulatsbeiträge vermieden, vielmehr in Wiederaufnahme alter nationalliberaler Forderungen erreicht werde dadurch, daß eine dazu geeignete Steuer beweglich gemacht wird.

Oberamtsrichter Dr. Koch-Mannheim kommt auf die sensationelle Veröffentlichung des „Daily Telegraph“, auf die davon geknüpften Gerüchtere und die geschäftliche Behandlung der Angelegenheit im Auswärtigen Amt zu sprechen. Die natl. Reichstagsfraktion habe diese Angelegenheit mit einer sehr erfreulichen Entschiedenheit behandelt. Nebner ist der Ansicht, daß die Landesversammlung zu erkennen gebe, welche Ansicht im Lande darüber herrsche, damit die Stellung der Fraktion gestärkt werde. Nebner beantragt folgende Resolution:

Die in Koblach tagende Landesversammlung der Nationalliberalen Partei Badens dankt der Reichstagsfraktion für die Einbringung der Interpellation „Die Veröffentlichung im Daily Telegraph betreffend“ und hofft, daß es gelingt, von der Reichs-Regierung Garantien dafür zu erhalten, daß derartige das Ansehen des deutschen Volkes schädigende Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden.

Stadtrat Kölsch-Karlstraße tritt für größtmögliche Sparsamkeit auf militärischem und maritimem Gebiet ein.

R.-A. Kraut-Pforzheim

hält die Gas- und Elektrizitätssteuer für unvernünftig. Die Steuer sei auch feuertechnisch nicht recht verständlich. Nebner spricht sich mit Entschiedenheit gegen die Elektrizitätssteuer aus. Unsere Industrie würde viel mehr belastet werden, als der Ofen. Die Steuer würde dadurch ungerecht vererbt. Die Konkurrenzfähigkeit der Industrie würde leiden. Herr Feder habe mit dem Hinweis auf die Möglichkeit der höheren Besteuerung des Branntweins einen neuen Weg gewiesen. Der natl. Verein Pforzheim bitte eine Resolution anzunehmen, die sich gegen die Elektrizitätssteuer ausspreche. Die bereits beantragte Resolution sei nicht opportun.

Kammerstenograph-Frey-Karlstraße

moniert namens der Jungliberalen gegen die Auffassung Dr. Münzingers über die Elektrizitätssteuer. Diese Steuer werde zu einer dauernden Belastung. Vor allem aber opponiere er gegen die Steuer, weil sie ungerecht sei. Man habe es mit einer doppelten Besteuerung zu tun, weil die Steuer das Licht und die Beleuchtungskörper zugleich belaste. Die Steuer belaste vor allem aber den Mittelstand. Sollte die Kraftquelle besteuert werden, so könne man darum nur herumkommen, wenn man die Kohlen besteuere. (Sehr richtig.) Man dürfe das Produzieren nicht erschweren. Dieser Steuer gegenüber müsse man sich prinzipiell ablehnend verhalten. Er möchte bitten, in dem Sinne der Pforzheimer Resolution sich schlußfäßig zu machen. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Lasser-Freiburg

spricht sich ebenfalls gegen die Elektrizitätssteuer aus, weil sie

verlehrsähemend sei. Nebner glaubt nicht, daß der veranschlagte Steuerbetrag eingehend werde. Wenn bei der Brantweinsteuer nicht Rauteln geschaffen würden, durch die eine allzugroße Begünstigung der Produzenten verhindert würde, dann würde auch bei dieser Steuer das Ergebnis hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Fabrikant Vogelbach-Bürrach

weist als Praktiker darauf hin, daß man nicht die Kraftquelle der badischen Industrie besteuern dürfe, wenn man sie gegenüber der norddeutschen Industrie konkurrenzfähig erhalten wolle.

Chefredakteur Dr. Münzinger

verteidigt gegenüber den abweichenden Ansichten der Korredner seinen Standpunkt zur Elektrizitätssteuer. Er halte einen prinzipiellen Widerstand nicht für weitläufig.

Die Debatte über die Reichsfinanzreform ist damit geschlossen. Es folgte die Abstimmung über die Anträge. Der Antrag Koch wird mit 11 gegen 1 Stimme angenommen.

Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher weist auf den unlöslichen Widerspruch der beiden Anträge über die Gas- und Elektrizitätssteuer hin. Die Verammlung schien nach seinem Eindruck für die Pforzheimer Resolution zu sein.

Der Vorsitzende schlägt eine reaktionelle Aenderung der Pforzheimer Resolution vor, damit man über die beiden Anträge zu einer Einigung komme. Es wird beschlossen, eine Kommission mit dieser Funktion zu betrauen. Die Pforzheimer Resolution wird mit Mehrheit angenommen.

Die Pforzheimer Resolution lautet:

Die Landesversammlung der nationalliberalen Partei Badens erachtet die Herren Reichstagsabgeordneten der nationalliberalen Fraktion, einer Gesetzesvorlage, die eine Besteuerung von Gas oder elektrischer Energie oder von irgendwelchen Glühkörpern (Glühlampen, Stifte, Glühstrümpfe u. dergl.) bezweckt, ihre Zustimmung zu versagen. Eine solche Besteuerung schädigt nicht nur unsere aufblühende elektrotechnische Industrie, belastet nicht nur unsere städtischen Haushalte ganz empfindlich, sie ist auch geeignet, unerträgliche Belästigungen der Konsumenten herbeizuführen.

Es folgt die Diskussion über die Tätigkeit der Landtagsfraktion.

Stadtschulrat Dr. Siedinger

führt aus: Sie sind gewiß mit uns der Ansicht, daß wir zwei hochinteressante Vorträge gehört haben. Wir haben die Empfindung gehabt, daß hier zwei Männer zu uns gesprochen haben, die aus dem Vollen schöpfen, die aber auch viel gekämpft haben, um zu den Anschauungen zu gelangen, die sie vorgegetragen haben. Ich spreche beiden Herren dafür gewiß auch in Ihrem Namen herzlichsten Dank aus. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Rebnann hat einen Rückblick geworfen auf die Vergangenheit, namentlich auf den letzten Landtag. Wir haben daraus erkennen können, daß es keine Kleinigkeit und keine Leichtigkeit ist, Abgeordneter zu sein. Beide Herren haben mit Recht darauf hingewiesen, daß es Schwäche und Stärke unserer Partei ist, daß in unserer Partei Leute mit verschiedenen Anschauungen beisammen sind. Es ist gewissermaßen Stärke, daß wir dem Einzelnen mehr Bewegungsfreiheit lassen, als dies bei anderen Parteien der Fall ist, namentlich bei der Partei der äußersten Linken und der äußersten Rechten. Aber tatsächlich ist dies auch eine große Schwäche, denn unsere Partei setzt sich dabei der Gefahr aus, und der Beurteilung, daß sie seine festen Grundsätze habe, Schutzulage, wo die Massen gegeneinander stehen, müssen die Grundsätze unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Da war es hocherfreulich, daß der künftige Führer unserer Partei, Herr Obkircher, namentlich einen Moment scharf herausgehoben hat, in dem wir unter allen Umständen einer Meinung sein müssen. Er hat das ausgedrückt mit den Worten: unserer Parteipflicht stets gedenken, mit anderen Worten: wir treten ein für die Allgemeininteressen, wir kämpfen dagegen, wenn Forderungen gestellt werden, welche nur Einzelne bevorzugen würden. Die Debatte hat ja gezeigt, daß in der Tat die Gedanken bezüglich der Reichsfinanzreform in dieser Richtung sich bewegen. Wir kämpfen vor allem gegen den Partikularismus in jeder Form. Gottseidank hat das Jahr 1870 endgültig mit dem politischen Partikularismus ausgeräumt. Wir dürfen ruhig sagen, daß unser verstorbenen Großherzog Friedrich einer derjenigen war, der die weißen Opfer gebracht hat. Das wird vielleicht erst in der Zukunft voll eingeschätzt. Wir kämpfen weiter gegen den lokalen Partikularismus, damit das Volk der wirtschaftlich Schwachen unter allen Umständen gebessert wird, durch

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Brodh. tad. Hof- und Nationaltheater in Mannheim.

Gastspiel von Paul Wiede: Herodes und Mariamne.

Wiede Herodes ist der Ausfluß kauspielerischer Virtuosität. Eine grandiose Virtuosität, wenn man will. Aber nur davon. Ich bin schöpferischen Köstchens eines komplizierten Charakters, daß die leisesten Regungen der sinnverwirrten Seele des Ausnahmewesens anzeigt und von ihnen herab eine eigene Welt in monumentaler Weise gestaltet. Man ist solches von ihm gewohnt, darum übertrifft das andere. Oder wollte er zeigen, daß der große Schauspieler auch so kann? Mit berechnetem Verstande stellen, was aus tiefstem inneren Erleben hervorzurufen sollte? Sein Herodes fesselt am meisten, er erhält die beständige Steigerung in dem Teil des Herodes, wo das Interesse an seiner Plache hinter dem Juridiktur, das man an Marcianens psychologische Entwicklung nimmt. Aber wo er dominieren sollte, ist die psychologische Anlage sprunghaft, nicht konsequent genug — und doch, sie ist gerade in ihrer Konsequenz überwältigend. — Hier verdunkelt sein Herodes gar die stichliche Idee in die der Dichter seine Tragik zum guten Teil verlegt und die an sich dem Dichter so viel gilt. Gleich dem Herakliden Ranaules, der überhaupt typischen Gestalt für Hebbels spätere dramatisches Schöpfen, stemmt auch er sich — den Angelpunkt der Dichtung bilden ähnliche Worte — gegen das überkommene Sittentisch, ohne an Stelle des alten ein neues zu geben, gleich groß und gleich würdig wie jenes. Wie kam der Dichter sonst zu der Tonica im mächtigen Schlussakt, wo den großen Geschehen ihre Geister voranschreiten und in dem Deute sich das Fortge wandelt? Und auch sonst ließ er selbst bei der eminenten Sprachschönheit so manche Punkte der wunderbar herben und doch wieder schmieglamen Dichtersprache nicht fühlen, so manche der scharfen Antithesen, die für den Vogelverschret

Charakteristisch sind. Aber trotz alledem! Wiede Herodes, getragen von einer Persönlichkeit, vermochte sehr zu interessieren, er konnte sogar stellenweise durch sein künstlerisches Temperament hinreizen, wenn die Herrmann der orientalischen Herrscher hervorbrach, und die Leidenschaft einer übermächtigen Liebe, zu ergreifen, wenn er die weiche Seele in seiner Brust erklingen ließ. Letzteres gilt auch von Herrn Wiedes Mariamne, die für die jedemwolle Innigkeit des Weibes seine Töne fand und dadurch in der Richtergerichte wirklich ergreift. Mehr sollte ihr freilich der Ausdruck innerer Einigkeit gelingen, der hobritischen Würde, mit der Mariamne ihr freies Wesen anzeigt — dessen Idee sie übrigens in wappvoller Eindringlichkeit zur Geltung brachte —, der lebendige Ausdruck aller jener subtilen Gedanken, bis zu Schatten von Ideen und Stimmungen, die der Dichter der Gestalt verlieh. Auch für die Alexandra von Hel. Wittels hat das wohl seine Geltung. Sie muß erst im Laufe der Darstellung in die trostlich-mächtige Gestalt hinein, um am Schluß einen wirkungsvollen Höhepunkt zu erringen; ihre Alexandra hatte darum noch nicht die ausgeprägte Einseitigkeit, die zielbewusste Energie und volle Leidenschaftlichkeit des Handelns und des Ehrgeizes, die diesen orientalischen Frauen eigen war, wenn sie einmal Sontengeschichte leiteten — man kennt leider dieses ihr Wirken aus der Geschichte, das der Dichter so charakteristisch im Drama zum Ausdruck brachte. Die übrigen, die sich um die Hauptcharaktere scharten, fanden sich mit mehr oder weniger Glück mit ihrer Sache ab. Köllers Jodenus war geschickt angelegt. Müller schien für den Jodenus zu jung und sollte ihn auch noch etwas zu äußerlich, Hel. Wionda war kaum eine Salome, wie Hebbel sie sich dachte; dagegen war der Titus Godebs eine prächtige Gestalt, kernig, ernst und verischlossen — der Vertreter einer anderen Welt. Aufmerksamkeiten wurde das Ganze durch die seine, künstlerisch stichbewusste Regie des Intendanten. Was erweckt war, war eine einseitige, tiefe gefällige, tragische Stimmung, eine Darstellung in gewaltigen Szenen zur eindring-

lichen Geltung gebracht durch eine große Kunst der herischen Ausgestaltung, die sich in einiger Weise dem Schlußwerk in Farbe, in Ton und Stimmung anpaßte.

Dr. H.

Erstes Musikvereinskonzert.

Der Kinderkonzert von G. Pietsch.

Als Novität brachte der Musikverein in seinem gestrigen ersten Winterkonzerte Gabriel Pietsch's „Der Kinderkonzert“ zur Aufführung. Die aberwitzigste und das interessanteste Werk des jungfranzösischen Neuzusatzes auch hier eine enthusiastische Aufnahme. Man ist heutzutage in Bezug auf Novitäten nicht gerade verbohrt. Der herrschende Zeitgeist, das Weiten und Wogen, das Glück zu erlangen, lächeln unserer Muse nicht mehr so günstig zu sein. Umso freudiger begrüßt man eine Novität, die sich weit über das Niveau der üblichen Tagesproduktion erhebt. Zwar sah man wie in dem Werke vergebens den genialen Schöpfer mit begehrender dramatischer Kraft und der Tiefe unserer deutschen Oratorienkomponisten. Dafür fanden wir ein großes Talent, ein technisches Genie, das bei den Deutschen auf allen Gebieten der Kunst so selten, bei den Franzosen oft als Naturgabe vorhanden sich findet. Der Inhalt der legende handelt von jenen seltsamen Vorgängen, von denen der Chronist aus dem Jahre 1212 meldet: „Am jene Zeit strömten Kinder ohne Führer aus allen Städten und Gemeinden der beschiedenen Länder eilenden Fußes nach den Ländern jenseits des Meeres, und als man sie fragte, wohin sie zögen, sagten sie: „Nach Jerusalem, das heilige Land zu suchen!“. — bis heute weiß man nicht, wohin sie kamen. Die meisten aber kehrten zurück, und als man sie fragte, warum sie ausgezogen seien, antworteten sie, sie wählten es nicht.“

Dieser Bericht des Historikers regte den 1806 verstorbenen französischen Dichter Marcel Schwob zu seiner epischen Dichtung an. Dieselbe gliedert sich in vier Bilder, in denen 1. der Aufbruch der Kinder, 2. der Zug auf der Hoerzgeräse, 3. die Befreiung nach dem heiligen Lande, 4. der Untergang der Schiffbrüchigen und des Ertrinken im Lande der Verheißung geschildert wird.

ein Pfahl im Fleisch unseres Volkes ist und schon viel Schaden angestiftet hat. Und hier ist nun ein Moment! Wir sind heute zusammengekommen, um offen einander die Meinung zu sagen. Wir sind der Ansicht, daß wir frühzeitig beginnen müssen in der Erziehung der Jugend, daß schon die Jugend sich aneinander gewöhnt, daß sie die Empfindung hat, wir sind zwar verschiedenen Glaubens, aber Kinder eines Volkes. (Lebhafte Zustimmung.) Deswegen sind wir stolz darauf, die gemischte Schule zu haben. Aber es ist doch selbstverständlich, daß, wenn wir in der Schule die Unerwachsenen gemeinsam erziehen, wir es in den Anstalten, wo die künftigen Lehrer erzogen werden, ebenso halten. (Stürmischer Beifall.) Das ist unbedingt erforderlich. In geistlichen Sachen haben wir auch schon die simultanen Anstalten. Und da wollen wir unsere Lehrer auseinandersetzen? Wir müssen mit aller Bestimmtheit für die Simultanisierung unserer Lehrerseminare eintreten. (Lebhafte Zustimmung.) Es hat mich außerordentlich gefreut, daß Redmann in dieser Frage klar Stellung genommen hat. Man hat es in weiten Kreisen nicht verstanden, daß er als Schulmann sich der Abstimmung enthalten hat. Er ist Referent für seine Regierung gewesen, deshalb hat er sich der Abstimmung enthalten. Wir müssen verlangen, daß in dieser Grundfrage völlige Einmütigkeit besteht. Weiter freut es mich, daß in dem Aufruf des Engeren Vorstandes ausdrücklich Bezug genommen wird auf die Haltung unserer Partei in der Frage der Reform der Volksschule, daß hier bestimmt ausgedrückt wird: Wir verlangen, daß der Ausbau der Volksschule weitergeführt wird. Gerade um Ausbau der Volksschule sind wir entschlossen zurück. Das ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der liberalen Parteien. Wir haben zu lange gewartet. In Schleswig habe ich z. B. gesehen, daß wir in gewissen wichtigen Punkten am Schwanz marschieren. Unsere Partei muß vorangehen und verlangen, daß bei der Jugend eingestiftet wird. Wenn wir wollen, daß größere Massen uns zufließen, dann müssen wir die künftige Generation zur Urteilsfähigkeit, zum Denken, zum Gemeinheitsgefühl erziehen. Deswegen ist es höchst erfreulich, daß unsere Führer sich dahin ausgesprochen haben, daß unsere Partei in Zukunft die Bildungsfragen mit besonderem Eifer und besonderer Wärme fördern wolle. Ich hoffe, daß damit wirklich Ernst gemacht wird. (Stürmischer Beifall.)

Pfarrer Seiler-Msbaeh

ist ebenfalls für die Simultanisierung der Lehrerseminarien. Es müsse aber andererseits der Möglichkeit Raum gegeben werden, daß wirklicher Geschichtsunterricht getrieben wird, damit die Leute, die das deutsche Volk groß gemacht haben — Redner weist auf Luther hin — auch voll gewürdigt werden. Redner erwartet, daß unsere evangelischen Liberalen der Richtung der evangelischen Kirche mehr Beachtung schenken, die allein den Konservativen entgegenzutreten kann. Für ihn sei nicht konfessionelle Einseitigkeit maßgebend. Er gehe sogar so weit, daß er wünsche, daß die Zeit kommen möge, in der man gar keine Pfarrer brauche. Dann brauche man allerdings auch keine Juristen mehr. (Stürmische Heiterkeit.)

Landtagsabg. Dr. Obkircher

kennt als Führer der nationalliberalen Partei auf die Ausführungen des Vorredners nicht eingehen. Die Partei als solche habe stets die Kulturmission der evangelischen Kirche anerkannt und sie stets unterstützt. Wenn man nicht immer das Richtige getroffen habe, so liege das daran, daß man in solchen Fragen niemals einen großen Kreis sammeln könne. Was die Ausführungen Dr. Siedingers angehe, so glaube er genügend deutlich dargetan zu haben, daß die Partei in dieser Frage feste Grundzüge habe, aber es gebe eben im öffentlichen Dinge, in denen nicht immer Einstimmigkeiten erzielt werden können. Die allzugroße Rücksichtnahme gegen Andersgläubige beim Geschichtsunterricht in der Schule halte er für pflichtwidrig. (Sehr richtig.) Aber man müsse mit den Verhältnissen rechnen. Die Kritik gegen diese Verhältnisse müsse zwar mit rücksichtsloser Offenheit einsehen; aber die nötigen Materialien gehörten dazu. Wenn einzelne Abgeordnete des protestantischen Bekenntnisses aus ihrem Gefühl heraus gegen die Simultanisierung der Lehrerseminarien gestimmt haben, so sei das gegen das Prinzip, aber bei den Motiven, die nicht jedermann bekannt seien, begründlich.

Oberamtsrichter Dr. Koch-Mannheim

hätte dringend gewünscht, daß die Gründe, die dafür maßgebend waren, daß einzelne Abgeordnete gegen die simultanen Lehrerseminare gestimmt hätten, früher vorgebracht worden wären. Er halte diese Gründe nicht für stichhaltig. Eine Geschichtsdarstellung von einem protestantischen Gesichtspunkte aus werde ebenso einseitig ausfallen müssen wie eine solche vom katholischen Standpunkte aus. Die Konsequenz führe zum Eintritten für die konfessionelle Volksschule.

Stadtschulrat Dr. Siedinger-Mannheim nimmt ganz entschieden die katholischen Lehrer dagegen in Schutz, daß sie die historische Wahrheit heugen. Sobald die Lehrer nur in konfessionellen Anstalten erzogen werden, würden sie eben einseitig, und das wäre aus nationalen Gründen zu bedauern. Er könne die Gründe der dissentierenden Abgeordnete auch nicht als berechtigt anerkennen.

Die ergreifende poetische Idee und die geschickte Anlage des Liedbuches bieten dem Komponisten dankbare Aufgaben, und dieser hat es verstanden, Stimmungsbilder von poetischer Kraft und reinem musikalischen Solozit zu schaffen. Zwar schilt es dem Werke an dem fortwährenden Schwunge, dafür bringt es wirkungsvolle Steigerungen und übliche Kontraste. An Chören sei die Begrüßung des Meeres, der Chor der Seelen, welcher allerdings etwas an den Patriarchen des „Holländer“ gemahnt, und der größte Ensemblestück des Werkes, das Schluß-„Alleluja“ hervorgehoben, namentlich aber die reißenden mehrfach geteilten Kinderchöre, in denen der nordnordliche Ton ausgedrückt getroffen ist. Weniger gilt dieses von den Solopartien der Damen, die nach meinem Empfinden etwas zu paritätisch gehalten sind. Die Harmonik und Instrumentation verläßt den modernen Komponisten, die Modulation ist eine sehr freie. Wie sehr der Komponist, dessen Wege in Weg gefanden — es versteht sich, auch mit einfachen Mitteln schöne Wirkungen zu erzielen, beweist das Andantino „Stimmen aus der Höhe“, welches gleich zu Beginn den Hörer in seinen Bann zieht.

Die Aufführung war von Herrn Postkapellmeister Ruzschbach trefflich vorbereitet. Er hielt den großen Apparat mit solcher Hand zusammen, und es klappte alles aufs Beste. Der Männerchor (sogar seinen rhythmisch schwierigen Part) sicher, der Frauenchor ebenfalls besonders schönheit. Recht brav hielten sich auch die ca. 200 Kinder der Mannheimer Volksschule unter Leitung des Herrn Oberlehrers Schuch. Die keine Internationalen-Präsentation in dem

Kammerstenograph Frey-Karlsruhe schließt sich den mahnenden Worten des Pfarrers Seiler im allgemeinen an.

Landtagsabg. Prof. Rohrhaupt-Heidelberg, der sich im Landtage der Abstimmung über die Simultanisierung der Lehrerseminare enthalten hat, begründet seinen Standpunkt. Das Meersburger und Ettlinger Seminar wären auch nach der Simultanisierung geblieden wie vorher. Man hätte den Konservativen mit der Simultanisierung nur ein neues und ganz gewichtiges Agitationsmittel in die Hand gegeben. Unsere Lehrer seien trotz ihrer Ausbildung in Meersburg und Ettlingen nicht im konfessionellen Geiste erzogen worden, sonst würden die Früchte ganz andere sein. Zweckmäßigkeit- und historische Gründe hätten ihn zu seiner Stellungnahme bestimmt. Er sei stets ein Freund der Simultanschule gewesen. Das habe seine bisherige Haltung bewiesen. Man dürfe ihn nicht durch den Vorwurf, daß er gegen die Parteigrundzüge verstoßen habe, dazu zwingen, die Konsequenzen zu ziehen. Die Partei dürfe weder liberale noch orthodoxe Kirchenpolitik treiben. Nur liberale Charaktere sicherten die Zukunft der Partei. (Lebhafte Beifall.)

Prof. Winkelmann-Freiburg

berührt die Frage der Schiffahrtsabgaben, durch die Baden ungewöhnlich belastet wurde. Redner hat den Auftrag, die Fraktion zu bitten, sich rechtzeitig über die Stimmung im Lande zu unterrichten. Das beziehe sich auch auf die Gas- und Elektrizitätssteuer. Die Partei müsse mehr volkstämmliche Politik treiben.

Landtagsabg. Dr. Obkircher

lemerkt, eine politische Partei, die nur aus sachlichen Erwägungen heraus Stellung nimmt, könne zu der vom Vorredner gewünschten volkstämmlichen Politik unmöglich übergehen. Eine politische Partei dürfe nicht wie die öffentliche Meinung wandelbar sein. Von diesem Grundsatze aus habe die Fraktion zu der im Landtag eingebrachten Interpellation über die Gas- und Elektrizitätssteuer Stellung genommen. Populartätshochschere lehne die Fraktion ab. Man habe sich in dieser Frage nicht vor den sozialdemokratischen Wagen spannen wollen. Man habe sich erst genau orientieren wollen. Zudem sei ja auch die Reichstagsfraktion die entscheidende Stelle. Die Fraktion würde sich in allen Fragen gut unterrichten über die Stimmung der Allgemeinheit, aber wenn man das praktisch durchzuführen wolle, müsse man die Entscheidung auf einige Wochen vertagen. Es sei eine schwere Last, Abgeordneter zu sein. Das Äquivalent liege in dem Vertrauen der Wählerschaft. Wenn man ihm dieses Vertrauen entziehe, dann könne man das Amt nicht weiterführen. Es liege in der verfassungsmäßigen Stellung des Abgeordneten, daß er nach seiner Ueberzeugung entscheide. Wenn man dem Abgeordneten das noch entziehe, dann sei er nur noch Stimmenträger. (Lebhafte Beifall.)

R.-M. Wöflinger-Mecklenburg

fragt an, wie weit die Vorbereitungen für das Agitationsmaterial für den kommenden Landtagswahlkampf gediehen seien. Er schlage vor, eine populäre Schrift über die Arbeit der Partei auf dem Gebiete der Landwirtschaft als Gegenmittel gegen den wieder geplanten Wahlmittel herauszugeben. Im Seebezirk herrsche heute noch die Ansicht, daß in der Schulfrage mehr erzielt worden wäre, wenn die Partei energischer vorgegangen wäre. Redner kommt auf einen Fall zu sprechen, aus dem geschlossen werden müsse, daß die Konfessionalisierung des Meersburger Lehrerseminars unauhaltbar fortschreite. Die Partei sei nicht mit der nötigen Schärfe gegen den Oberschulrat vorgegangen.

Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher

meint, es sei nun einmal so, daß der Oberschulrat nicht die nationalliberale Partei sei. Eine Neuausgabe des Wahlmittels sei gar nicht zu beklagen. Eine an sich sehr notwendige Maßnahme sei in Aussicht genommen, aber er fürchte, daß sie noch nicht in Angriff genommen sei.

Fabrikant Feder-Broschachen

meint, die Gesamtheit der Abgeordneten sei eher in der Lage, sich über die Gas- und Elektrizitätssteuer zu entscheiden, als ein Einzelner. Die Mehrheit der Versammlung werde auch sicher auf dem Standpunkt Dr. Obkirchers stehen. Es könne doch nicht Sache der Landesversammlung sein, den Abgeordneten wegen ihrer Abstimmung Rügen zu erteilen. Wo wolle man denn hinkommen, wenn die Partei einem Abgeordneten das Vertrauen entziehe, der einmal eine abweichende Meinung habe. Das könnten sich die Abgeordneten nicht gefallen lassen. Prof. Rohrhaupt sei völlig im Recht gewesen, wenn er sich energisch gegen diese Stellungnahme gewehrt habe.

Prof. Winkelmann-Freiburg

erklärt, er habe es für seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gehalten, seine gegenständige Ansicht zum Ausdruck zu bringen. Dazu sei man hergekommen. Andererseits werde es schwer gemacht, wiederzukommen, wenn aus jeder kleinen Frage eine Vertrauensfrage gemacht werde.

Landtagsabg. Dr. Obkircher

erwidert, zu der gereizten Antwort habe keine Veranlassung vorgelegen. Er habe aus den Ausführungen Winkelmanns nur die Konsequenzen gezogen. Nehmen Sie es nicht gereizt. Wir haben

Gruppendorf des zweiten Teils ist derzeitlich und dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der entfernt stehende Kinderchorbestimmung mehrere Takte hindurch die instrumentale Stimme fehlt. Eine besonders glückliche Hand hatte die Vereinsetzung in der Wahl der Solisten. Frau Kammerfängerin Emma Lestor aus Stuttgart (Alte, ein Mädchen) und Fräulein Margarete Schuster, Hofoperfängerin aus Kassel, (Alte, ein blonder Strabe) sangen ihre Rollen musikalisch sicher, geschmackvoll und kernig. Den Erprobter vertrat mit bestem Erfolge Herr Richard Fischer aus Frankfurt a. M., den alten Semann und die Stimme aus der Höhe unser einheimischer, geschätzter Baritonist, Herr F. Promer. Auch das Frauenquartett der Stimmen aus der Höhe sang rein und entfaltete Wohlklang. Den Orgelpart hatte Herr Musikdirektor Hänlein übernommen und wurde seiner Aufgabe bestens gerecht. Einen wesentlichen Anteil an dem guten Gelingen gebührt unserem modernen Hoftheaterorchester, das seine große und schwere Aufgabe in geradezu glänzender Weise löste. Der Musikverein und sein verdienstvoller Leiter, Herr August Bach, darf mit Verriedigung auf sein „reines Winterkonzert“ zurückblicken, das einen Ehrenabend in den Annalen der Vereinsgeschichte bedeutet. Hoffentlich gibt die Vereinsleitung in einer Wiederholung der Aufführung einem weitzaren Kreise Gelegenheit, die musikalische Legende kennen zu lernen. Des Dankes aller Kunstfreunde dürfte sie zum Voraus sicher sein.

viel Lob, aber auch Kritik und Tadel erfhren. Aber Sie dürfen es uns nicht verargen, wenn wir uns diese Stellung präzisieren, damit die Kritik weniger herb wird.

Gewerbeschuldorstand Feuerlein-Weinheim bemerkt, es sei ihm mitgeteilt worden, daß nicht alle Agitationsredner in konfessionellen Dingen den richtigen Rahmen einhielten. Die Presse sei davon auch nicht freizuprägen dogmatische Fragen müßten mit großer Deftigkeit behandelt werden.

Damit ist die Debatte geschlossen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der erste Passus der Pforsheimer Resolution folgende Fassung erhalten hat:

„Die Landesversammlung der Natl. Partei Badens ist überzeugt, daß die natl. Fraktion des Reichstages unter sorgfältiger Abwägung aller in Betracht kommenden Interessen ihr äußerstes tun wird, um das Zustandekommen der Reichsfinanzreform zu sichern. Sie will mit dem Ausdruck dieser Ueberzeugung zu den einzelnen Steuern nicht Stellung nehmen.“

Die Pforsheimer Resolution wird nunmehr in dieser Fassung einstimmig angenommen.

Das Schlusswort.

Vorsitzender Dr. Wilkens gibt seiner Besichtigung darüber Ausdruck, daß diese interessant und, wie man hoffen wolle, ergebnisreiche Aussprache über eine große Anzahl Fragen der Reichs- und Landespolitik herbeigeführt worden ist. Wenn Sie u. da in diesem u. jenem Spezialpunkt die Meinungen auseinander gegangen seien, so könne er doch zu seiner großen Freude feststellen, daß in allen wichtigen Fragen die Partei einmütig und geschlossen hinter ihren Führern steht. Er glaube, daß dies ein Bild verheißendes Symptom für die Zukunft, insbesondere für den schweren Wahlkampf, sei, der in diesem Winter und im Laufe des nächsten Sommers bevorstehe. Wir alle, so schloß der Redner, wollen uns geloben, in diesem Kampfe unsere Schuldigkeit zu tun im Interesse der Partei, im Interesse unserer schönen Vaterland. Wir können die Tagung in Möbbs wohl nicht besser schließen, als dadurch, daß wir uns erheben ab einstimmen in den Ruf: Unser schönes Heimland lebe hoch hoch! hoch! (Stürmischer Beifall.)

Die Tagung wird 1/2 8 Uhr geschlossen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 9. November 1908

Beirat für Arbeiterstatistik.

Der Beirat für Arbeiterstatistik trat am 5. d. Mts. unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes Dr. van der Borghi zu seiner 22. Sitzung zusammen. Der Beirat nahm einen von Erzelleng Dr. Fischer eingebrachten Antrag an, der eine Erweiterung der Befugnisse der Ausschüsse betrifft und eine Beschleunigung der Arbeiten bezweckt. In eingehender Weise behandelte der Beirat alsdann an der Hand eines von Erzelleng Dr. Fischer verfaßten Ausschußberichts die Ergebnisse der Erhebung im Fuhrwerksgewerbe und beschloß, in dem Bericht an den Reichsstatistiker die Regelung der Arbeitszeit der in gewerblichen Fuhrwerken betriebenen beschäftigten Personen dahin imVorschlag zu bringen, daß eine tägliche Mindestarbeitszeit von 8 Stunden allgemein und außerdem für die beim schweren Lastfuhrwerk und mit Stallarbeiten beschäftigten Personen sieben eingeführt werden. Ferner wurde die Freigabe einer Anzahl von Sonntagen sowie eine Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter bis zu 16 Jahren für notwendig erklärt. Schließlich behandelte der Beirat an der Hand eines von dem Geheimen Ober-Regierungsrat Neumann verfaßten Ausschußberichts die bisherigen Ergebnisse der Erhebung in Binnenschiffahrtsgewerbe und beschloß, durch eine schriftliche Befragung der Organisationen von Arbeitern und Arbeitnehmern dieses Gewerbes sowie von Arbeiterklassen die Erhebung zu vervollständigen.

Kaisergespräche, Reichstag und Presse.

In der Presse wird vielfach bedauert, daß es aus Anlaß der Kaisergespräche nicht zu einer einheitlichen Kundgebung des Reichstages gekommen ist. Dies Bedauern ist nicht ohne Grund. Denn aber bei der Gelegenheit behauptet wird, daß die Schuld dafür, daß eine einheitliche Aktion nicht zustande gekommen sei, liegt an den Nationalliberalen, die aus kleinlicher Kettelei nach der Seite gestrebt hätten, so entspricht eine solche Darstellung den Tatsachen nicht. Die Nationalliberalen — wir glauben in der Beziehung einigermaßen unterrichtet zu sein — haben zunächst an ein gemeinsames Vorgehen aller Blockparteien gedacht und sie hätten auch nichts dagegen einzunenden gehabt, wenn, um die Wucht des Vorgehens zu verstärken, in dieser ersten vaterländischen Angelegenheit, in der für Parteiunterschiede und Fraktionsgegnert kein Raum sein darf, das Zentrum mit von der Partie gewesen wäre. Wer diese Pläne dann durchkreuzt oder zum mindesten zum Scheitern gebracht hat, darüber möchten wir uns im Moment nicht äußern. Es ist in diesem Augenblick, wo ohnehin allerlei Flumacher am Werke sind, die dämpfen und plätten möchten, was im richtig stehenden vaterländischen Interesse nie abgeschwächt werden dürfte, keinen Sinn, Zweifelsucht in die Parteien zu tragen, die an Dienstag gemeinsam marschieren sollen. Nur gegen eins müssen wir uns doch wenden: Der konservative Parteivorstand erklärt eine sonst recht würdig gehaltene Erklärung, an deren Schluß er mit „aller Entschiedenheit festhält“, er würde ein weitere publizistische Behandlung dieser Vorgänge nicht für segensreich erachten können. Wir sind in der Beziehung durchaus entgegengesetzter Meinung. Wir können ein Volk in der Kulturhöhe des deutschen nicht dumm machen, und z. dertuschen gibt es auch nichts mehr. Gerade dies Vertuschen und beschämende Zudecken, das in einer bestimmten Art von Plätkern zum System erhoben wurde, hat zu nicht geringem Teile die heutigen Zustände mit heraufzuführen helfen. Deshalb sollten, ehe nicht wirkliche Abhilfe erzielt ward, diese Erörterungen überhaupt nicht abreißen. Wenn man sie in ernstester Verantwortung führt, werden die „Würde und das Nachkommens des Deutschen Reiches“ darunter gewiß nicht leiden.

Deutsches Reich.

(Wegen die Gas- und Elektrizitätssteuer) Die Konferenz der sächsischen Städteordnungsämter beschloß einstimmig, der von dem heutigen Städtetag an den Reichstag und Bundesrat zu richtenden Petition gegen die Belastung von Gas und Elektrizität beizutreten.

Der Zwischenfall von Casablanca.

R. K. Paris, den 7. Nov.

Der 'Matin' bringt einen Auszug, des von der gesamten deutschen Presse reproduzierten Artikels der 'Kölnischen Zeitung, welcher einen ernstlichen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland wegen des Vorgangs in Casablanca als derartig monströs bezeichnet, daß man auch nicht einen Augenblick an eine solche Eventualität zu glauben berechtigt sei.

Der Polizei-Rapport von Casablanca.

Aus dem Rapport des Polizei-Kommissärs von Casablanca, M. A. Sché, geht hervor, daß es der Korrespondent einer deutschen Zeitung war, welcher zuerst in Rabat und später in Casablanca eine Deserteur-Agentur eingerichtet hat. Da er jedoch bei dem deutschen Konsul nicht die erhoffte Unterstützung fand, wandte er sich nach Deutschland.

Die deutsche Regierung hat der französischen Regierung ihr Einverständnis zur Veröffentlichung der von ihr geprißten Dokumente des Gelbbuches gegeben. Das neue Gelbbuch, Marokko betreffend, wird somit gegen Ende der nächsten Woche erscheinen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 9. November 1908.

Entschädigungsflagen am Mannheimer Landgericht. Die Sängerin Weizmann absolvierte im Januar v. J. am hiesigen Hoftheater ein kurzes Gastspiel. Am 10. Januar hatte sie in der Titelfrolle der Gounod'schen Oper 'Margarete' aufzutreten. Vor der Apotheose im letzten Akte wird der Vorhang nicht heruntergelassen und die Musik spielt vor offener Bühne. Während dieser Zeit hatte sich die Künstlerin nicht auf die von Versenkungen freie Hinterbühne zurückgezogen, sie blieb hinter den Kulissen auf der Vorderbühne, um gleich bereit zu sein.

Gustav Kramer †. Gestern vormittag hat Herr Gustav Kramer, Mitinhaber des rühmlichst bekannten Mannheimer Parkhotels das Zeitliche gesegnet. Mit ihm ist ein Mann von uns geschieden, dessen Name nicht nur in Mannheim, sondern weit über das Reichthum der Stadt hinaus in hohem Ansehen stand. Er gehörte zu denjenigen Persönlichkeitlichkeiten, die jedermann kennt, schätzt und hochachtet.

Neuzug entprechendes, großzügig angelegtes und durchgeführtes Hotel zu errichten, trat er wieder in das Geschäft ein und gründete in Gemeinschaft mit seinem Schwager die Hotel-Betriebs-Gesellschaft 'Park-Hotel'. Es war eine schwere Aufgabe, welche die beiden Männer in einem Lebensalter, in dem andere der Ruhe pflegen, übernommen hatten, aber sie wurde von ihnen in glänzender Weise gelöst.

Wegen der auffeherregenden Affaire, über die wir im Samstag Abendblatt berichteten, ist bereits am Samstag eine weitere Verhaftung erfolgt. Es handelt sich um einen in der Unterstadt etablirten Reggermeister.

Polizeibericht vom 9. November.

Gestorben ist am 7. d. Mts. im Allgem. Krankenhaus die im Polizeibericht vom 4. d. Mts. erwähnte getrennt lebende Frau, welche am 2. d. Mts. in ihrer Wohnung 05 in selbstmörderischer Absicht Vitriol getrunken hat. Unfall: Am 6. d. Mts. benützte die 9 Jahre alte Tochter eines in G 4, 1 wohnhaften Tagelöhners, in Abwesenheit ihrer Eltern zum Feueranzünden Petroleum; die entzündete Flamme entzündete die Kleider des Mädchens und erlitt dasselbe so schwere Brandwunden, daß es mittelst Sanitätswagens ins Allgem. Krankenhaus verbracht werden mußte.

Nachträge zu den städtischen Wahlen.

Es wird uns geschrieben: Die in den letzten Tagen in den Spalten dieses Blattes sowie in andern hiesigen Zeitungen an die Adresse der Industriellen gerichteten Ermahnungen, sich mehr am politischen Leben zu beteiligen, wenn sie größeren Einfluß auf die städtischen Geschäfte gewinnen wollen, dürfen, so zutreffend sie in manchen Punkten sein mögen, doch in manchen andern Punkten nicht unüberwunden bleiben. Wichtig ist, daß man seitens der Industrie mehr tätigen Anteil am politischen Leben nehmen muß, wenn man verhindern will, daß die Gewerbestände in immer steigendem Maße zur Ablagerungsstätte aller möglichen Arten von öffentlichen Lasten gemacht werden, bis sie endlich so belastet sind, daß sie zusammenbrechen müssen und mit ihnen die auf sie aufgebaute wirtschaftliche Grundlage des Staates und der Kommunen.

ausgesprochen wurde, etwa einen einzigen Industriellen in den Stadtrat wählen wollte. Das wäre für ihn ein ganz verlorener Posten. Was vermag eine Stimme gegen so viele andere? Das werden sich auch die Industriellen gefragt haben, von denen berichtet wird, daß sie zum Eintritt in den Stadtrat aufgerufen, abgelehnt haben. Es hat keinen Sinn auf einem verlorenen Posten wertvolle Zeit zu verschwenden.

Kann also das Prinzip, daß nur vorübergehende politische Tätigkeit die Berechtigung gibt, in die städtischen Kollegien zugelassen zu werden, als richtig nicht anerkannt werden, so muß andererseits auch noch darauf hingewiesen werden, daß dieses Prinzip in der Praxis nicht einmal durchgeführtes wird, d. h. daß Industrielle, welche diese Vorbedingung tatsächlich vollumfänglich erfüllt haben, dennoch von den städtischen Geschäften ausgeschlossen wurden. Der sehr verdienstvolle Mann, der nicht wieder aufgestellt wurde, ist seit vierzig Jahren eifriges Mitglied der national-liberalen Partei, und außerdem hat er als Stadtverordneter und als Stadtrat Jahre lang hervorragende Dienste geleistet, und ähnlich ist es mit dem andern Großindustriellen und mit dem Bauunternehmer, denen in der Kommission, welche die Wahlkandidaten zu bestimmen hatte, um ein Haar dasselbe Schicksal bereitet worden wäre wie dem erwähnten Herrn.

Verträgt sich nun eine solche Kurzschichtigkeit und eine solche einseitige Parteipolitik wirklich mit den Interessen der Handels- und Industriestadt Mannheim, und ist sie geeignet, dahin zu wirken, daß gerade die Kreise, die sehr zur tätigeren Anteilnahme an dem politischen Leben aufgerufen werden, sich diesem wirklich mehr zuwenden? Sicherlich nicht. Was für eine wenig beachtenswerte Rolle wäre es, in die städtischen Kollegien einzutreten mit dem Bewußtsein, daß man in den eigenen Reihen keine Unterstützung findet, und daß einem, wenn man nach seiner Überzeugung gehandelt hat, am Ende der Wahlperiode der Stuhl vor die Türe gesetzt wird? Sollen die Industrie und alle jene Kreise, von denen sonst die Rede war, dem politischen Leben wiedergewonnen werden, so müssen sie vor allem wissen, daß auch ein Feld für ihre überzeugungsmäßige Tätigkeit geboten ist, und daß nicht von ihnen verlangt wird, sich in ein enges und einseitiges Parteiprogramm einzuschließen. In dem vorliegenden Fall hat jedenfalls die zur Aufstellung der Kandidaten eingesetzte Kommission unter dem Schutze der geheimen Abstimmung bewiesen, daß in den städtischen Kollegien nach ihrer Meinung Industrielle, die den Rat haben, entgegen den Stimmen der Sozialdemokraten auch die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten, nicht sitzen sollen. Es diese engherzige Art der Auswahl der zur Mitwirkung bei der Führung der städtischen Geschäfte berufenen Personen die Billigung der politischen Parteien findet oder nicht, das sollte zunächst rücksichtslos ausgesprochen werden, ehe man Versuche macht zu tätigerer Anteilnahme an dem politischen Parteilieben einzuladen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Theater-Notiz. Die Intendantin teilt mit: Da Wagner's 'Ring des Nibelungen' im Laufe einer Woche als geschlossener Zyklus zur Darstellung gelangen soll, der infolge der Mitwirkung mehrerer Gäste nicht anders geleitet werden konnte, kommt diesmal das gewöhnlich an Schiller's Geburtstag gegebene Werk des Dichters einige Tage später zur Aufführung. Am Dienstag den 17. November wird 'Wolkenkuckucks-Not' als erste Wiederholung der Neuinszenierung in Szene geben.

Von Tag zu Tag.

- Erschossen. Mainz, 7. Nov. Heute nacht erschoss sich der Stadtverordnete Carl Eppenheim, Mitinhaber eines der ältesten Pankhäuser Pflanzens. Schwere finanzielle Verluste sollen die Ursache sein. - Auf dem Heimweg überfallen. Würzburg, 7. Nov. Auf dem Heimweg von Raghach wurde der katholische Pfarrer Doel von Unterleinaach überfallen und mit einem Prügel schwer verletzt. Er erlitt einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung. Als Täter kommt der Bierbröner Adner aus Zelllingen in Betracht, der erst kürzlich eine 17jährige Zuchthausstrafe verbüßt hat.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Paris, 8. Nov. Victorien Sardou ist heute früh hier gestorben. Teheran, 8. Nov. Gestern fand auf dem Auswärtigen Amte ein diplomatisches Dinner statt, an dem das gesamte diplomatische Korps, die ersten Hofwürdenträger und die Minister teilnahmen. An das Dinner schloß sich ein stark besuchter Empfang. Der großbritannische und der russische Gesandte, die täglich zusammen konferieren, haben erneut beim Schah Vorstellungen erhoben wegen Wiedererrichtung einer konstitutionellen Regierung. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Karlsruhe, 8. Nov. Die 'Karlsruh. Ztg.' schreibt: Zur Bekämpfung einer etwa im Laufe des Winters eintretenden Arbeitslosigkeit der Industriellen oder sonstigen gewerblichen Arbeiter hat die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus angeordnet, daß die für 1908-09 im Staatsvoranschlag vorgesehenen außerordentlichen Bauten schon jetzt vergeben werden, damit möglichst viele Arbeiter während des Winters mit Erdarbeiten, Zureichten von Steinen, Eisenbearbeitung usw. beschäftigt werden können; auch soll mit der Anlieferung des Holzschotter für 1909 schon mit dem 1. Dezember d. J. begonnen werden, sobald auch hier Beschäftigungslose in größerer Zahl Verwendung finden können. Auch im Bereich der Eisenbahnverwaltung sollen in der alternativen Zeit größere Arbeiten vergeben werden, so 2 weitere Straßenunterführungen in Heidelberg, Hochbauarbeiten in Offenburg, die Arbeiten für 3 große Dienstwohnungsgelände in Mannheim. Auch sonst wird die Generaldirektion prüfen, ob sich die Schaffung weiterer Arbeits-

Hermann Fuchs früher C.E. Herz N2,6 Kunststr. am Paradepl.

Montag
den 9. November

Dienstag
den 10. November

Mittwoch
den 11. November

Grosser Ausverkauf aller Rester bis 6 Meter

PREISE:

Alle wollenen Kleiderstoffe, schwarz u. farbig „ Blusen- u. Rockstoffe u. verwandte Artikel	bis 3 Meter mit	33 1/3 %	} Rabatt auf die gewöhnlichen Verkaufs- preise.
	über 3 Meter mit	25 %	
„ Baumwollwaren, Aussteuerartikel, Winterwaren, sowie Tuch u. Buckskin	bis 3 „	25 %	
	über 3 Meter mit	15 %	

Alle Rester über 6 Meter (bis 10 Meter) ohne jede Ausnahme an diesen Tagen mit **10 %** Rabatt.

Der äusserst lebhafteste Herbstverkauf hat an allen Lagern eine Menge Rester ergeben.

Weiter sind unter Preis zum Verkauf ausgelegt:

**Wäsche-Stickereien und
Ein Posten Einsätze
mit 20% Rabatt.**

**Wollene Schlafdecken neueste Dessins
Ein Posten M. 5.25 7.25 9.—
Wert Mk. 7.— Wert Mk. 9.50 Wert Mk. 11.75**

Strausfedern, Boa etc.
werden gereinigt, gefärbt und getraucht. 78535
K. Jrschlinner, C 7, 11, parterre.
Teatrinker sparen nur bei Gebrauch eines guten Tees
Haushalt-Tees Messmer's Tee
hochfeine, sehr ergieb. Qualität erprobte Mischungen.
per Pfd. Mk. 2.40 Probepakete zu 50, 60, 80 u. 100 Pfg.
Chocoladen — Greulich, O. I. 8.
Lib-Brand erster Kessel 87/40 Grüne Rabattmarken.

Est. 1848 Honig
gar. reinem u. nur aus altem
in P. u. D. 1.50, 5 Pfd.
Do. u. L. 3.00. Zucker geg. 50 P.
in 10 Pfund. 1.65
Schmid'sche Bienenzucht
Hohl, (Ober- u. Unt.)
Spezialität: Bedarfsartikel.
Kondens. Milch und sterilis.
von Anton Berger, Leber. str.

Strümpfen, Socken
werden rasch u. billig nach Mass
gestrikt und angestrikt bei
J. Kühner jr., H. 1, 17.
Marktplatz. Telefon 3161.
Herrnartikel, Kurz-, Weiss-
und Wollwaren. 5606
Ein Kind besserer Herkunft
wie auch Hund in Pfand ge-
nommen. Zu erfragen 66403
Hederau, 2. n. 100.

Offiziell fortwährend
Prima lunges
Samuel Fleish
per Pfd. zu 60 Pfg.
Bernhard Hirsch
Hederau J. I. 15. Tel. 1711.
66151
Wichtige Kleidermacherin
mündl. u. s. Kunden an
in und ausser dem Hause.
50645 Gedenheimerstr. 10. T.

Beehrt mich mein neugegründetes
Kunststickereigeschäft D 2, 15
den geehrten Damen in empfehlende Erinnerung zu bringen.
Wanda Adamczewska.
Plissé-Brennerei P 6, 6
Gef. Schammeringer.

Auf gleicher Höhe!

Roman von Hans von Seltzen.
(Nachdruck verboten.)

16) **(Fortsetzung.)**

„Reinen Sie?“ fragte er mit blühenden Augen. „Ich werde Ihnen nie ein ehrliches Wort übernehmen, schon weil es Sie selbst am sichersten charakterisiert, und mich ja nie beleidigen kann.“

„Ah — so.“ meinte sie aufhorchend.

Trotz seiner lachend auf sie gerichteten Augen hatte sie irgend etwas Jählings eilig überlaufen. Sie wußte es jetzt: er wollte wissen, ob sie ein Weib war, wie alle anderen.

Dieses Erkennen machte sie stark, kalt und sicher zugleich.

Gut, er wollte den Kampf, er sollte ihn haben. Er sollte es erfahren, daß eine stolze freie Seele sich nicht so einfach besiegen ließ, er sollte lernen, daß es ein Weib gab, das ihm gewachsen war.

„Gut denn,“ sagte sie mit einem undurchdringlichen Lächeln. „So wollen wir einen Pakt miteinander schließen: Ich erlaube Ihnen, mich zu besuchen, wie Sie wollen, das heißt, so weit, wie es den Taft und den guten Geschmack nicht verleiht. Betrachten Sie mich als Studium, als Gegenstand der Beschauung, die Sie anscheinend recht nötig haben. Ich werde Sie nicht hindern. Ich bedinge mir aber aus diesem Unterricht zu erden, sobald es mir genug erscheint. Sind Sie damit einverstanden?“

„Natürlich, mit Vorbehalt.“

„Und der wäre?“

„Dass auch ich mein Studium abbrechen kann, wenn es mir paßt.“

„Selbstverständlich.“

„Sie waren beide aufgestanden und sahen sich an.“

„Gute Nacht!“ sprachen ihre Augen, und sie sahen es gegenseitig: „Gute Nacht!“

„Und nun noch etwas vom Franzel,“ sagte Graf Darbegg, als er sich zum Gehen anschickte.

Dabei verrieth die Zeit, denn über den Kranken war viel zu sagen, und sie hörte getraut zu.

Es war, als ob die stille, milde Person Franzels plötzlich auflebend zwischen ihnen aufstünde, das Persönliche auslöste und die große innere Spannung von ihnen nahm, in der sie sich nun doch beide befanden hatten.

„Grüßen Sie ihn, und sagen Sie ihm, sobald er dranhin im Garten sein darf, würde ich ihn besuchen.“

„Das wird ihn sehr glücklich machen, ich glaub er hätte es nicht zu hoffen gewagt.“

„Weshalb nicht? Diese reine Seele wird das richtig deuten.“

„Sie meinen also, daß nur die reine Seele die andere richtig versteht und bewertet?“

„Ja.“

„Ich hoffe das ja auch, nur anders, ganz anders, als der Franzel. Mir genügt es nicht, wenn wir einer von einer reinen Seele spricht und sichtbar mit einer reinen Seele redet. Ich muß selber sehen, ob diese Seele auch wirklich groß und rein ist.“

„Dann gehören reine, klare Augen,“ war ihre erste Antwort. „Wären Sie solche zu haben?“

„Ich hoffe es!“

„Du bist jetzt manchmal so nachdenklich, Joseph, bin ich daran schuld?“ fragte François Rothorn seinen neben ihm stehenden Freund Darbegg.

„Nein, Franzel!“

Ein warmer Blick traf den Kranken. Er lag nun schon außer Bett auf der Chaiselongue und sah zwischen schalüchtig in die lachende Sommerpracht hinaus. Ein warmer Wind strich lau durch die geöffneten Fenster der Gartenseite. Rosen umranken sie und nickten grüßend in das von der Sonne durchstrahlte Zimmer.

Franzel hätte dem Freunde so gern gekant, daß er so treulich bei ihm aussieht. Eigentlich wollte er ja längst dabei sein, aber er wagte es nicht. Darbegg hätte es abgelehnt, und Franzel schaute sich, aus seinem Munde, ganz seiner wahrheitsliebenden Natur entsprechend, schmerzlos zu hören, daß ihm dieser verlängerte Aufenthalt nicht mehr allein galt.

„Wist Du heute mit der Baronin gessen?“ fragte er schließlich.

„Ja.“

„War es schön?“

„Recht nett!“

„Du siehst sie oft?“

„Ja, jeden Tag.“

Minutlanges Schweigen trat nun ein. Die Fliegen summten umher: Franzel schlug nach ihnen mit dem Taschentuch, als wolle er sich gewaltig auf andere Gedanken bringen.

„Die Generalin gibt morgen ein Gartenfest, wirst Du es besuchen?“

„Darbegg nicht.“

„Weshalb?“

„Weil ich mir die Königin anschauen will, mit ihrem Hofstaat.“

Franzel selbst hatte ihn dringend gebeten, diese Einladung anzunehmen. Für seinen bescheidenen Sinn war es ein un-erträgliches Gebot, wenn Darbegg aus Rücksicht gegen ihn ab-sagen konnte.

Darbegg fürchtete, Franzel könne nun wieder auf Alla zurückkommen.

Er verließ seinen Platz am Fenster und fragte, sichtlich be-strebt, ihn von diesem Thema abzubringen: „Soll ich Dir die Zeitung geben, sie kam soeben?“

„Danke,“ sagte Franzel — seine Stimme zitterte.

Darbegg hatte es wohl bemerkt, er wußte auch, weshalb dies so sei. Aber er konnte dem Freund nicht helfen. Ueber Alla wollte er nicht sprechen. Je länger er sie nun kannte, um so weniger. Sie gab ihm ja selbst täglich neue Rätsel auf. Zu-werkeln ließ er die Fäden zusammen, um den Einsatz, den diese Frau auf ihn auszuüben begann, abzumitteln, aber es ging nicht mehr. Die Gewalt, die ihn in die Nähe jener Frau trieb, war ihm neu. Noch hatte er nicht den Weg gefunden, sich mit dieser ihn blendenden Tatsache auseinanderzusetzen.

Aber es würde schon kommen, es mußte eigentlich so sein. Er glaubte nicht daran, daß ein Weib ein Genügen in sich fände.

Alla schritt so stolz und kühl durch alle Ansetzungen des Lebens dahin. Das war unnatürlich für ein warmes, fühlendes Weib. Das war Mannesart, aber niemals das Privilegium einer Frau.

Das hätte man ja bewundern müssen, und das — ja das gelang er ihr nicht an.

„Noch nicht!“ sagte seine innere Stimme. Aber er schüttelte sie ab und hielt die trübsamen Augen weiter offen. Er sonbarte — er lauschte. Wie sehr erregte ihn das, er griffte sich selbst darum!

Nur aus dem gleichen Grunde war er heute auf dieses Gartenfest gegangen. Väterlich und töricht erschien ihm das Ganze, aber Alla war dort, und er wollte vor allem sie unter all diesen kleintlichen Leuten sehen. blieb sie hier ihres Grund-sitzen treu, oder schwand auch sie hier zu einem Gesellschafts-menschen zusammen? Eine schöne, reich geschmückte Frau, an der die kostbaren Steine auf dem schmerzlichen, wehleidenden Arde blühten, aber blieb sie hier die kühl, gelassene Frau, die ihn bezauberte, wenn sie allein zusammen waren?

Das Gartenfest war vom schönsten Wetter begünstigt. Ein-bunte Menge, von vielen Uniformen belebt, bewegte sich in dem großen Garten. Tische standen gedrängt. Große, für die älteren Herrschaften, an geschätzten Plätzen, und kleinere in laubigen Verhöfen, wie die Generalin lächelnd bemerkte.

Fortsetzung folgt.

Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

158. Sitzung, Sonnabend, den 7. November,
11 Uhr. Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann-Hollweg,
v. Arnim-Gröben, Wermuth, Präsident des Reichsgesundheitsamts
Samm.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr
20 Min. Die Besoldungsvorlage ist eingegangen.

Die erste Lesung des Weingesetzes.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

So jung das geltende Weingesetz ist, so viel Aufsehtungen hat
es doch schon erfahren. Die Defizienten, die Winger und der
Reichstag haben wirksamere Bestimmungen gefordert, und
nicht ohne Grund. Erste Vorkommissionen haben gezeigt, in wie
weitem Umfange jetzt schon der reelle Handel, der Wingerstand
bedroht ist, der Wingerstand, der bei den steigenden Produktionskosten
und dem Kampf gegen immer neu auftretende Schädigungen und
Ansanfheiten zum Teil ohnedies in eine bedrohliche Lage geraten ist.
Wir haben gelehrt, uns nicht mit der Form einer Novelle
begnügen zu müssen; eine solche hätte die Materie mit dem Rahm-
gesetzmittelgesetz von 1870 verknüpft, das hätte den Aufbau des
Gesetzes schwerfällig und unübersichtlich gemacht und es geradezu
verhindert, der fortschreitenden Entwicklung folgend, die Vorrich-
ten so auszubauen, wie es den Bedürfnissen entspricht. Wir haben
daher deshalb ein ganz neues Gesetz vorgelegt. Der
Hauptgrundgedanke dieses Weingesetzes ist, daß der Name, der einem
Wein gegeben wird, sich mit seiner Herkunft deckt; und doch gibt es
kaum einen Grund, der sich in der Praxis so in sein Gegenteil
verkehrt hat, wie dieser. Es ist ja ein offenes Geheim-
nis, daß auch der rechte Gerbst auf der Mosel und am Rhein
nicht halb soviel produziert, als in der Welt Mosel- und
Rheinwein getrunken wird. Ja, man hat sich geradezu daran
gewöhnt, unter einer falschen Bezeichnung dieses Weines gar nichts
Schlimmes zu finden. Gibt man aber einmal diesen Grundpreis
preis, kann es sehr schwer zu entscheiden, wo die Richtigkeit
steht und der Betrag anfängt. Dann kommen wir zu Verhält-
nissen, wie sie vor nicht langer Zeit vor Gericht festgestellt
wurden, wo ein Weinhändler aus ein und demselben Saß fünf
oder sechs verschiedene Sorten zu verschiedenen Preisen unter
verschiedenen Namen verkauft hat. Soll das Geschäft recht bleiben, und
daran haben doch in erster Linie Winger sowohl wie der Handel ein
sehr lebhaftes Interesse, dann müssen wir von der schiefen
Ebene weg, auf der wir gegenwärtig immer weiter hinunter-
gleiten, dann muß es auch in der Beziehung heißen: in vino
veritas. Was hat über die unlautere Konkurrenz hier
im Reichstag gesagt, die dem deutschen Großweinbau durch den
Reichsweinerwerb bereitet wird. Sowohl hier im Reichstage als
auch in der großen Zahl der Interessentenversammlungen hat man
verlangt, den Reichsweinerwerb unter den Deklarationsvorgang
zu stellen. Nach reiflicher Erwägung hat die Regierung gelehrt,
diesem Weg nicht beschreiten zu sollen. Wir haben mit Frankreich,
Italien und einer Reihe anderer Staaten Zollermäßigungen für
roten Wein in den Handelsträgern zugestanden. Wir
können uns unmöglich dem Verdachte aussetzen, als wollten wir
die Vergünstigungen, die hierin liegen, durch einen Akt der inneren
Gesetzgebung wieder aufheben. Der Deklarations-
vorgang würde ohne Zweifel einen ungünstigen Ein-
fluß auf den Import roter Weine aus dem Auslande
ausüben. Für den Reichsweinerwerb werden die Bestimmungen
über die Bezeichnung der Weine ebenfalls gelten, und damit wird
verhindert, daß der Reichsweinerwerb unter falscher Flagge
gehe. Er wird auf den Platz angewiesen werden, der ihm zukommt,
und damit wird, was der dringende Wunsch der Regierung ist, dem
deutschen Weinbau geholfen werden. Er wird aus der schwierigen
Lage befreit werden, in der er sich gegenwärtig befindet. Die
öffentliche Kritik hat am meisten die Vorschriften über die Zude-
nung des Weines beanstandet. Wir alle wären dankbar, wenn die
Sonne den Trauben in jedem Herbst reichlich Zucker verliehe. Der
Weinreicheren Entschensens mit Reizen des Mangels und der
Minerwertigkeit, die Länge der sauren Wochen, die Seltenheit
der frohen Feste sind es, die auf unserem Weinbau so schwer lasten
und die namentlich für den kleinen Wingerstand oft eine Kata-
strophe herbeiführen. Es ist deshalb unabweisbar für den deutschen
Weinbau als eine Wohltat zu bezeichnen, wenn es der fort-
schreitenden Reifezeit gelungen ist, durch den Zusatz von Zucker
und Wasser auch das Erzeugnis geringerer Jahre für den Verkehr
benutzbar zu machen. Darin liegt die Berechtigung der Zude-
nung, aber darum muß sie auch ihr Maß haben. Eine Kellerwirtschaft,
die es unternimmt, durch Zusatz von Zucker und Wasser Wein zu
bereiten, wie er in dem Jahre der Vollreife ohne Zude-
nung niemals erzeugt werden kann, hat keinen Anspruch auf Schutz des
Gesetzes.

Durch ein Uebermaß der Zude-
nung wird im Wein-
bau unlautere Konkurrenz gewandt. Auf diesem Gedanken sind die
Vorschriften des Gesetzes aufgebaut. Die Formel, die wir für
diesen Gedanken gefunden haben, ist von der Kritik vielfach ange-
griffen worden. Man behauptet, sie sei nicht völlig klar. Ich
hoffe, daß in der Kommissionsberatung diese Bedenken sich legen
werden. Ich kann aber schon jetzt die Zulage geben, daß wir
uns jede Verbesserung, die etwa vorgeschlagen werden sollte, zu
eigen machen werden.

Kann noch einige Worte über den Vollzug des Ge-
setzes. Auch die Vorschriften über die Ausführung sind von der
Kritik bemängelt worden. Es liegt, wie schon so formalistisch.
Ohne einen gewissen Formalismus geht es aber nicht, wenn man
eine wirkliche Kontrolle haben will. Wir haben uns bemüht, das
Recht zu finden, und wir hoffen, daß auch der kleine Winger mit
den Vorschriften zurecht kommen wird. Noch größere Aufsehtung
haben die Vorschriften über die Kontrolle der Lager-
bestände gefunden. Diese Bestimmungen sollen einen überall
gleichmäßigen Vollzug des Gesetzes sichern. Für diese Kontroll-
vorschriften kann das Gesetz nur allgemeine Grundlagen, nur
Richtlinien festlegen. Daß die Kontrolle zweckmäßig und
gut ausgeführt wird, liegt nicht in der Macht des Gesetzes. Eine
gute Kontrolle ist nur dann vorhanden, wenn die richtigen Leute
an die richtigen Plätze gestellt werden, und wenn sie dort ihre
Arbeit, ausgerüstet mit dem nötigen Wissen, richtig leisten.

Ich habe die feste Überzeugung, daß die Landesregierungen die
Kontrolle, welche ein Geschäft der praktischen Verwaltungstätig-
keit ist, unter der dauernden Aufsicht des Reiches in der erwünschten
Weise ausüben werden. Den Gedanken, daß das Reich die
Kontrolle anheben sollte, glauben wir ablehnen zu müssen. Prüfen
Sie eingehend unsere Vorläufe; ich hoffe, Sie werden
sich überzeugen, daß es uns ebenso wie Ihnen daran liegt, daß
die Vorschriften des Gesetzes wirksam sind.

Ich möchte mich im gegenwärtigen Augenblick mit diesen
wenigen Bemerkungen begnügen. Die Richtlinien des Entwurfs
sind ich Sie besonders zu beachten: Schutz der rechtlichen
Arbeit im Kampfe gegen den unlauteren Wettbewerb! (Beifall.)

Abg. Baumann (Str.):

Das neue Weingesetz ist notwendig im Interesse des deutschen
Weinbaus, des reellen Handels und der Gesundheit der Kon-
umenten. Aber der Entwurf hat eine Reihe Bedenken. Wir be-
dauern vor allem das Fehlen der Deklarationspflicht für den Ver-
kehr von Rot- und Weißwein im dringenden In-
teresse der Weinbauern, aber auch der Kranken. Sodann ent-
halten die Bestimmungen über die Zude-
nung zum Teil unzulässige Zusätze, die den Wein durch
Entwurf unklarheiten. Es genügt nicht zu sagen, der Wein darf
zugesetzt werden, wenn man ihn erheblich verbessert. Es muß
gegen solche Auslegungen und falsche Verdrehungen Sorge
getragen werden. Bei uns in Unterfranken zudem die Weinbauern
nur in den allergeringsten Fällen. Der unterfränkische Weinbau-
verein hat in einer Resolution ein Gesuch für vollständig
genügend erklärt. Aber die Vertreter der Mosel verlangen
25 Proz. Die große Mehrheit meiner Partei hält das für zu
weit gehend, würde aber, um das Zustandekommen des Gesetzes
zu ermöglichen, einen Widerstand nicht leisten. Eine wichtige
Bestimmung im Gesetz ist die über die Zeit der Zude-
nung. Der jetzige Entwurf legt die Endzeit auf den 31. Januar fest.
Die große Mehrheit meiner Partei hält den 31. Dezember für
richtiger. Jedenfalls wird dadurch, daß nicht mehr das ganze
Jahr zugesetzt und verwendet werden darf, den Weinbauern ein
gewaltiger Hemmschuh angelegt. Die Umkehrung
früherer Weine würden wir nur unter zwei Bedingungen bewilligen:
nur auf Grund einer Probe an die zuständige Behörde und ihrer
Genehmigung, denn sonst wird bald möglichst aller Wein
früher sein. Weiter ist bei der Umkehrung eine strenge Kontrolle
erforderlich. Die Bildung der Weinbaubezirke ist nicht
dem Bundesrat überlassen werden, sondern dem Reichstag selbst
bestimmen. Nachdem der gesunde Wein 50 Prozent Rot-
wein enthalten soll, kann man ihn sowohl wie dem Weinstamm-
wein auch den Namen des Lagers geben, dem er entnommen ist.
Wir dürfen den gesunden Wein und den Weinstammwein nicht ganz
unterbinden. Das würde die Produktion des Inlandes schädigen,
die doch durch das Gesetz geschützt werden soll. Die Auslands-
produktion ist nicht so gut wie die Inlandsproduktion. Die In-
landsproduktion darf schon jetzt nicht mehr als 1/2 Prozent an
Alkohol zugelegt erhalten, während Weine, zumal aus Algerien,
10 Prozent Alkoholzulage haben, die vollkommen als reine Natur-
weine offeriert werden. In Frankreich ist auch der Zusatz von
Weinsteinsäure erlaubt, was bei uns vollkommen verboten ist. Eine
strenge Kontrolle bei den Auslandsweinen ist darum auch am Platze.
Das obligatorische Lagerbuch entspricht einer alten
Forderung von uns. Das Lagerbuch aber muß möglichst ein-
deutig und einfach gestaltet werden. Sehr dienlich wäre eine
Reichscentral-Kontrollstelle. Der Vollzug des Ge-
setzes ist den Landesregierungen überlassen, aber er muß für sie
bindend gemacht werden. Es darf ihnen nicht anheimgegeben
werden, ob und wie und durch wen sie kontrollieren wollen. Die
Strafbestimmungen müssen noch erhöht werden, wenn sie ab-
schreckend wirken sollen. Bei absichtlicher Fälschung Freiheitsstrafe
und empfindliche Geldstrafe und bei Unvorsichtigkeit Freiheits-
strafe. (Sehr richtig!) Da müßte den Verzeihenden verboten
werden, in Zukunft überhaupt Weinhandel zu treiben. — Der
Rechner beantragt eine Kommission von 25 Mitgliedern. Wegen
der Konventionen wieder frühzeitigem Beginn anzutreten können:
Im Wein ist Wahrheit! (Beifall im Zentrum.)

Abg. Nölde (B. d. S.):

Fünf Forderungen werden von jeder gestellt: Zeitliche
Begrenzung, räumliche Begrenzung, Sach-
ständigkeit im Hauptamt, Hauptkontrolle, Keller-
kontrolle. Im allgemeinen sucht der Entwurf sie zur Durch-
führung zu bringen. Ohne genügende Kontrolle kein wirksames
Gesetz. Wo sie vorhanden ist, sehen wir viele Verletzungen und
anderwärts nicht eine trotz umfangreichen Weinhandels. Von
Hamburg kann man sagen: Dies Kind, kein Engel ist so rein,
laßt jeder Hund empfohlen sein. Niemand wird gebügelt, den
man nicht geißelt hat. Wenn in einer Gegend, wo herborragend
der Weinbau betrieben wird, keine Verletzungen vorkommen, so
ist das kein Beweis, daß dort keine Weinpest herrscht, sondern
das beweist nur, daß die Kontrolle nicht zweckmäßig durchgeführt
wird. Die Kontrollbestimmungen müssen eindeutig gefaßt werden.
Durch Anhebung von Sachverständigen muß überall für eine ein-
heitliche Durchführung der Kontrolle gesorgt werden.
Die Herren Weinbauern haben eine feine Nase. Sie würden
sich bald dahin setzen, wo die Kontrolle weniger streng ist. Denn
an ihrem Geschäft brauchen sie Wein wenig, Wasser ist immer in
der Nähe und Zucker ist auch leicht zu haben. (Heiterkeit.) Viel-
leicht wäre es zweckmäßiger, ein Kontrollamt des
Reiches zu schaffen. Mindestens aber muß das Reich die Auf-
sicht über die Ausführung der Kontrolle übernehmen. Die Unter-
führung ist nicht so kompliziert. Wer das behauptet, der unterschätzt
die Intelligenz unserer kleinen Winger. Zweckmäßig wäre
es, wenn der 31. Dez. als die maßgebende Grenze für die Zude-
nung festgesetzt würde. Auch die Bestimmungen über den
Verkehr von Weinen sind zweckmäßig, abgesehen der Notwendig-
keit zu schieds wegzulassen scheint. Ich hoffe, daß der Staats-
sekretär in dieser Beziehung seine Anschauung noch einer Revision
unterziehen wird.

Mit Freuden begrüßen wir die Bestimmungen für eine
schärfere Kontrolle. Auch kann sich der Weinhandel sehr gut mit
der Deklaration über die Zude-
nung abfinden. Schon heute deklari-
eren resp. bekannte Firmen die Zude-
nung. Der Kon-
sument hat auch einen Anspruch darauf, zu erfahren, was er zu-
trinken bekommt. Wir bedauern, daß dieses Gesetz nicht schon
vorigen Herbst gekommen ist. Die Kontrollität des Weinbaus
hat immer mehr nachgelassen. Der Verzug und der unlautere
Wettbewerb sind die schlimmsten Feinde des Wingers. Das Gesetz
muß möglichst bald erledigt werden und noch für die diesjährige
Ernte gelten. Denn wird man auch wieder sagen können: Wunder-
voll ist doch das Gabe, Volkam fürs gerissene Herz, und der Winger
wird mit frohem Mut singen können: Quäl mich auch der Sonne
Glut, ich tröste mich, der Wein wird gut, und achte nicht den
Schweiß! (Beifall rechts.)

Abg. Blankenhorn (nall):

Die Regierungsvorlage ist im allgemeinen annehmbar. Auch
die Hauptinteressen des Weinbaus sind damit
erwünscht. Die Winger kommen nur aus den Kreisen, die schon das
bestehende Weingesetz beständig bekämpft haben, und die nun an diesem
Standpunkt festhalten. Eine gewisse Zude-
nung des Weines ist unter gewissen Voraussetzungen notwendig, um ihn
trinkbar zu machen. Aber natürlich muß die Zude-
nung eng be-
grenzt sein. Sonst führt sie zu unlauterer Konkurrenz. Der Ent-
wurf trifft die richtige Mittellinie. Die Ausdehnung der Zeit-
grenze für die Zude-
nung bis zum 31. Jan. ist eine Konzession an
die Mosel. Stofflich wird die Regierung die Weingebeide recht
groß lassen. Es empfiehlt sich, zum Beispiel ganz Süddeutschland

zu einem Weinbaugebiet zusammen zu fassen. Auch den Ge-
setzungen über Kellerbehandlung und Deklaration stimmen wir
zu. Ein sehr großer Fortschritt ist das Verbot der Verfälschung
von Wein in jeder Form. Bisher konnte nur die gewerbliche
Verfälschung verfolgt werden. Auch auf dem Gebiet der
Kognak- und Schaumweinbereitung wird das Gesetz große Vor-
schritte bedeuten. Es hat noch längere vor dem Kaiserlichen Verlin-
dritte ein Kognakfabrikant ganz ruhig ausgegeben, daß er seinen
Kognak aus Badpyramen, Pese und Eichenholzstäben „ge-
wonnen“ habe. Auch unser Schwabwälder Kirchwäcker wird
leider in Norddeutschland endlich verurteilt. Vielleicht kann
man seinen Schutz in das Gesetz noch hineinschreiben. Die Kon-
trollvorschriften müssen gleichfalls als zwingend in das Weingesetz
selbst hineingefügt werden, sonst erhalten wir von den Einzel-
staaten die Kontrolleure im Hauptamt; noch immer nicht. Dabei
gibt Preußen für die Kellerrevisionen jährlich 64000 Mk. aus!
Wieviel Kontrolleure im Hauptamt hätte man dafür anstellen
können. Schon früher hat man vorgeschlagen, die Weinsteuer zur
Kontrolle nutzbar zu machen. Jetzt soll ja nun bei der Reichs-
finanzreform die Planchetter kommen. Warten wir ab, was
daraus für den Weinkonsum oder die Weinkontrolle zu erwarten
ist. Die schwer und allgemein die Ränkel des bestehenden Ge-
setzes empfunden werden, zeigt die Tatsache, daß auch im Bericht
der Berliner Kommission der Kaufmannschaft „fortdauernd Klagen
über die Mängel und Lücken unserer Rahmungsmittelesehung“
erwähnt werden. Vor der Unreife der Rahmungsmittelesehung
werden müssen wir uns jetzt hier leisten. Daneben wird
uns dieses Weingesetz auch besser gegen die Konkurrenz des Aus-
landes schützen. Denn Italien und Frankreich bauen billigeren
Wein, und obenberei sind wir noch nicht einmal ein wein-
konsumierendes Land. Der deutsche Weinbau wird also immer
schwerer gegen die ausländische Konkurrenz zu kämpfen haben. Wir
wollen alles tun, um ihm zu helfen, und nun gebe Gott uns gute
Weinjahre! (Beifall.)

Abg. Dr. David (Sog.):

Soweit in dem Gesetz die Tendenz zum Ausdruck kommt,
Lauterkeit und Ehrlichkeit zu schaffen, stimmen wir ihm zu. Aber
wir wollen andererseits den reellen Handel vor Schäden bewahren.
An erster Stelle steht und der Schutz der Konsumenten, die für ihr
Geld das erhalten müssen, was sie haben wollen. Dann wollen
wir der ehrlichen Arbeit des kleinen Weinbauern den ehrlichen Lohn
zugestehen wissen und schließlich glauben wir, daß auch vom Stand-
punkt des reellen Weinhandels die Tendenz dieses Gesetzes zu be-
grüßen ist. Aus diesen allgemeinen Erwägungen heraus werden
wir uns an den Kommissionsberatungen beteiligen. Wesentlich
erhebt uns von den Einzelbestimmungen die Ausnahme des so-
genannten Hausbruns von diesem Gesetz. Man darf doch nicht
vergessen, daß in den Weingebieten viele Arbeiter Wein ihren
Brotwebern als einen Teil des Lohnes verabsorgen. Es ist nicht
einzuwenden, weshalb diese Arbeiter nicht der Schutzbestimmungen
dieses Gesetzes teilhaftig werden sollen. Dann erhebt uns not-
wendig eine gesetzliche Umgestaltung der einzelnen Wein-
baugebiete. Diese Umgestaltung darf nicht dem Bundesrat über-
lassen bleiben. Die Bestimmungen des Entwurfs über die Kontrolle
sind uns zu lauschaufartig und vorwiegend fixe und ungewis-
senhaftige Vorschriften. Ueber die Anstellung von Kontrolleuren im
Hauptamt sollen die Landesregierungen im Einvernehmen mit
dem Reichskanzler bestimmen. Das heißt: Preußen, nichts weiter.
Preußen ist aber der Hemmschuh in dieser ganzen
Frage. Weshalb sollen nicht an jedem Weinbaugebiet Kontrol-
leure angestellt werden können? Graf Posadowski hat sehr ent-
scheidend darauf verwiesen, daß bei Einführung einer allgemeinen
Rahmungsmittelekontrolle auch die Kostenfrage der Weinkontrolle
ohne Schwierigkeiten gelöst wäre. Graf Posadowski teilte vor
drei Jahren mit, daß er einen Entwurf einer reichsgerichtlichen
Regelung der Rahmungsmittelekontrolle an die preu-
sische Regierung gegeben hat. Damals hatte er keine Antwort
bekommen. Ist sie jetzt eingegangen? Engländer wird doch wohl
der Entwurf nicht geschrieben sein und so unleserlich doch wohl
nicht! Niemand wird so sehr gefällig wie bei den Rahmungs-
mitteln. Daß man freilich die Kosten der Weinkontrolle durch
eine Weinsteu-
er decken will, ist so falsch wie nur möglich.
Bedauerlich, daß Herr Wankenhorn gegen die Weinsteuer nicht die
Bedauerlichkeit seiner Partei hinter sich hat; ich bin gespannt, wie das
Zentrum sich verhalten wird. Nicht die freiwirtschaftliche Abhängig-
keit des Weinbauern bei ihren agrarischen Freunden, sondern
Antisagrarische Politik ist auch die beste Weinbauernpolitik. Möge
bald die Zeit kommen, daß jeder Arbeiter am Sonntag nicht nur
das bekannte Huhn, sondern auch eine Flasche Wein auf dem Tisch
haben wird. (Heiterkeit.)

Abg. Gormann (freis. Opl.):

Die kleinen Winger und kleinen Händler haben sich auch heute
noch durchaus nicht mit dem Gesetzentwurf abgefunden. Wir
wollen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Glauben Sie
doch nicht, daß mit diesem Gesetz die Konkurrenz des ausländischen
Weines irgendwie unterbunden werden kann. Im Gegenteil. Wir
haben doch nun einmal große Gebiete, in denen der Wein auch in
guten Jahren der Zude-
nung bedarf. Der § 6 über die Bemerkungs-
nahmen hat geradezu agrarische Tendenzen. Warum soll ein Wein
nicht nach der Weinbergpläne benannt werden, die für kleine Bani-
tali ausschlaggebend ist? Diese Bestimmung im Entwurf ist eine
außerordentliche Bevorzugung der großen Weingutsbesitzer. Die
Bemerkung liegt nahe, daß dadurch die kleinen Weine geradezu
gebrandmarkt werden. Wenn das Publikum nicht von selbst miß-
trauisch wird, werden die Geschäftstreibenden schon dafür sorgen.
Die großen Weinhändler können immer dieselbe Marke auf Lager
haben, aber nicht die kleinen. Hier haben Sie Gelegenheit,
Wittelsandspolizei zu treiben. Weiß Herr Nölde nicht,
daß in den großen Weingebieten Preußen und Hamburg eine
Kontrolle ausgeübt wird, wie für Käufer auch durch diesen
Entwurf unmöglich eingeführt werden kann? Der Weinhändler in
Preußen und Hamburg kann ja nicht einmal in sein Weingebiet
hineingehen, ohne ihm nicht der Zollbeamte die Tür aufschließt. Wir
von der freiwirtschaftlichen Volkspartei wollen zum Hand dazu bieten,
der Unlauterkeit in Produktion und Weinhandel entgegenzutreten.
Wir wollen allem Schwindel und aller Fälschung mit voller
Schärfe entgegenreten, aber die Mittel dazu dürfen nicht zum
Schaden der kleinen Winger und Händler ausgeschlagen. (Beifall
bei den Freiwirtschaftlichen.)

Abg. Dr. Hüffel (Rpt.):

Wir begrüßen den Entwurf im allgemeinen. Wir meinen
nicht, daß er zu Ungunsten des kleinen Mannes wirken wird.

M. Schneider's Ausverkauf ist Tagesgespräch

ENORM billige Angebote



Enorm billiges Weihnachts-Angebot

Grosse Posten Hauskleiderstoffe 25 Pfg.
entsprechend gute halbwooll. Ware, doppelt breit
per Meter 95, 75, 55, 45,

Grosse Posten Cheviots 45 Pfg.
doppelt breit, alle Farben
per Meter Mk. 1.80, 1.40, 1.20, 95,

Spezial-Angebote für Brautausstattungen in Weisswaren, Baumwollwaren u. Hotel-Einrichtungen **enorm billig Pelze enorm billig**

Breitestr. M. Schneider F 1, 1.

Jeder Kenner gibt dem echten Ethel-Malzkafee den Vorzug vor allen anderen Malzkafeeherstellern.

Trauerbriefe liefert bei Schneller Anfertigung **Dr. S. Haas'sche Buchdruckerei, S. m. b. H., E 6, 2.**

Frachtbriefe liefert bei Schneller Anfertigung **Dr. S. Haas'sche Buchdruckerei.**

van Houten's Cacao-Stube Mannheim 0 4, 7 am Strohmart.

Behaglich und vornehm eingericht. r. rauchfreier Erfrischungsraum, Damen besonders empfohlen. **van Houten's Cacao**, in tadelloser Zubereitung Tee, portions- und tassenweise. **Gebäck**, stets frisch, aus ersten Konditoreien.

Gerade der reelle Winger und Weinbändler wird durch die Vorlage geschützt. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt sind, so bringt uns die Vorlage doch einen Schritt vorwärts. Der Naturwein wird wieder mehr zu seinem Recht in Deutschland gelangen. Das bisherige Gesetz schützte weder den reellen Weinbauer, noch den reellen Weinbändler genügend. Wir alle wissen, wie schwer der Weinproduzent sehr zu kämpfen hat. Der Absatz gestaltet sich immer schwieriger. Schuld daran ist die Massenproduktion unweiliger Ware, die mit billigem Angebot überall auf den Markt kommt. Da lohnt sich die kostspielige Arbeit des reellen Wingers nicht mehr. Früher mehte man sich gegen jede Kontrolle, jetzt haben sich die Anschauungen geändert. Die Hauptsache ist aber, daß die Kontrolle ja überhändig ausgeführt wird. Sie muß auch im ganzen Deutschen Reich einheitlich durchgeführt werden, sonst würden wir bald wieder die Läden finden, die wir heute beklagen. Je schärfer die Kontrolle ausgeübt wird, um so besser wird es für den Weinhandel und den Weinbauer sein. Wenn der Entwurf Gesetz wird, wird man im Weinbau und im Weinhandel neue Hoffnungen schöpfen. (Beifall rechts.)

Abg. D. Kaumann (freil. Vgg.):
Abg. Hornmann hat am Entwurf eine so herbe Kritik geübt, daß ich erklären muß, ich und eine große Zahl meiner Freunde stehen dem Gesetzentwurf von Haus aus sehr viel freundlicher gegenüber. Ich kann nicht zugeben, daß der Entwurf ein Gesetz für die Großen und ein Gesetz gegen die Kleinen sei. Man braucht sich nur die Zusammensetzung der Wingervereine anzusehen, die dieses Gesetz seit Jahren fordern, um zu dem Schluss zu kommen, daß es gerade eine Förderung der Kleinen Weinbauern erfüllt. Ich wüßte auch gar nicht, welches Interesse die Kleinen Weinbauern an den Forderungen haben sollten. (Sehr richtig!) Sie haben nur das Interesse, daß die Arbeit, die sie sich das ganze Jahr hindurch machen, sich in einem Jahresertrag reeller Weise umsetzt. Inwiefern, daß die Freihaufgebiete in Bremen und Hamburg die strenge Kontrolle besitzen, von der der Abg. Hornmann gesprochen hat, pflegen nicht die Weine am Oberlauf der deutschen Ströme besser zu sein, als wenn sie bis an die Mündung dieser Ströme gewandert sind. (Heiterkeit und Zustimmung. Rort! Rort!) Auch in der Weinproduktion sehen wir die Entwicklung von billig und schlecht zu dem Zustand hin, daß jede ehrliche Arbeit auch ihren angemessenen Lohn bekommen soll. Die Kleinen Bauern leiden am meisten unter der bestehenden Rechtsunsicherheit. Wenn vom Standpunkt des Kleinen Bauern überhaupt Bedenken gegen den Entwurf bestehen, so nur die, daß er sich mit der in ihm geforderten komplizierten Buchführung nicht so schnell abfinden wird. Manche der Kleinbauern, die heute mit Lebhaftigkeit dieses Gesetz fordern, werden nach seiner Verabschiedung darüber jammern, daß sie sich seinen einzelnen Ausführungsbestimmungen fügen müssen. Neue Kontrollen werden die Anstellung neuer Kontrollbeamten notwendig. Es mag bedauerlich sein, daß ohne die Anstellung neuer Beamter kein Gesetzesfortschritt mehr möglich ist. Aber es geht deshalb nicht an, das Schicksal eines Berufszweiges wie das des Weinbauers deshalb hinst zu lassen.

Die Idee der Weinsteuer wird in allen Weinangelegenheiten als eine direkte Verletzung empfunden. Sie wird als eine Steuer angesehen, die auf Sonderheiten besonderer Landesteile gelegt werden soll. Sie hat der Norden erkundet, um den Süden zu drücken. Ich bedauere daher, daß in dem Entwurf angenommen worden ist, daß man den Apparat der Kontrolle gleichzeitig als Versteuerungssapparat verwenden könnte. Heute heißt es: nur Flaschenwein kommt heran. Sobald man aber den Gedanken ausspricht, daß die Buch- und Kellerkontrolle in Beziehung gesetzt werden soll mit der Steuer, dann wird man nicht bei der Flasche stehen bleiben, sondern dann wird man allen Wein für Sodom-Wein erklären wollen. (Heiterkeit.) Daß sich der Entwurf auf den Boden stellt, daß die neue Forderung in manchen Gebieten eine Notwendigkeit ist, scheint durch die Sache gegeben. Dann aber sollte man aus den in normaler Weise geäußerten Weinen unterscheidlos die Rechte des Weins erkennen. Die Bestimmungen über den Rot-Weinweinschnitt treffen die richtige Mitte. Den Hauswein würde ich, soweit er nicht Wein sein will, aus dem Gesetze herauslassen, dann gehört er zu der Nahrungsmitteleinsparungsfrage. Die Erfahrungen mit der Gewerbeinspektion ermutigen mich dazu, die Kontrolle der Weine der Einzelstaaten sein zu lassen. Es würde eine Angleichmähigkeit der Kontrolle bringen. Dies neue Gesetz ändert eigentlich nur das bisherige Kontrollsystem. Man sollte die Kontrolle unter den Einzelstaaten austauschen, dann wird ein Eingriff des Reiches nicht einen Wink geben können, ob der Kontrolleur schwarz oder hundertfach sein soll. Die Vorschriften über die Buch-

kontrolle soll man so einfach wie möglich machen. Was die Abstammungsfrage anlangt, so sage ich: Wegen des Spiritus und für den Wein. Gerade so wie die Franzosen immer mehr darauf kommen: Der Liqueur ist der Feind des Weines. (Beifall.)

Abg. Wetters (Elsässer):
Die elsässisch-lothringischen Weinbauer sind enttäuscht wegen der Zurückweichens dieses Entwurfs gegenüber dem ersten. Die Regierung ist vor dem Weinhandel zurückgewichen. Der Hauptzweck des Gesetzes ist doch, den Weinhandel wieder auf Erden und Glauben zurückzuführen, aber dieser Entwurf ist leider auf den Leib der nicht völlig einwandfreien Großhändler zugeschnitten. Am liebsten hätten wir für alle geäußerten Weine den Deklarationszwang, immerhin gibt die Grenze von 20 Prozent die Möglichkeit einheitlicher Rechtsprechung und einheitlich strenger Bestrafung. Die Gründe für die Ausdehnung der Zurechnungszeit haben uns nicht überzeugt; man kann sofort nach der Ernte den Grad der Traubentreife und die Größe des notwendigen Zuckersatzes übersehen. Die Etikettfrage ist für uns von großer Wichtigkeit. Ich habe schon in großen Berliner Restaurants guten elsässischen Wein unter falscher Herkunftsangabe trinken müssen. (Heiterkeit.) Elsaß-Lothringen hat allein ein Drittel der deutschen Weinproduktion; es kann daher verlangen, daß diesmal seine Interessen besser berücksichtigt werden als bei dem unbesiegbaren letzten Weingesetz. (Beifall.)

Abg. Graf Wolff-Metternich (Zentr.):
gibt lebhafter Bemerkung Ausdruck über die Einbringung der Vorlage und das freundliche Entgegenkommen fast aller Parteien. Alle Wünsche aller Weinbaugebiete kann freilich kein Gesetz erfüllen. Die Vorlage erlaubt die Forderung gerade nur in dem Umfange, der für den Reichswin unbedingt notwendig ist.

Abg. Freiherr Oehl zu Heersheim (natl.):
Ich möchte dem Abg. Kaumann erwidern, daß die Weinsteuer keine norddeutsche, sondern eine süddeutsche Forderung ist. Baden und Württemberg haben zuerst das Unrecht begangen, ihren schwaib belästigten Wingern eine Sondersteuer aufzuerlegen. Auch in Hessen haben wir es erst nach zehnjährigem Kampfe bestritten. In unserm Freude hat die heftige Regierung jetzt im Bundesrat gegen die Weinsteuer gestimmt, und alle heftigen Abgeordneten werden diesem Beispiel folgen. (Lebhafter Beifall.) Im allgemeinen hebe ich auf dem Standpunkte, daß, wenn man den Verzicht zuläßt, man auch kein Verzichtswein den Weg zum Absatz nicht durch einen Deklarationszwang versperrt soll. Selbst in unweiliger woblhabenden Provinzen Rheinlands ist die Lage der Winger so gedrückt, und die Kontrollen so gering, daß wir alles vermeiden müssen, was sie noch mehr herabdrücken könnte. Wir müssen ihnen also jede vernünftige Verbesserung ihres Weines gestatten und ihnen unläutere Konkurrenz so weit wie möglich fernhalten. (Beifall.)

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Montag nachmittag 2 Uhr vertagt. Außerdem stehen die ersten und eventuell zweiten Lesungen der Gesetzentwürfe über die Rechtsnotierung beim Markthandel mit Schlachttier und über den Einfluß der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte auf der Tagesordnung.
Die Interpellationen Graf Compeish (Zentr.) und H. Hecht (Eg.) über die Arbeitslosigkeit werden, wie Präsident Graf Stolberg mitteilt, am Freitag, den 13. d. M., auf die Tagesordnung gesetzt werden.
Schluß 4 1/2

Abg. Stauffer (V. d. L.):
Ich bin neugierig, ob ein kleiner Winger mit den Ausführungen Dr. Davids einverstanden sein wird, selbst wenn er Sozialdemokrat ist. Die Agrarier sollen Schuld sogar an der Einkommensteuer sein; er soll nur abwarten, welche Stellung wir auf der Rechts zur Weinsteuer einnehmen werden. Freilich, das kann ich ihm sagen, daß die Weinbändler, wenn die Weinsteuer kommt, dann keine Neufassung nur auf die Flaschenweine haben wollen. Der Entwurf ist im allgemeinen gut durchgearbeitet; in einzelnen Punkten aber haben auch wir Bedenken; z. B. auch in der Frage der Bemerkungsnamen, aber wir werden uns in der Kommission sicher einigen. Man hat uns gesagt, in anderen Ländern solle man über dieselben Forderungen, die auch dort bestehen, um den Exporthandel nicht zu schädigen; nun, inzwischen haben die süddeutschen Winger getrocknet, und ihre Sprache war der von Rheinlanden sehr nahe. Wir uns hat das scharfe Vorgehen der bayerischen Regierung und das schnelle Vordringen der Richter in Bayern und Hessen segensreich gewirkt. Wir sind mit der Grenze von 20 Proz. Zuckersatz einverstanden; wir warnen aber davor, sich auf 25 Proz. des fertigen Produkts einzulassen. Alles dreht sich um die Wasserfrage. Wer das Wasser in der Hand hält, der kann pantchen, wie er will. (Heiterkeit.) Er kühlt Wasser zu endlos, bis er nicht mehr kann. (Große Heiterkeit.) Zucker verteuert, Wasser verteuert die Weinproduktion. Daher muß der Wasserzins kontrolliert werden; ohne die Kontrolle ist das Gesetz nichts als ein Schlag ins Wasser. (Heiterkeit.) Der Staat muß dafür sorgen, daß nicht zu viel Wasser in den Wein getan wird. Die Kontrolle ist einer der schwächsten Punkte des Gesetzes. Die Herren in Preußen wollen sich nicht gern kontrollieren lassen. Am Termin 31. Dezember hatten wir fest, aber wir wollen gern den Rheinländern entgegenkommen und sagen: die Forderung muß ihr Ende haben drei Monate nach Beginn der Lesung. Vollständig dürfte ich ein Verbot der Verwendung von schlechtem, verdorbenem Wasser. Wir wünschen eine Beschränkung dieses Gesetzes. Noch heute bekomme ich eine Zuschrift, daß 1897er Wein, der zum Preis von 430 Mark eingekauft ist, jetzt zu 850 Mark verkauft wird. Auch da ist die Wasserfrage. (Beifall rechts.)

Neues Operettentheater

(Apollo)

Telephon 1624 Mannheim Direktion J. Lassmann
Montag, den 9. November, abends 8 Uhr
Gastspiel Fritz Werner.
Zum 8. Male:

Ein Walzertraum

Operette in 3 Akten nach einer Novelle aus Hans Müller's
„Buch der Abenteuer“ v. Felix Dörmann u. Leopold Jacobson.
Musik von Oskar Strauss.

Niki Fritz Werner u. G.

Dienstag, 10. November 1908, abends 8 Uhr:
Gastspiel Fritz Werner

„Ein Walzertraum“

Saalbau-Varieté

N 7, 7. Telephon 1652. N 7, 7.

Heute Montag

Nur noch wenige Tage das phänomenale

Riesen-Programm

4 Jakowlew 4
die Todesfahrt im steilen Korbe

und die anderen Attraktionen.

Vorverkauf, Vereinbillet gültig.

Rolle's Plissé-Brennerei, Q7, 20

liefern anerkannt schöne Arbeit.

Zahn-Bürsten

Marke: Haltbarkeit garantiert.

Klein-erbürsten, Haarbürsten, Käämme, Mund-
und Haarwasser, Seifen, besonders

Schwämme

in bester Form und haltbar empfiehlt

Springmann's Drogerie

P 1, 4 Breitestrasse P 1, 4

C. W. WANNER

Englisches Magazin.

Ich beehre mich höflichst anzuzeigen, dass ich der Anfertigung feiner
Herren-Wäsche als Spezialität

besondere Aufmerksamkeit schenke,
Ich empfehle besonders

HERREN-HEMDEN

nach Mass in feinsten Ausführung, unter voller Garantie für tadelloser Sitz

HERREN-HEMDEN

nach Mass für Weihnachtsgeschenke bestimmt, bitte frühzeitig zu beordern.

Auch führe ich eine ausgesucht feine Auswahl fertiger

HERREN-HEMDEN

für praktische Zwecke, sowie Frack- und Gesellschafts-Hemden in ganz aparter
Ausführung stets am Lager.

Ich empfehle diese Abteilung besonderer Berücksichtigung. 82851

C. W. WANNER

Breitestrasse MANNHEIM M 1, 1

Wechsel-Formulare in jeder beliebigen Stückzahl zu haben in der
Dr. B. Saas'sche Buchdruckerei G. m. b. B.



Allgemeine Familien- u. Einzelversicherung
für **Arzt u. Apotheke**
Mannheim Neckarau Hülffertal
M 2, 15 Moltkestrasse 20 Mannheimstr. 4
Monat November
Freie Aufnahme.
Prospekte und Näheres auf den Bureaus.
82587. **Der Vorstand.**
N.B. Die Mitglieder welche noch auf Kohlen reflektieren
wollen diese bald bestellen, da die Preise sich erhöhen.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Gade mit Heungen in
Mittelstraße 48 (Neckarstadt) eine

Mehlgerei und Wurstlerei

eröffnet. — Empfehlung: 82608

prima Mastfleisch **66 Pfg.**

prima Kalbfleisch **80 Pfg.**

in feinsten Qualität. — Beste Bedienung.
Ihren geehrten Zuspruch entgegennehmend, zeichne
Hochachtungsvoll

Adolf Schott.

Ich empfehle eine aussergewöhnlich reiche Auswahl moderner

Damen- und Kinderwäsche

in langjährig erprobten Qualitäten und vorzüglichen Färgen.

Anfertigung auf Bestellung.

Weisse u. farbige Herren-Hemden

unter Garantie für guten und bequemen Sitz.

Billigste, feste Preise. 82343

D 2, 10 Friedrich Bühler, D 2, 10

Buntes Feuilleton.

— Ergebnisse eines Totgesagten erzählt das „Berl. T.“: In Berlin W. hat sich eine Geschichte abgepielt, deren Held ein praktischer Arzt war. Es war am frühen Vormittag. Der Herr Doktor hatte seine Sprechstunde noch gar nicht begonnen, da rollte ein Krankenwagen vor; der Führer des Wagens klingelte an der Tür des Arztes und erkundigte sich mit einer Stimme, der das Mitleid jede berufsmäßige Strenge nahm, nach dem schwerkranken Herrn Doktor, den er ins Krankenhaus fahren sollte. Großes Entsetzen in der Familie des Arztes. . . Gottlob, der Doktor war gesund, und da ein Mißverständnis nach der Aussage des Krankenwagenführers ausgeschlossen war, so stand man vor einem Rätsel. Das war der Anfang. Eine halbe Stunde später klingelte es aufs neue, und eine Krankenschwester stellte sich vor; sie sei von ihrem Institut beordert worden, den kranken Herrn Doktor zu pflegen. Das Entsetzen wandelte sich in gelinde Verzweiflung; auch hier war jede Namens- und Adressenverwechslung ausgeschlossen. Aber damit nicht genug; es dauerte nicht lange, so erschien in der Wohnung zum großen Schrecken des Arztes eine zweite Krankenschwester mit der Nachricht, sie sei zur Verstärkung gesandt worden, da sich nach der an das Institut telephonisch gelangten Mitteilung das Befinden des Herrn Doktors erheblich verschlimmert habe. Bis dahin war Herr Dr. A. zwar „krank“, aber noch lebendig. Gegen Mittag aber, ehe sich noch die Unruhe über die mysteriöse Geschichte gelegt, wurde über die Haustreppe ein schwerer eisener Sarg geschleppt. Angestellte eines bekannten Sargmagazins brachten ihn für den eben verstorbenen Herrn Doktor. Neue Verzweiflung und helles Entsetzen! Und prompt in der sonst so ruhigen Weiberhand meldet sich der Barbier. Seine Stimme zitterte vor Wut: er sei geschickt, die Leiche zu rasieren! Der Herr Doktor sah sich an den Kopf, seiner Gattin standen die Tränen in den Augen. Aber ehe es noch dunkelte, brachte der Bote eines unserer bekanntesten Hofschlächtermeister für — 50 Mark Besag und „ff. Aufschnitt“ für die Trauergesellschaft. Die Geduld hatte ein Ende, u. ein wenig unhöflich wurde dem ahnungslosen Geschäftsführer klar gemacht, daß im Hause gar keine „Leiche“ sei. Der Arzt war einem bösen Substanz zum Opfer gefallen; schließlich siegte aber doch sein Humor, und als sich der Tag dem Ende zuneigte, freute er sich nach so vielen „Reigenbesuchen“ doppelt seines Daseins. Die Ermittlungen ergaben, daß alle auf den angeblich schwer erkrankten und verstorbenen Herrn Dr. A. bezüglichen Bestellungen den betreffenden Instituten und Geschäften wahrscheinlich von einem schlechten Freund des Arztes telephonisch zugegangen waren. Der also „Totgesagte“ nahm von einer Anzeige bei der Kriminalpolizei Abstand und ist jetzt, nachdem sich die erste Aufregung gelegt, dem Spasmacher für den ereignisreichen Tag dankbar.

— „Big Bill.“ Von dem neugewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten, William Taft, werden jetzt allerlei Anekdoten und charakteristische Züge erzählt. Taft ist durch seine große Aufrichtigkeit bei den Amerikanern außerordentlich beliebt. Als er während des Wahlkampfes gefragt wurde, was er einem gewissenhaften Arbeiter, der außer Arbeit sei, und dessen Familie hungere, zu tun rate, antwortete er die Hände über dem Kopf zusammen und rief mit dem Ausdruck der Verzweiflung: „Das weiß Gott, ich nicht!“ Dies soll ihm mehr geholfen haben bei dem Volke, als wenn er den Versuch gemacht hätte, eine kluge Antwort zu geben. „Big Bill“ ist von gewaltigen Körperdimensionen; er wiegt mehr

als 20 Stones (1 Stone gleich 14 Pfund). Seine Arbeitskraft wird als unerhöflich bezeichnet, wiewohl seine Stimme in dem langen Wahlkampfe verlagte. Seine Geistesleistung verlagte jedoch niemals, und sein stets freundliches Lächeln gewann ihm fast mehr als seine Reden die Herzen der Wähler. Die Liebe Tafts zu seiner Mutter ist rührend. Diese wird als eine der begabtesten Frauen Amerikas geschildert. Jeder, der sie kennt, sucht bei ihr Rat und Taft selbst spricht es offen aus, daß er ihr alles Glück verdanke. Als er im Jahre 1807 in Kuba bemüht war, eine drohende Revolution zu verhindern, winkte er einst von den amerikanischen Journalisten einen jungen Berichterstatter aus Boston zu sich heran und sagte zu den anderen Journalisten entschuldigend: „Jüngens, ich möchte, daß dieser junge Mann alles hört. Er schreibt für die einzige Zeitung, die meine Mutter liest, und ich möchte, daß sie weiß was ich hier tue.“ Tafts häusliches Leben wird als ideal geschildert. Er hat drei Kinder, von denen ein Knabe von elf Jahren, der Liebling der Familie, jetzt bereits eine Rolle in den amerikanischen Sonntagsblättern spielt wegen der drolligen Aussprüche die er zu tun pflegt. Als einst seine Schwester keine Lust hatte, mit ihm Lawn Tennis zu spielen, holte sich der junge Taft seinen Vater in den Spielhof mit den Worten: „Du kannst zwar nicht Tennis spielen, aber Du bist so ungeheuer drollig.“ — Staatssekretär Root, der Kollege Tafts, machte einst eine fomiische Anspielung auf dessen gewaltiges Körpergewicht. Taft begab sich nach seiner Ankunft auf den Philippinen nach der Sommerhauptstadt Penang. Da er krank gewesen war, fragte Staatssekretär Root telegraphisch bei ihm an, wie ihm die Reise bekommen sei. Taft telegraphierte zurück: „Vorzüglich überstanden. Mit gestern Pferd bis zur Höhe von 5000 Fuß. Taft.“ Am nächsten Tage telegraphierte Root zurück: „Wie geht es dem Pferd? Root.“

— Familien-dramen in der New Yorker Gesellschaft. In New York haben sich fast zu gleicher Zeit zwei Familiendramen abgepielt. In beiden Fällen hat der Mörder selbst Hand an sich gelegt. Ein reicher Advokat namens Shibley schmitt seiner Gattin die Kehle ab und tötete sich danach selbst. Man fand die Leichen in einem der eleganten Gemächer der Wohnung. Aus einem Brief Shibleys, der auf einem Tische gefunden wurde, lassen sich Schlüsse auf die Ursachen der Tat ziehen. Der Advokat erklärt in dem Schreiben, daß er seine Frau übermenschlich geliebt habe. Wenn die Männer in Amerika das Gasthausleben, das Trinken, Rauchen usw. aufgaben, würden sie nie ein solches Ende nehmen, wie er es nun gefunden habe. Jetzt sei er glücklich. Keine Versuchung könne mehr an seine geliebte Frau herantreten; keine Theater, keine Automobile, die Unsummen Geldes verschlingen. Die Polizei verhaftete den Zigeuner Janosi Rigo und seine Gattin Louise, mit denen Shibleys Gattin eng befreundet war. Im zweiten Falle erschoss ein junger, reicher Börsenmakler Nelson Veit seine Mutter, Mrs. F. V. Veit, eine in der New Yorker und Pariser Gesellschaft sehr bekannte Dame, in ihren Wohngemächern im Hotel Ansonia und beging dann Selbstmord. Mrs. Veit war durch eine seltene Geistesbildung ausgezeichnet. Sie war kürzlich von Frankreich zurückgekehrt, wo sie in dem ihr von ihrem Gatten hinterlassenen Schlosse gewohnt hatte. Das Motiv des Verbrechens ist unbekannt. Der bei der ersten Pluttat erwähnte Zigeuner Janosi Rigo hat seinerzeit auch in Europa sehr viel von sich reden gemacht. Er heiratete, wie noch erinnerlich sein dürfte, die schöne Prinzessin Chimay, bereiste mit ihr den Kontinent und trat als Geigenvirtuose in vielen Großstädten auf. Nach zwei Jahren wurde die Ehe gelieden und in Amerika vermählte sich der Zigeunerprimas

zum drittenmal, da er bereits vor Jahren in Ungarn eine Ehe mit einer einfachen Arbeitsfrau eingegangen war.

— Rien n'est sacré. . . Aus London wird unter dem 4. Nov. der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Der früherer Erzbischof von York, der hochwürdige Dr. Thomson, so erzählt ein englisches Blatt, erschien einmal in der Rolle eines Kutschers. Er hatte einer Abendversammlung beigewohnt und machte beim Verlassen der Wohnung seines Gastgebers die Entdeckung, daß sein Kutscher betrunken war. Der Kirchenfürst hatte keine andere Wahl, als die Wagenleitung zu übernehmen. Er schloß den bewußtlosen, aber noch immer lächelnden Pferdesenker in den Wagen ein, bestieg selbst den Boß und nahm die Zügel in die Hände. Die Eintönigkeit der nächtlichen Heimfahrt wurde durch einen Unfall unterbrochen, da unmittelbar vor der Einfahrt in den Park von Bishops Thorns ein Wagenrad heftig mit einem Stein zusammenstieß. Der Türhüter, der im Dunkel den auf dem Boß sitzenden Bischof nicht erkannte, rief ihm lustig zu: „Hallo, Bill, schon wieder betrunken, und hol mich der Teufel. Ihr habt sogar den Hut des alten Godelhahns auf Eurem Schödel!“ „Es ist der alte Godelhahn selbst“, antworteten Ihre Gnaden feierlich.

— Der „Sturz in den Abgrund“. Ein Fall unerhörter Grausamkeit gegen ein Tier, der schon vor dem Definitivurteil in Frankreich erregt hatte, hat jetzt vor dem Polizeigericht in Paris seinen Abhluß gefunden. Es handelt sich um eine Anklage gegen eine Kinematographengesellschaft, die sich eine Spezialität daraus macht, allerlei aufregende und nervenspannende Szenen zu arrangieren, die dann aufgenommen werden und als Kinematographenbilder dem Sensationsbedürfnis des Publikums dienen. Im vergangenen Jahre beabsichtigte man die Aufnahme eines in einen tiefen Abgrund stürzenden Pferdes zu machen; die Gesellschaft kaufte ein Tier, das eingespannt wurde und nun mit roher Gewalt an einen mehr als hundert Meter hohen Abhang getrieben werden sollte, an dem der Photograph bereits stand, um den Todessturz des Tieres auf die Platte zu bannen. Die Gesellschaft begann ihre Versuche in Croix in der Bretagne, allein die Empörung der Bevölkerung schlug so hohe Wogen, daß Beamte der Gesellschaft mißhandelt wurden und man schließlich genötigt war, die Experimente einzustellen. Die Kinematographengesellschaft verlegte den Schauplatz ihrer Tätigkeit nach Courçon, und hier gelang es, das grausame Schauspiel zu Ende durchzuführen. Das Pferd wurde eingespannt, dann furchtbar mißhandelt und schließlich freigelassen, sodas das den Angst und Entsetzen halb wahnstunige Tier blindlings davorraste und mit samt dem Wagen in den Abgrund stürzte, wo es mit zerstückelten Gliedmaßen tot liegen blieb. Da die Kinematographen-Unternehmer inzwischen nach Afrika gereist waren, um neue Sensationsgegenstände für ihre Platten zu suchen oder zu konstruieren, konnten die Gerichte den Fall erst jetzt zur Entscheidung bringen. Die Gesetze Frankreichs boten jedoch keine genügende Handhabe, um solche grausigen Produktionen durch die Zukunft zu verbieten, und die Gesellschaft kam mit der Maximalstrafe von 15 Fres. und den Kosten sehr alimpflich davon.

— Statistisches vom Frauenhaar. Die Geburt des Statistikers hat für die bizarre Frage, wieviel Kilometer Haar eine Frau wohl auf dem Kopfe tragen mag, nunmehr die Antwort gefunden. Wie im Gaulois berichtet wird, sind die blonden Haare in der Regel lüppiger und dichtere als die dunkleren. Eine dunkelhaarige Frau trägt durchschnittlich eine Haarlänge von insgesamt nicht weniger als 70 Kilometer mit sich, während eine lüppige Blondine bisweilen 135 Kilometer und mehr erreicht. Dagegen ist das dunklere Haar stärker und widerstandsfähiger als das blonde, es trägt eine Last von 113 Gramm ohne zu zerreißen, während das hellblonde goldig schimmernde Haar bereits bei 68 Gramm bricht.

Schmoller's 90 Pfg. Tage

Nachstehend ein Auszug der zu sensationell billigen Preisen in allen Abteilungen ausgelegten Artikel

Haushaltungs-Artikel.

- 1 Kaffeeservice, bestehend aus 1 Kaffekanne, 1 Zuckerdose, 1 Gläser, 6 Tassen m. Untertasse **90 Pfg.**
- 4 Gemüsetonnen mit Deckel **90 Pfg.**
- 4 Teetassen, Strohmuster mit Untertasse **90 Pfg.**
- 2 Salz- und Mehlfässer **90 Pfg.**
- 1 Glasobale auf Fuss mit 6 Glastellern **90 Pfg.**
- 1 Bierkrug u. 6 Kaiserbecher **90 Pfg.**
- 2 dekorierte Vasen **90 Pfg.**
- 1 Küchenlampe und 1 Flurlampe **90 Pfg.**
- 12 Gaszylinder, doppelt verschmolzen **90 Pfg.**
- 1 Satz = 4 Stück Emailtöpfe mit Ausguss **90 Pfg.**
- 1 Waschkorb, oval **90 Pfg.**
- 1 Wäschetrockner m. 10 Stäben **90 Pfg.**
- 1 offener Marktkorb **90 Pfg.**
- 1 Bücherregal, 3 Fach **90 Pfg.**
- 1 Hausapotheke, geschnitzt **90 Pfg.**
- 1 Messerputzbank mit Schlestein, Gabelreiniger und eine Dose Schmirgel **90 Pfg.**
- 1 Kohlenfüller, schwarz lackiert **90 Pfg.**
- 1 gusseiserner Kohlenkasten mit Schaufel **90 Pfg.**
- 1 Warmflasche mit Messingverschraubung **90 Pfg.**
- 1 Brotkasten, lackiert, für zwei Kilo Brot **90 Pfg.**
- 4 Paar Bestecke mit Stahlgabel **90 Pfg.**
- 1 Spühhärstengarnitur **90 Pfg.**
- 1 Rosshaarbesen mit Stiel **90 Pfg.**
- 1 lackierter Wickskasten, enthaltend: 1 Wicks-, 1 Schmier-, 1 Schmutzbürste **90 Pfg.**

Luxus-Artikel.

- 1 Blumenvase mit modernem Beschlag **90 Pfg.**
- 1 Säulenfruchtschale, verziert **90 Pfg.**
- 1 Rauchs-service, 4 teilig **90 Pfg.**
- 1 Saucerservice mit Metalluntersatz **90 Pfg.**
- 1 Tafelgardiniere mit Blumenfüllung **90 Pfg.**
- 1 Fruchtkorb mit Metallfuss und farb. Glas **90 Pfg.**
- 2 Teegläser m. Halter u. Tablett **90 Pfg.**
- 1 Butterdose mit vernickeltem Stülpdeckel **90 Pfg.**
- 1 Brotkorb, vernickelt mit Majolika-Einlage **90 Pfg.**
- 1 Schreibzeug, gehämmert oder vernickelt **90 Pfg.**
- 1 vernickelte Teedose und 1 Tee-Ei **90 Pfg.**

Grosse Posten geschmackvoll gerahmter Bilder in den verschiedensten Genres Stück **90 Pfg.**

Taschentücher.

- 1 Dutz. Livoutücher gesäumt **90 Pfg.**
- 6 Stück weisse Batist taschentücher mit Hohlraum und gesticktem Buchstaben. i. Karton **90 Pfg.**
- 6 Stück elegante Damentücher, Seitenbatist m. bunter Kante, im Karton **90 Pfg.**
- 3 Stück imit. Madoirätücher im Karton **90 Pfg.**

Schürzen.

- 1 Hauschürze mit Träger aus gutem Siamosenstoff **90 Pfg.**
- 1 Miederschürze mit Träger, elegant garniert **90 Pfg.**
- 1 Zierschürze m. Träger u. Besatz, in modernen Farben, reich garniert **90 Pfg.**
- Kinderschürzen bis zum Alter von 10 Jahren in verschiedenen Stoffen u. Formen, jedes Stk. **90 Pfg.**
- 1 Dutz. Staubtücher m. Franze **90 Pfg.**
- 1/2 Dutzend Poliertücher **90 Pfg.**

2 1/2 Meter Blusenflanell **90 Pfg.**
in modernen Sportfarben garantiert waschbar

Reinwollene Cheviots, 110 cm. breit, gangbarste Farben, Mtr. **90 Pfg.**

Reinwollene reisselene Louisines, Tafel Chiffon etc. **90 Pfg.**
in gangbarsten Farben Meter

Kurzwaren.

- 12 Dutzend Druckknöpfe, schwarz und weiss **90 Pfg.**
- 17 Mtr. Mohairbesenlitze, schwarz **90 Pfg.**
- 1 Dutzend Tailienverschlüsse diverse Farben **90 Pfg.**
- 6 Paar Schweissblätter, Batist mit Gummi **90 Pfg.**
- 15 Dutzend Celluloid-Kragenstäbchen, glashell **90 Pfg.**
- 10 St. Tailienband mit Gold **90 Pfg.**
- 3 Paar Damen-Strumpfhaut, Krausgummiband **90 Pfg.**
- 3 Paar Kragenstützen m. Wachsperlen **90 Pfg.**
- 1 Kindergarnitur, Batist mit Spitze **90 Pfg.**
- 2 Kinderkragen, Piqué mit Stückerel **90 Pfg.**
- Valenciennes u. Tüllstoffe, moderne Muster **90 Pfg.**
- 22 Meter Valenciennespitze oder Einsätze **90 Pfg.**

Rüschen.

- 5 Halsrüschen, Batist, Tüllspitzen **90 Pfg.**
- 2 Valenciennes- und 2 Batist-rüschen i. eleg. Spinnkörbchen **90 Pfg.**
- 2 Batistkragen m. Batistrüsche, in verschiedenen Farben **90 Pfg.**

Wäsche.

- 1 gestrickte Herrenhose, weiss, grau und braun Paar **90 Pfg.**
- 1 Herren-Normalhemd **90 Pfg.**
- 1 Herren-Normaljacke **90 Pfg.**
- 1 farb. Biber-Herren-Hemd **90 Pfg.**
- 1 farb. Biber-Damen-Hemd **90 Pfg.**
- 1 farbiger Damen-Unterrock mit Wollanguette **90 Pfg.**
- 1 Knaben-Normal-Auszug **90 Pfg.**
- 1 Paar farb. Damen-Biberhosen **90 Pfg.**
- 1 Knaben-Sweater, glatt oder gestreift **90 Pfg.**
- 1 Damen-Spiralfeder-Korsett **90 Pfg.**
- 1 Damen-Prack-Korsett **90 Pfg.**
- 1 Damen-Untertaille mit Languette und 1 Korsettschoner **90 Pfg.**
- 1 Kinder-Plisséeleibchen **90 Pfg.**
- 1 Kinder-Turn-Korsett mit Träger **90 Pfg.**
- 1 Damen-Nachtjacke, weiss gerauht Croisé mit Languette **90 Pfg.**
- 1 Damen-Rose, weiss gerauht Croisé mit stoffgebogtem Volant **90 Pfg.**
- 2 Stück weisse Frottier-Handtücher **90 Pfg.**

Teppich-Abteilung.

- 1 Sofakissen, gefüllt 40 x 50 cm Goblin- u. Fantasiemuster **90 Pfg.**
- 3 m engl. Mirlindinen **90 Pfg.**
- 3 Wachtuch-Wandschoner, verschiedene Muster **90 Pfg.**
- 1 echte Polvorlage, gefüttert **90 Pfg.**
- 1 Filztuch-Kommode-Decke **90 Pfg.**
- 1 eleg. Erbstül-Brisebise mit Volant und Stangen **90 Pfg.**
- 2 Kokosturmatten **90 Pfg.**

Putz-Abteilung.

- 1 m Chineband, reine Seide, in schönen Mustern **90 Pfg.**
- 1 grosser Posten Blumen in Samt und Seide **90 Pfg.**
- 1 Federmütze **90 Pfg.**
- 1 Posten Hutformen **90 Pfg.**
- 1 weisse Lammteilmütze **90 Pfg.**

Tapiserie.

- 1 Milieux, russ. Leinen 60 x 60 **90 Pfg.**
- 1 Läufer, 35 x 150 cm **90 Pfg.**
- 3 Stück Tablettdeckchen 20 x 30, 40 x 40, 30 x 40 **90 Pfg.**
- 1 Küchenhandtuch mit Bordüre oder Hohlraum **90 Pfg.**
- 1 Tischauter mit reicher Hohlraumverzierung **90 Pfg.**
- 1 Wäschebeutel, garniert **90 Pfg.**
- 1 Besenvorhang mit Borden reich garniert **90 Pfg.**
- 1 Dtz. Teneriffas-Deckchen **90 Pfg.**
- 1 Aida-Decke, 60 x 65 doppelt gew. **90 Pfg.**
- 1 Kommodecke, weiss und grau Aida mit bunter Kante **90 Pfg.**
- 1 Zimmerhandtuch mit breiter Spitze und Hohlraum **90 Pfg.**

Strümpfe.

- 3 Paar Herrensocken, starke Winterqualität **90 Pfg.**
- 2 Paar Frauenstrümpfe ohne Naht, starke Winterqualität **90 Pfg.**
- 1 Autoshow, weiss mit farbiger Borde, ca. 175 cm. lang **90 Pfg.**

Handschuhe.

- 2 Paar weisse gestrickte Handschuhe, ca. 40 cm. lang **90 Pfg.**
- 1 Paar Damenstoffhandschuhe, lang, in allen Farben und **90 Pfg.**
- 1 Paar Damenköperhandschuhe **90 Pfg.**
- 1 Paar Damenglace farbige und **90 Pfg.**
- 1 Paar Damenköperhandschuhe **90 Pfg.**

Herrenartikel.

- 6 Stück Herrenmützestutzen **90 Pfg.**
- 3 Stück Herrenstehkragen, jede Höhe **90 Pfg.**
- 3 Paar Manschetten **90 Pfg.**
- 3 Stück Serviteurs, weiss oder farbige **90 Pfg.**
- 2 Paar Herren-Rosenträger „Herkules“ mit Wascheschoner **90 Pfg.**
- 2 Stück elegante Kravatten zum Aussuchen **90 Pfg.**
- 1 Stück offener breiter Binder, in allen modernen Farben **90 Pfg.**

Lederwaren.

- Enorme Posten Flügelaschen, Leder und Stoff **90 Pfg.**
- Enorme Posten Gürtel in Stoff u. Gummi m. aparten Schliessen **90 Pfg.**
- Handschuh-Taschentuch-Kragen-Manschetten-imit. Lincrusta Kasten Stück **90 Pfg.**
- 1 eleganter Familienrahmen mit B-schlag **90 Pfg.**
- 1 Posten aparter Wiener Gürtelschnallen **90 Pfg.**
- 1 Taschenlampe mit Ersatzbatterie **90 Pfg.**

Parfüm.

- 1 Rasiergarnitur, Spiegel, Seifensapf u. Pinsel, 1 Stck. Rasterseite **90 Pfg.**
- 1 Frisiergarnitur in elegantem Karton, enthält: 1 Frasier-, 1 Scheitel-, 1 Staub- u. 1 Taschenk. **90 Pfg.**
- 1 Kammgarnitur, 4teil. m. Gold **90 Pfg.**
- 2 Karton = 10 Stück feine Blausoße **90 Pfg.**
- 1 Klotdose Fussboden-Glanzack **90 Pfg.**
- 1 Flasche Bayrum, 1 Brillantine und 1 Haarpomade **90 Pfg.**
- 1 Zahnbürstenständer, 1 Zahnbürste, 1 Zahnpulver **90 Pfg.**
- 1 Nagelgarnitur in eleg. Etui **90 Pfg.**
- 6 Stück gute Haarpagen **90 Pfg.**
- 1 Kistchen, enthaltend 3 Flaschen Eau de Cologne **90 Pfg.**
- 1 Glaskörbchen mit 1 Flasche Parfüm und 3 Stück Fettseife **90 Pfg.**
- 1 Toilettenkasten und 1 Frisierkamm **90 Pfg.**

Beachten Sie unsere Dekorationen!